



Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle

Ulrich Blum

Editorial

Ulrich Blum

Aktuelle Trends:

Untere Einkommensgruppen sind an Kosten
des ökologischen Umbaus der Energiewirtschaft
stark überproportional beteiligt

Axel Lindner

Im Fokus:

Warum bleiben die langfristigen
Inflationsprognosen im Euroraum so niedrig?

Arbeitskreis Konjunktur Ost

Ostdeutsche Wirtschaft: Kein aufholendes
Produktionswachstum 2008 und 2009

Martina Kämpfe

Russland:

Anhaltend kräftige Wirtschaftsentwicklung wird
von hoher Inflation überschattet

Dominik Weiß

Falsche Perspektiven durch die Subventionierung
des Stadtumbaus?

Realloptionstheoretische Überlegungen zum
Handeln privater Grundeigentümer

Cornelia Lang

IWH-Industrienumfrage im Mai 2008

Wirtschaft im Wandel

6/2008

25.06.2008, 14. Jahrgang



Editorial

Die Steuerquellen sprudeln, die Wirtschaft brummt – alle sollten zufrieden sein. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Zwei Trennlinien spalten das Land: Die Industrie gedeiht durch Exportnachfrage und inländische Ausrüstungsinvestitionen prächtig. Nur regional tätige Unternehmen wie die Bauwirtschaft und der Einzelhandel sind davon abgekoppelt – mit der Folge einer Spreizung in der Lohn- und Gehaltsentwicklung. Die zweite Linie trennt Steuerzahler von Transferempfängern. 10% der Steuerpflichtigen schultern 50% des Steueraufkommens. Erklärt also das Feld aus Transferempfängern und lokal Beschäftigten unter dem Begriff „Gerechtigkeitslücke“ die Stimmung? Unter den Tisch fällt, dass erheblich verbesserte Arbeitsmarktbedingungen die Sozialkassen entlasten und Karrieremöglichkeiten verbessern, was allen, auch den Transferempfängern, zugutekommt.

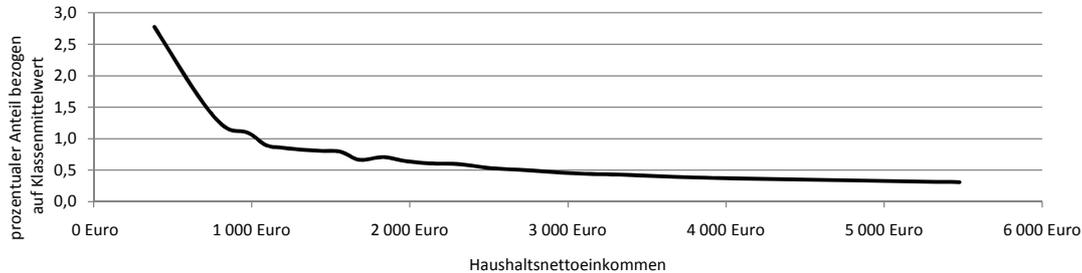
Eine Steuer- und Abgabenreform wird gefordert, und drei Ansätze streiten um Deutungshoheit: das Abtragen des „Mittelstandsbauchs“ im Steuertarif als Entlastung der Leistungsträger, das Schließen der Gerechtigkeitslücke durch steuerlich verschärften Zugriff auf hohe Einkommen und Vermögen und schließlich das Verringern der Abgabenbelastung durch Umschichtung in eine Steuerfinanzierung, um die Bedürftigen direkt zu erreichen. Im ersten Fall fehlt die Gegenfinanzierung oder besser: die notwendige Ausgabenreduktion. Im zweiten Fall stellt sich die Frage, ob nicht das Schaffen von Arbeitsplätzen in Deutschland hierdurch deutlich unattraktiver wird. Eine vermehrte Steuerfinanzierung der Sozialversicherungsausgaben findet schließlich ihre Grenzen dort, wo das Äquivalenzprinzip, das die Beitragserhebung in dieser Form begründet, zerstört wird, also Gruppen Finanzierungsleistungen erbringen, ohne leistungsberechtigt zu sein – beispielsweise Selbstständige.

Gibt es einen Königsweg? Die These, dass diese unbefriedigende Lage erst durch die Ausgestaltung unseres Steuer- und Abgabensystems erzeugt wurde, erscheint nicht abwegig. Denn ein Staat, der in erheblichem Maß umverteilt, erzeugt Abgabenbelastung und Transferempfänger – und nimmt den lokalen Märkten ihre Nachfrage. Gefordert ist weiterhin der Paradigmenwechsel, eine neue Steuerreform, die die Entwicklung der öffentlichen Haushalte und das Erfordernis von deren Konsolidierung vor allem von der Ausgabenseite denkt. Mental bedeutet dies, den Übergang von einem versorgenden zu einem vorsorgenden Staat einzuleiten. Die Zeit läuft ab, eine derartige Politik angesichts der demographischen Veränderungen erfolgreich umsetzen zu können. Die Arbeitsmarktreformen vor einigen Jahren zeigen: Politische Führung und politisches Handeln im Sinne des „Bohrens dicker Bretter“ sind hier mehr denn je gefordert – und Erfolg ist möglich.

*Ulrich Blum
Präsident des IWH*

Untere Einkommensgruppen sind an Kosten des ökologischen Umbaus der Energiewirtschaft stark überproportional beteiligt

– Anteil der Ökokosten am Strompreis der Haushalte –



Quellen: SOEP; Berechnungen des IWH.

Wie kein anderes Land der Welt fördert Deutschland den ökologischen Umbau der Energiewirtschaft – die installierte „grüne“ Leistung in Deutschland liegt sogar über der der USA.^a Dies ruht auf drei wichtigen, direkt beim Abnehmer zahlungswirksam werdenden Säulen: den Einspeisevergütungen des Erneuerbare Energie-Gesetzes, den CO₂-Lizenzen und der Ökosteuern auf Strom.^b

- Die Stromsteuer basiert auf dem *Gesetz zum Einstieg in die ökologische Steuerreform* vom 24. März 1999 und den späteren Weiterentwicklungen dieses Gesetzes; durch sie soll ein Lenkungseffekt in Richtung auf einen Minderverbrauch umweltschädlicher, insbesondere fossiler Brennstoffe erzielt werden. Sie belastet den Verbraucher mit 2,05 Cent pro Kilowattstunde Strom.
- Durch das *Erneuerbare-Energie-Gesetz* vom 29. März 2000 wurde die begünstigte Verwendung regenerativer Energien geregelt. Durch das Einspeisen dieser Energie und die erforderliche Reserveenergie der Kraftwerksbetreiber erhöht sich die Kilowattstunde Strom für den Verbraucher um rund ein Cent.
- Schließlich belastet der Emissionshandel für CO₂, der eine Reduktion der Treibgase entsprechend dem *Kyoto-Protokoll* vom 11. Dezember 1997 einleiten soll und durch den Nationalen Aktionsplan entsprechendes EU-Recht umsetzt, die Kilowattstunde Strom mit rund einem Cent bei einem angenommenen Lizenzpreis von 20 Euro/t CO₂.

Einschließlich Mehrwertsteuer wird der private Endkunde derzeit mit knapp fünf Cent pro Kilowattstunde belastet, was knapp ein Viertel des Strompreises ausmacht. Der Stromverbrauch nimmt mit wachsendem Einkommen zu. Teilt man die im SOEP erfassten Haushalte nach dem Einkommen in 20 gleich starke Gruppen auf, so ergibt sich folgendes Bild: In den unteren Einkommensgruppen liegt der Verbrauch bei etwa 2 700 kWh pro Jahr und steigt auf rund 3 700 kWh pro Jahr in den oberen Einkommensgruppen. Dem entsprechen Ausgaben von 45 bzw. 70 Euro pro Monat. Ein verteilungsregressiver Effekt ist die Folge: Haushalte mit geringem Einkommen werden mit Energiekosten und folglich auch mit den Umweltkosten in Bezug auf ihr Einkommen überproportional belastet.

Würde man alle Einkommensgruppen proportional zu ihrer Leistungsfähigkeit belasten, dann würden die drei am wenigsten begüterten Haushalte (ohne die erste Gruppe unterhalb des ALG II-Niveaus) im Jahr rund 65 Euro pro Haushalt sparen, die drei einkommensstärksten Haushalte hingegen rund 130 Euro mehr zahlen. Würden die Subventionen aus dem allgemeinen Einkommensteueraufkommen bezahlt, dann wäre diese Belastung wegen Freibeträgen und progressiver Besteuerung weitaus stärker.

Solange die Verbrauchsstruktur unverändert bleibt, berühren Strompreisteigerungen diese Aussagen nicht, es sei denn, sie wären auf eine der drei oben genannten ökologischen Preiskomponenten zurückzuführen. Genau hier sind aber Vorbehalte angebracht: Die Entwicklung geht sicher in die Richtung steigender Lizenzpreise. Weiterhin werden vor allem finanziell bessergestellte Haushalte beschleunigt in Einspar-technologien investieren und somit den Verbrauch reduzieren. Dies wird die Regressionswirkung erhöhen.

Ulrich Blum (Ulrich.Blum@iwh-halle.de)

^a Economist, 05.04.2008, p. 63: German Lessons. – ^b Vgl. für die Zahlenangaben: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Strom aus erneuerbaren Energien – was kostet das. 8. akt. Auflage. Berlin 2008.

Im Fokus:

Warum bleiben die langfristigen Inflationsprognosen im Euroraum so niedrig?

Inflation ist mit den Preisrekorden für Energie und Nahrungsmittel wieder zu einem der großen wirtschaftspolitischen Probleme geworden – weltweit und auch im Euroraum. Dort liegt die Teuerung der Verbraucherpreise seit November vergangenen Jahres bei über 3% und damit so hoch wie noch nie seit Bestehen der Gemeinschaftswährung. Das EZB-Ziel der Preisniveaustabilität, das die Notenbank als Teuerungsraten von „unterhalb, aber nahe bei 2%“ identifiziert, ist für die nächste Zeit außer Reichweite. In einer solchen Situation steht die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik auf dem Spiel, und entsprechend hat der EZB-Rat jüngst energisch seine Entschlossenheit bekundet, notfalls trotz Liquiditätskrise und Konjunktursorgen die Leitzinsen zu erhöhen. Die deutliche Sprache scheint ihren Zweck zu erfüllen, wie die Ergebnisse des von der EZB regelmäßig erhobenen *Survey of Professional Forecasters* zeigen. Die jüngste Runde vom April 2008 ergab, dass die befragten Konjunkturexperten auf lange Sicht im Schnitt von einer Teuerungsrate von 1,9% im Euroraum ausgehen. Die langfristigen Inflationserwartungen liegen damit seit Beginn der Erhebung und der Einführung des Euro im Jahr 1999 praktisch konstant zwischen 1,8% und 2% – ein großer Erfolg der Kommunikationspolitik der EZB. Der Erfolg ist umso erstaunlicher, bedenkt man den *track record* der EZB: Nur im allerersten Jahr der Gemeinschaftswährung lag die jahresdurchschnittliche Inflationsrate nicht über 2%, und für diesen Wert sind wegen der Verzögerung in

der Wirkung von geldpolitischen Maßnahmen eher die nationalen Notenbanken als die EZB verantwortlich. Freilich waren die Zielverfehlungen in den vergangenen Jahren recht gering. Aber warum geben die im *Survey* befragten Experten dann nicht eben einen Wert knapp über der 2%-Marke an? Offensichtlich sträuben sich viele Prognostiker gegen die Vorstellung einer knappen, aber dauerhaften Zielverfehlung durch die Zentralbank.

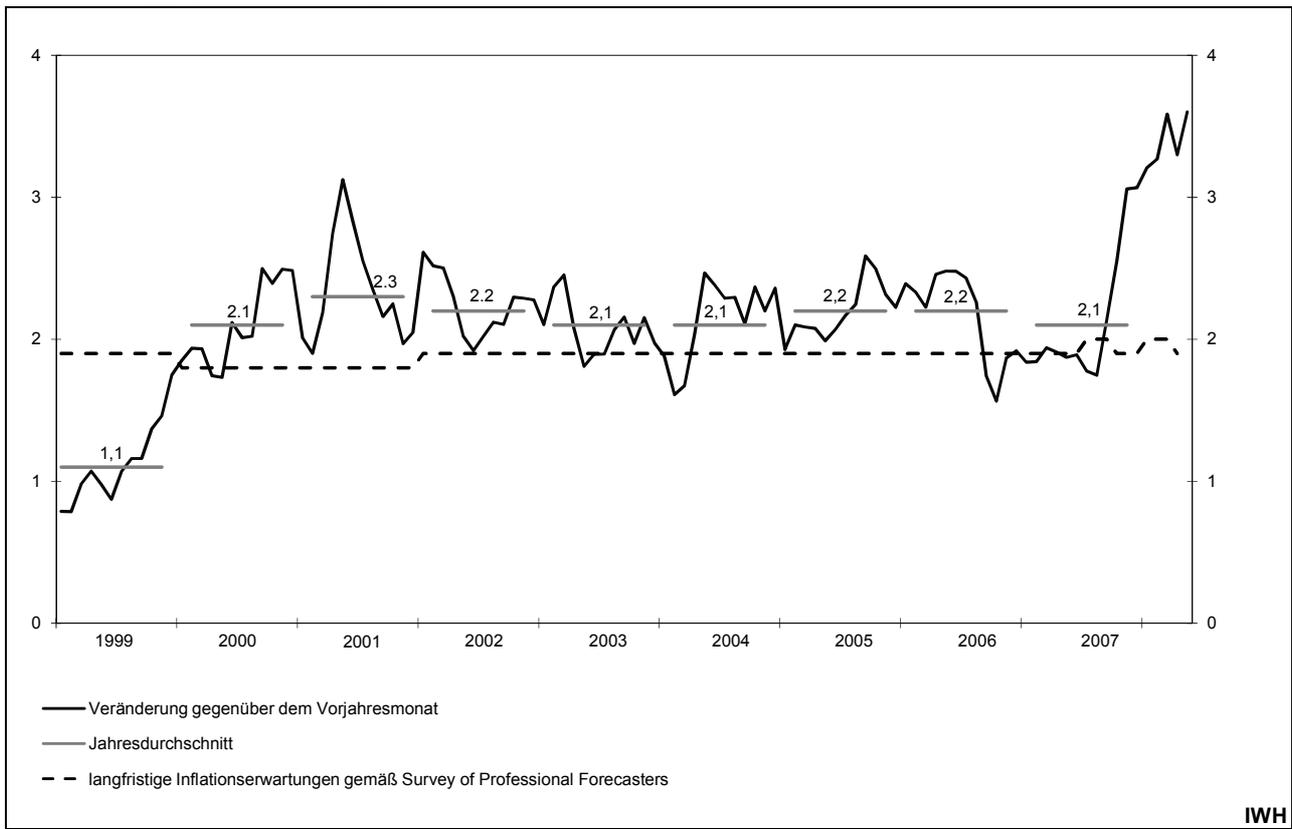
Um die Trägheit der langfristigen Inflationsprognosen zu verstehen, hilft es, sich in die Köpfe von Ökonomen hineinzusetzen, deren Denken von der modernen makroökonomischen Theorie geprägt worden ist. Eine große Rolle spielt dabei die Vorstellung von Gleichgewichten in rationalen Erwartungen, also die Annahme, dass die Inflationserwartungen von Haushalten und Unternehmen auf Dauer nicht systematisch von den tatsächlich realisierten Inflationsraten abweichen werden. Andererseits ist die Vorstellung verbreitet, dass eine überraschend expansive Geldpolitik die Konjunktur stützen kann, freilich auf Kosten höherer Inflation. Was passiert nun, wenn die Zentralbank stets in Versuchung stünde, der Realwirtschaft zu helfen, indem sie ihre Zinsen etwas niedriger setzt, als die offizielle geldpolitische Strategie vermuten lässt? Wie das Gleichgewicht in rationalen Erwartungen unter derartigen Bedingungen aussieht, wird seit Mitte der 80er Jahre¹ in je-

dem guten Geldtheorie-Kurs unterrichtet: Auch in diesem Fall kann Konjunkturpolitik mit einer überraschend lockeren Politik auf Dauer nicht gelingen. Stattdessen ist die von Haushalten und Unternehmen erwartete Teuerung so hoch, dass eine noch weitere Lockerung der Geldpolitik auch aus Sicht der Zentralbank nicht attraktiv wäre. Im Gleichgewicht ist die erwartete Inflationsrate gerade so hoch, dass die Vorteile eines konjunkturellen Impulses durch die Nachteile einer noch höheren Inflation gerade aufgewogen werden. Wie stark die Teuerung in diesem Fall sein müsste, ist schwer zu bestimmen, offensichtlich ist aber, dass sie unnötig hoch ausfällt. Könnte sich die Geldpolitik nur glaubhaft daran binden, der Versuchung einer überraschend expansiven Geldpolitik zu widerstehen, könnten Inflation und Inflationserwartungen deutlich heruntergeschraubt werden, ohne der Realwirtschaft zu schaden. Ein Großteil der geldpolitischen Diskussion ist in den vergangenen Jahrzehnten darüber geführt worden, wie die Geldpolitik diese Glaubwürdigkeit erlangen könnte. Gegenwärtig herrscht ein recht breiter Konsens darüber, dass mit der politischen Unabhängigkeit von Zentralbanken und mit klaren, an Preisniveaustabilität orientierten Zielvorgaben geeignete Instrumente gefunden wurden – in der Theorie, und in der Praxis auch

¹ Vgl. KYDLAND, F.; PRESCOTT, E.: Rules Rather than Discretion: The Inconsistency of Optimal Plans. *Journal*

of Political Economy 85, 1977, pp. 473-491, sowie BARRO, R.; GORDON, D.: A Positive Theory of Monetary Policy in a Natural-rate Model. *Journal of Political Economy* 91, 1983, pp. 589-610.

Abbildung:
 Harmonisierter Verbraucherpreisindex im Euroraum
 - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -



Quellen: Eurostat; EZB.

für die europäische Gemeinschaftswährung. Dort ist es gelungen, die Inflationserwartungen im Ziel der Preisniveaustabilität nach EZB-Definition zu verankern.

Würde man aus der Serie knapper Zielverfehlungen den Schluss ziehen, dass die EZB auf Dauer eine etwas expansivere Geldpolitik betreibt, als Haushalte und Unternehmen erwarten, müssten die Inflationserwartungen nach oben revidiert werden – schwer zu sagen, um wie viel, aber entsprechend der Theorie der Gleichgewichte in rationalen Erwartungen wohl sehr deutlich. Denn man müsste ja damit rechnen, dass sich bei Inflationserwartungen von – angenommen 2,2% – bald eine Rate von um die 2½% einstellen würde. Die Experten haben offensichtlich bisher davor zurückgeschaut, ih-

rem Bild vom künftigen Preisklima im Euroraum solche Überlegungen zugrunde zu legen. Stattdessen setzen sie darauf, dass der *Track Record* laufender Zielverfehlungen auf eine zufällige Serie preistreibender Schocks zurückzuführen ist, etwa die fortgesetzte kräftige Erhöhung administrierter Preise in vielen Mitgliedsländern und insbesondere die Ölpreise, die seit Bestehen der Gemeinschaftswährung (mit einer Unterbrechung in den Jahren 2001 bis 2003) rasant gestiegen sind. Freilich wissen die Experten sehr genau, dass Inflation zumindest langfristig ein ausschließlich monetäres Phänomen ist und nicht durch die Verknappung einzelner Gütergruppen erklärt werden kann. Je länger deshalb das Inflationsziel verfehlt wird, und sei es auch nur knapp,

desto größer wird die Gefahr, dass sich die langfristigen Inflationserwartungen doch noch aus ihrer Verankerung in der Zielgröße der EZB lösen – und zwar nicht nur um ein oder zwei zehntel Prozentpunkte.

Axel Lindner
 (Axel.Lindner@iwh-halle.de)

Ostdeutsche Wirtschaft: Kein aufholendes Produktionswachstum 2008 und 2009*

– Kurzfassung –

Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den Neuen Bundesländern wird derzeit von zwei gegenläufigen Tendenzen geprägt. Der Unternehmenssektor steigert seine Wertschöpfung, und dies seit zwölf Jahren überdurchschnittlich, der staatliche Sektor baut weiter ab. Auch zwischen den Unternehmen verläuft die Entwicklung nicht einheitlich. Während die auf Ostdeutschland ausgerichteten Unternehmen kaum Wachstumsimpulse empfangen, nehmen die anderen die Impulse von den wachsenden externen Märkten in den Alten Bundesländern und im Ausland auf. Diese Gefälle dämpfen den Anstieg von Produktion und Beschäftigung und führen letztlich zum Wachstumsrückstand gegenüber den Alten Bundesländern. Er wird auch nicht wie in den vergangenen Jahren durch das Einbeziehen der divergierenden Bevölkerungsdynamik zwischen den Neuen und den Alten Bundesländern aufgewogen. Der Abstand in der Pro-Kopf-Produktion verringert sich kaum.

Die Nachfrage auf den externen Märkten hat nicht nur die Ausfuhren über die Grenzen des Wirtschaftsgebiets hinaus angeregt, sondern auch die Investitionstätigkeit der Firmen vor Ort wieder in Schwung gebracht. Selbst in bauliche Anlagen wurde in den vergangenen beiden Jahren verstärkt investiert. Allein die privaten Haushalte haben ihre Konsumausgaben weiter eingeschränkt. Selbst das von Sondereffekten im Vorfeld der Anhebung der Mehrwertsteuer geprägte Jahr 2006 hat die Abwärtstendenz nicht unterbrechen können. Die schwache Kaufkraft und die rückläufige Zahl an Konsumenten bestimmen die Grundtendenz.

Treibende Kraft der wirtschaftlichen Entwicklung war, ist und bleibt auf absehbare Zeit das Verarbeitende Gewerbe, auch wenn sich seine Wachstumsdynamik im Sog der geschwächten Weltkonjunktur zunächst verlangsamt. Es profitiert von der Expansion der Nachfrage auf den externen Märkten und ist aufgrund der regionalen Ausrichtung der Lieferungen in das Ausland weniger anfällig gegenüber den derzeitigen Immobilienkrisen in den USA und einigen Ländern Westeuropas sowie den Turbulenzen an den internationalen Finanz-

märkten. Auch hat sich der preisliche Wettbewerbsvorteil gegenüber den Alten Bundesländern trotz verstärkt gestiegener Arbeitskosten im Jahr 2007 nochmals verbessert, und der Nachteil gegenüber industriellen Anbietern aus Mitteleuropa ist etwas geringer geworden. Die überwiegende Zahl

Tabelle:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2007	2008	2009
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Inländische Verwendungskomponenten, real			
Privater Konsum	-1,5	-0,1	-0,2
Anlageinvestitionen	2,8	1,7	1,0
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	5,0	3,0	2,0
Neue Bauten	1,0	0,6	0,1
Bruttoinlandsprodukt, real	2,2	1,7	0,8
Unternehmenssektor (ohne private Dienstleister)	3,9	3,1	2,1
Verarbeitendes Gewerbe	11,2	5,7	4,1
Baugewerbe	1,3	0,6	0,0
Staat (einschließlich private Dienstleister)	-1,0	-1,2	-1,1
in 1 000 Personen			
Erwerbstätige (Inland) ^a	5 724	5 780	5 790
Unterbeschäftigte ^a	1 420	1 222	1 143
darunter:			
Arbeitslose, registrierte	1 030	902	883
Arbeitslosenquote ^b	15,3	13,5	13,2
Produktivität			
BIP (real) je Erwerbstätigen, Zuwachs in %	0,7	0,7	0,6
BIP (nominal) je Erwerbstätigen, ABL = 100	77,1	77,0	76,4

^a Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen. – ^b Registrierte Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland).

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Stand: April 2008); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 22/2008 am 18. Juni 2008 veröffentlicht.

dieser Länder hat bei den Löhnen stärker als bei der Produktivität aufgeholt.

Die kräftige industrielle Expansion strahlt über die Produktionsverflechtungen auf das Verkehrsgewerbe und die wirtschaftsnahen Dienstleister aus. Dagegen bleiben der Handel und die personennahen Dienstleister aufgrund der sinkenden Verbraucherzahlen und deren schwacher Kaufkraft zurück. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,7% und damit erneut langsamer als in den Alten Bundesländern steigen.

Die Lage am Arbeitsmarkt verbessert sich dank der Expansion von Nachfrage und Produktion sowie der steigenden Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gegenüber auswärtigen Anbietern nochmals. Die registrierte Arbeitslosigkeit unterschreitet in diesem Jahr die Eine-Million-Marke. Unternehmensdienstleister und Industrieunternehmen stellen

zusätzliches Personal ein. Gemessen an der Beschäftigungsdichte setzt sich die Re-Industrialisierung fort. Zur Unterstützung der Aufwärtsbewegung ist den Instrumenten zur Förderung von Investitionen und Innovationen höchste Priorität einzuräumen und die Vergabe der Fördermittel effizienter zu gestalten.

Mit dem Produktionsanstieg wird sich das Defizit in der regionalen Leistungsbilanz der Neuen Bundesländer weiter verringern. Die Absorption von Gütern und Dienstleistungen übertrifft nach Schätzung des IWH das Niveau der gesamtwirtschaftlichen Produktion nur noch um etwa 10%, nach einem Drittel im Jahr 2000.

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland
(Seite 205)

Russland: Anhaltend kräftige Wirtschaftsentwicklung wird von hoher Inflation überschattet

– Kurzfassung –

Der kräftige Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in Russland wurde im vergangenen Jahr erneut von der Binnennachfrage bestimmt. Privater Konsum und Unternehmensinvestitionen nahmen im zweistelligen Bereich zu; insbesondere die Investitionen beschleunigten sich merklich. Auslöser dafür ist der große Modernisierungsbedarf der Wirtschaft. Durch den kräftigen Nachfrageanstieg nach Investitionsgütern in nahezu allen Wirtschaftsbereichen wurde einerseits die einheimische Produktion angeregt, andererseits stiegen auch die Importe stark. Zusätzlich nachfragewirksam war die verstärkte Kreditvergabe an Haushalte und Unternehmen.

Allerdings hat sich zugleich der Preisanstieg wieder beschleunigt und das von der Zentralbank angestrebte Inflationsziel von maximal 8% verfehlt. Neben dem Einfluss des weltweiten Anstiegs der Ölpreise und der Lebensmittelpreise wirkte sich auf die Inflationsbeschleunigung aber vor allem die kräftige Expansion der Geldmenge M2 aus. Der sprunghafte Anstieg der Kapitalbeschaf-

fung russischer Unternehmen auf ausländischen Märkten hatte massive Nettokapitalzuflüsse zur Folge, die ebenso wie die hohen Devisenzuflüsse aus den Ölexporterlösen inflationswirksam waren.

Der hohe Preisdruck dürfte die Wirtschaftsentwicklung dämpfen, da sowohl die Investitionen als auch der private Konsum infolge der zinspolitischen Gegensteuerung durch die Zentralbank etwas schwächer als im Vorjahr zulegen werden; zudem wird der Anstieg der Realeinkommen verhaltener sein. Dennoch wird die Binnennachfrage weiterhin kräftig bleiben und die wirtschaftliche Entwicklung in diesem und im kommenden Jahr stimulieren. Die Impulse von der Außenwirtschaft werden angesichts der weltwirtschaftlichen Abschwächung gering ausfallen. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts wird vor diesem Hintergrund insgesamt aber hoch bleiben und bei Raten um 6,5% liegen.

Martina Kämpfe (Seite 237)

Falsche Perspektiven durch die Subventionierung des Stadtumbaus? Realoptionstheoretische Überlegungen zum Handeln privater Grundeigentümer

– Kurzfassung –

Die Subventionen im „Stadtumbau Ost“ erreichen vor allem kommunale und genossenschaftliche Wohnungsgesellschaften, während die Instrumente auf private Eigentümer, die vor allem in innenstadtnahen und altbaugeprägten Quartieren Bestände halten, kaum zugeschnitten sind. Impulse für die Investitionstätigkeit dieser Gruppe werden eher von indirekten Effekten der Subventionen für Aufwertungs- und Rückbaumaßnahmen erwartet. Doch die Weiterentwicklung der innerstädtischen Wohnungsbestände stagniert. Der Beitrag erklärt mit einem optionstheoretischen Ansatz die Entscheidungen und das Investitionsverhalten privater Eigentümer. Die detaillierte Betrachtung ausgewählter realistischer Handlungsalternativen zeigt,

dass Investitionen heute aktuell unterbleiben, weil höhere Gewinne erst für die Zukunft erwartet werden. Die Maßnahmen im Stadtumbau führen selbst zu diesen größtenteils unrealistischen Erwartungen. Konsequenz dieser Überlegungen für die Stadtentwicklungspolitik ist, dass für die derzeit von hohem Leerstand betroffenen Grundstücke verbindliche Konzepte vorgeschlagen werden sollten, die nachfragegerecht und der Marktsituation angepasst sind. Diese Entwicklungsperspektive könnte durch eine Umwandlung der Rückbausubvention in eine Investitionszulage gefördert werden.

Dominik Weiß (Seite 244)

Ostdeutsche Wirtschaft: Kein aufholendes Produktionswachstum 2008 und 2009

Die für Ostdeutschland zuletzt präsentierten amtlichen Produktionsdaten zeichnen ein nüchternes Bild. Der im Jahr 2005 in Gang gekommene Aufschwung hat zwar auch die Wirtschaft in den Neuen Bundesländern erfasst, entgegen den ersten Berechnungen² bleibt sie aber erneut im Wachstum hinter dem Westen zurück. Allerdings trifft dies nicht in gleichem Maß auf alle Wirtschaftszweige und Sektoren zu. Während das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe weiterhin die Wachstumsführerschaft in Deutschland innehat, dämpfen der Handel sowie die privaten und öffentlichen Dienstleister die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland deutlich. Diese Spaltung kommt nicht von ungefähr. Das Verarbeitende Gewerbe empfängt seine Impulse zunehmend von den expandierenden Märkten außerhalb der Neuen Bundesländer, Handel und personennahe Dienstleister dagegen aus dem Inneren des Gebiets. Und hier befindet sich die Nachfrage im Sog der schwachen Kaufkraft der privaten Haushalte und der rückläufigen Einwohnerzahl. Zugleich sinkt die Wertschöpfung der öffentlichen Dienstleister, solange die Überhänge an Beschäftigung im Staatssektor abgebaut werden. Per saldo bleibt ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts, der langsamer als im Westen ausfällt, hinter dem jedoch ein höherer Zuwachs an Wertschöpfung im Unternehmenssektor steht.

Ausstattung mit Arbeit und Sachkapital

Im Jahr 2007 nahm das Arbeitsangebot in den Neuen Bundesländern weiter ab. Es schrumpfte – gemessen an der Zahl der Erwerbsfähigen – um 163 000 bzw. 1,8% (vgl. Tabelle 2). Damit setzt sich die seit Ende der 90er Jahre zu beobachtende Tendenz einer rückläufigen Zahl der Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren fort. Maßgebend dafür ist zum einen der Eintritt geburtenschwacher Jahrgänge in das erwerbsfähige Alter. So überschritten im Jahr 2007 nur 84 000 ostdeutsche Jugendliche

* Dieser Beitrag wurde bereits als IWH-Pressemitteilung 22/2008 am 18. Juni 2008 veröffentlicht.

² Vgl. LUDWIG, U.: Kein aufholendes Wachstum der ostdeutschen Wirtschaft? Regionale Gewinner und Verlierer der Datenkorrektur für 2006, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2008, S. 99.

Tabelle 1:
Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland (ohne Berlin) zur Wertschöpfung
- in Prozentpunkten des Zuwachses der realen Größe -

	2005	2006	2007
Bruttowertschöpfung insgesamt ^a	0,4	2,1	2,6
darunter:			
Verarbeitendes Gewerbe	1,1	1,4	2,2
Baugewerbe	-0,6	0,3	0,1
Handel, Gastgewerbe, Verkehr	-0,3	0,5	0,2
Finanzierung, Vermietung, Unternehmensdienstleister	0,8	0,4	0,7
Öffentliche und private Dienstleister	-0,2	-0,2	-0,3
Bruttowertschöpfung der Unternehmen ^b	0,7	2,3	2,9
<i>Nachrichtlich:</i> Bruttoinlandsprodukt	0,2	2,2	2,2

^a Die Wachstumsraten der Bruttowertschöpfung und des Bruttoinlandsprodukts unterscheiden sich aufgrund der Zurechnung der zweigübergreifenden Komponenten des Bruttoinlandsprodukts, d. h. der Gütersteuern und der Gütersubventionen. – ^b Ohne private Dienstleister.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Berechnungen des IWH.

Tabelle 2:
Bevölkerungsprognose für die Neuen Bundesländer (ohne Berlin)

	2007	2008	2009
	<i>1 000 Personen</i>		
Einwohnerzahl	13 192	13 097	13 002
darunter:			
Erwerbsfähige ^a	8 900	8 744	8 586
Personen im Rentenalter ^b	2 927	2 975	3 020
<i>Nachrichtlich:</i> Einwohnerzahl ABL	69 069	69 054	69 049
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr</i>		
Einwohnerzahl	-101	-95	-95
darunter:			
Erwerbsfähige ^a	-163	-156	-158
Personen im Rentenalter ^b	66	48	45
<i>Nachrichtlich:</i> Einwohnerzahl ABL	-4	-15	-5

^a Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^b Personen im Alter von 65 Jahren und mehr.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

diese Altersgrenze; im Jahr 2000 waren es noch 190 000. Zum anderen trug die anhaltende Abwanderung zum Rückgang des Arbeitsangebots bei.³ Auch die geringe Geburtenzahl ist für die rückläufige Bevölkerungszahl verantwortlich (vgl. Abbildung 1). Dagegen steigt wegen der zunehmenden Lebenserwartung die Zahl der Personen im Rentenalter stetig, und ihr Anteil erhöht sich bei sinkender Einwohnerzahl. Diese Tendenzen – rückläufige Bevölkerungszahl, schrumpfendes Arbeitsangebot sowie zunehmender Anteil der Älteren – werden sich auch in diesem und im kommenden Jahr fortsetzen.

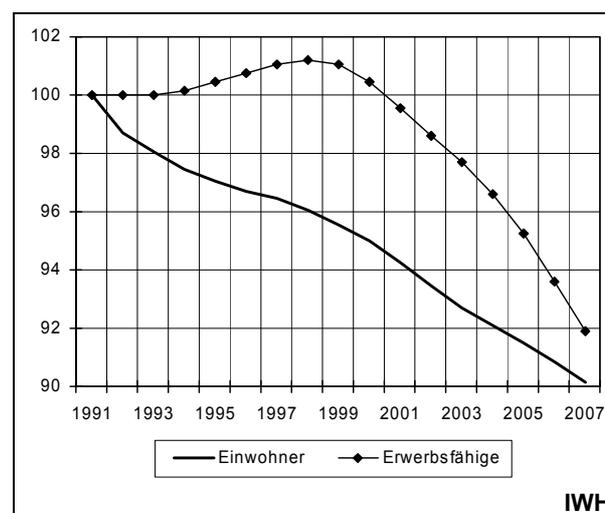
Trotz Abnahme des Arbeitsangebots blieb der Auslastungsgrad des Erwerbspersonenpotenzials mit rund 83% weiter deutlich hinter dem Stand in den Alten Bundesländern (90,4%) zurück (vgl. Tabelle 3). Maßgeblich dafür ist die geringe Beschäftigungsdichte mit 434 Erwerbstätigen je 1 000 Einwohner bzw. der hohe Bestand an Unterbeschäftigten, die sich zu fast drei Vierteln aus Personen zusammensetzen, die bei den Arbeitsagenturen als arbeitslos registriert sind. Hinzu kommen noch Unterbeschäftigte, die durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefördert werden bzw. Personen, die zur so genannten Stillen Reserve i. e. S.⁴ gehören.

Die Arbeitsplatzlücke in Ostdeutschland ist größer als die Unterbeschäftigung. Sie wird gemildert durch die große Zahl der Arbeitspendler, die ihren Arbeitsplatz in Westdeutschland bzw. im Ausland haben. Im Fall des Angebots eines adäquaten – vor allem gleich hoch entlohten – Arbeitsplatzes in den Neuen Ländern würden vermutlich die meisten der ostdeutschen Pendler diesen gegenüber einem Arbeitsplatz in der „Ferne“ vor-

ziehen. Der Saldo von Aus- und Einpendlern in den Neuen Bundesländern betrug im Jahr 2007 ca. 400 000 Personen. Zählt man diese den Unterbeschäftigten in Höhe von 1,4 Millionen hinzu, so beträgt die Arbeitsplatzlücke in den Neuen Bundesländern – also die Zahl der fehlenden Arbeitsplätze vor Ort – rechnerisch ca. 1,8 Millionen.⁵

Abbildung 1:
Entwicklung der Zahl der Einwohner und der Erwerbsfähigen^a in Ostdeutschland^b von 1991 bis 2007

- 1991 = 100 -



^a Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^b Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2008); Berechnungen des IWH.

Die hohe Unterbeschäftigung bildet zahlenmäßig eine Reserve für Neueinstellungen bei Produktionssteigerungen. Ein Teil dieser Unterbeschäftigten sind allerdings Langzeitarbeitslose, die zwar meistens über eine Berufsausbildung verfügen, deren Fertigkeiten sich jedoch mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit entwertet haben. Handelt es sich dabei zudem noch um ältere Arbeitssuchende, wird ihre Reintegration in den Arbeitsmarkt häufig noch zusätzlich erschwert. Dieser Personenkreis sollte auch weiterhin durch arbeitsmarktpolitische Instrumente mit dem Ziel der Eingliederung in reguläre Beschäftigung gefördert werden.

Die Produktionsmöglichkeiten der ostdeutschen Wirtschaft werden maßgebend vom Bestand an

³ Zur Problematik der Abwanderung aus Ostdeutschland vgl. KUBIS, A.; SCHNEIDER, L.: Wanderungsverhalten der Ostdeutschen, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 4/2008, S. 128-131.

⁴ Dabei handelt es sich um Personen, die beschäftigungslos und verfügbar sind sowie Arbeit suchen, ohne als Arbeitslose registriert zu sein, sowie um Personen, die die Arbeitssuche entmutigt aufgegeben haben, aber bei guter Arbeitsmarktlage Arbeitsplätze nachfragen würden (vgl. BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT: *Arbeitsmarkt 2006*. Nürnberg 2007, S.73). Zu den methodischen Problemen bei der Schätzung der „Stillen Reserve i. e. S.“ vgl. FUCHS, J.: *Erwerbspersonenpotential und Stille Reserve. Konzeption und Berechnungsweise*, in: G. Kleinhenz (Hrsg.), *IAB-Kompodium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* (BeitrAB 250). Nürnberg 2002, S. 79 ff. – HOLST, E.: *Die Stille Reserve am Arbeitsmarkt, Größe, Zusammensetzung, Verhalten*. Berlin 2000.

⁵ Vgl. hierzu auch BRAUTZSCH, H.-U.: *Arbeitsplatzlücke im Osten fast doppelt so hoch wie im Westen*, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 11/2004, S. 295-300.

Tabelle 3:
Auslastung des Arbeitskräftepotenzials in Ostdeutschland^a

		2004	2005	2006	2007	<i>Nachrichtlich: ABL 2007</i>
		<i>in 1 000 Personen</i>				
1	Erwerbsfähige ^b	9 352	9 223	9 063	8 900	45 619
2	Erwerbstätige (Inland) ^c	5 656	5 606	5 636	5 724	34 013
3	Pendlersaldo	-395	-391	-399	-401	479
4	Erwerbstätige Inländer (Arbeitsplätze) ^c	6 051	5 997	6 035	6 125	33 534
5	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke)	1 815	1 762	1 649	1 420	3 849
6	Registrierte Arbeitslose	1 300	1 295	1 187	1 030	2 746
7	Sonstige Unterbeschäftigte ^d	355	277	302	270	626
8	Stille Reserve i. e. S. ^e	160	190	160	120	477
9	Erwerbspersonenpotenzial (Arbeitskräftepotenzial) ^f	7 760	7 604	7 514	7 392	37 095
10	Erwerbstätigenquote [(4)/(1)*100]	64,7	65,0	66,6	68,8	73,5
11	Erwerbsbeteiligungsquote [(9)/(1)*100]	83,0	82,4	82,9	83,1	81,3
12	Auslastungsgrad [(4)/(9)*100]	78,0	78,9	80,3	82,9	90,4

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren. – ^c Einschließlich Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen sowie an Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Kurzarbeiter; Personen in Altersteilzeit; Ein-Euro-Jobs. – ^d Arbeitslose nach §125, 126 SGB III; Ausfall durch Kurzarbeit (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an beruflicher Weiterbildung (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; Ein-Euro-Jobs; Teilnehmer an Deutschlehrgängen; Vorruheständler; Ausfall durch Altersteilzeit (in Vollzeitäquivalenten); Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit, am Programm JUMP+, am Programm Arbeit für Langzeitarbeitslose sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^e Schätzungen auf der Grundlage von Angaben des IAB zur Stillen Reserve i. e. S. – ^f Summe aus Erwerbstätigen und Unterbeschäftigten. Zur Vermeidung von Doppelzählungen werden die Personengruppen, die in beiden Positionen enthalten sind, herausgerechnet. Dazu zählen: Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen sowie an Beschäftigung schaffenden Infrastrukturmaßnahmen; Kurzarbeiter (in Vollzeitäquivalenten) sowie Arbeitsgelegenheiten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2008); Bundesagentur für Arbeit; BACH, H.-U.; GARTNER, H.; KLINGER, S.; ROTHE, E.; SPITZNAGEL, E.: Der Aufschwung lässt nach, in: IAB-Kurzbericht, 3/2008, S. 10; Berechnungen des IWH.

modernen Sachanlagen bestimmt. Trotz insgesamt schwacher Investitionsaktivitäten in den Jahren nach 2000 ist der Produktionsapparat in Ostdeutschland kontinuierlich erweitert worden. Anfang 2006 – aktuellere Daten liegen nicht vor – hat sich das Bruttoanlagevermögen um 2,1% gegenüber dem Vorjahr erhöht (Tabelle 4), der Bestand an Ausrüstungen und sonstigen Anlagen allerdings nur um 1%. Der Ausbau des Produktionsapparats hatte eine starke bauliche Komponente, die ihre Ursache in der überdurchschnittlichen Erweiterung der Anlagen im Dienstleistungssektor hatte. Im Produzierenden Gewerbe verlief die Entwicklung mit 1% Zuwachs dagegen sehr moderat und betraf den Bau- und Ausrüstungsanteil in gleichem Maß.

Ein Teil der Erweiterung des Produktionsapparats stand im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsaufbau. So hat sich die Ausstattung der Arbeitsplätze mit Maschinen und Geräten, das heißt die Kapitalintensität, im Durchschnitt langsamer erhöht als in den Vorjahren. Bei einer Zunahme des Personalbestands im Jahr 2006 um knapp 0,5%

und einer Zunahme des Bruttoanlagevermögens um 2,1% stieg die gesamtwirtschaftliche Kapitalintensität um 1,5%. So blieb der Abstand im Dienstleistungssektor gegenüber dem Westen groß. Im Produzierenden Gewerbe bestand dagegen der Überhang fort.

Eine hohe Kapitalintensität ist eine wesentliche Voraussetzung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Wettbewerbsfähigkeit. Während im Produzierenden Gewerbe die Arbeitsproduktivität kräftig stieg, blieb ihr Zuwachs im Dienstleistungssektor deutlich hinter der gewachsenen technischen Ausstattung der Arbeitsplätze zurück. Wie in den Jahren zuvor sank die Kapitalproduktivität dort sogar und hat sich damit von oben an das westdeutsche Niveau angenähert. Im Produzierenden Gewerbe liegt dagegen die Produktivität der eingesetzten Arbeit wie die der Sachanlagen weiterhin deutlich unter den westdeutschen Werten, auch wenn sie real zuletzt kräftig zulegten. Der Produktivitätsrückstand deutet nach wie vor auf strukturelle Schwächen bei der Auslastung des Sachanla-

gepotenzials sowie der mangelnden Stärke bei der Überwälzung von Preissteigerungen hin.

Tabelle 4:
Anlagevermögen und Produktivität in der ostdeutschen Wirtschaft^a

	2004	2005	2006	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in % ^b			Niveau ^c ABL = 100
Insgesamt				
Bruttoanlagevermögen	2,5	2,3	2,1	13,8
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,1	1,3	1,0	15,0
Kapitalproduktivität ^d	-1,2	-2,1	0,1	93,7
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,3	-1,1	1,1	86,6
Arbeitsproduktivität ^e	1,2	1,1	1,6	76,9
Kapitalintensität ^f	2,4	3,2	1,5	82,0
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,0	2,2	0,5	88,3
Darunter:				
Produzierendes Gewerbe				
Bruttoanlagevermögen	1,0	1,7	1,0	17,9
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	1,1	1,8	1,0	16,5
Kapitalproduktivität ^d	2,8	0,3	4,9	67,4
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	2,7	0,2	4,9	73,0
Arbeitsproduktivität ^e	5,7	5,0	5,7	74,2
Kapitalintensität ^f	2,9	4,6	0,8	110,1
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	3,0	4,8	0,8	101,7
Dienstleistungsbereiche einschließlich Staat				
Bruttoanlagevermögen	3,0	2,6	2,3	13,1
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,9	0,7	0,7	13,3
Kapitalproduktivität ^d	-2,5	-2,1	-1,3	101,3
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0,5	-0,3	0,3	99,2
Arbeitsproduktivität ^e	-0,5	0,4	0,2	78,4
Kapitalintensität ^f	2,1	2,5	1,5	77,4
dar.: Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,0	0,7	-0,1	79,0

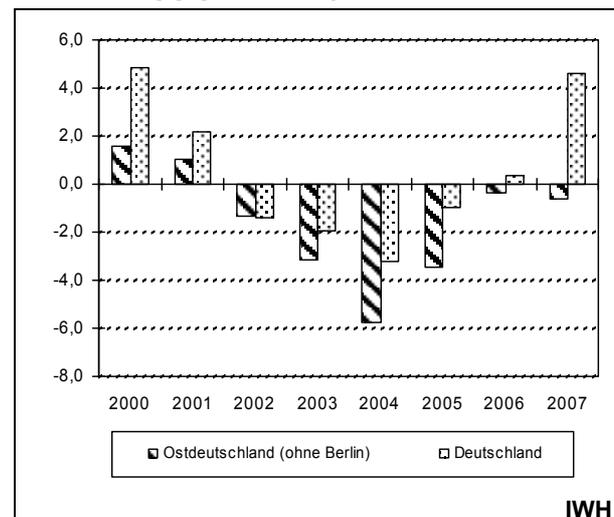
^a Neue Länder ohne Berlin, Alte Länder einschließlich Berlin. – ^b Zu Preisen von 2000. – ^c Zu Wiederbeschaffungspreisen. – ^d Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung der Bereiche bezogen auf den Jahresanfangsbestand des Bruttoanlagevermögens. – ^e Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (Inland). – ^f Jahresanfangsbestand des Bruttoanlagevermögens je Erwerbstätigen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2008); Berechnungen des IWH.

Finanzierungsaspekte

In Deutschland nimmt die Kreditvergabe, gemessen sowohl an den Veränderungen der Kreditbestände als auch an der durchschnittlichen Entwicklung des Kreditneugeschäfts, konjunkturbedingt sehr kräftig zu. So ist im vergangenen Jahr der Bestand der Forderungen von Banken gegenüber Unternehmen und wirtschaftlich selbstständigen Privatpersonen im bundesweiten Durchschnitt trotz der zunächst steigenden Leitzinsen im Euroraum und den später einsetzenden Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten um 4,6% gestiegen. Allerdings fielen die Neuen Bundesländer weit hinter den Bundesdurchschnitt zurück und haben nun schon das sechste Jahr in Folge keinen Zuwachs im Kreditvolumen erzielt; der Bestand an Ausleihungen schrumpfte hier um 0,6% gegenüber dem Vorjahr.

Abbildung 2:
Kredite an Unternehmen und wirtschaftlich selbstständige Privatpersonen
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



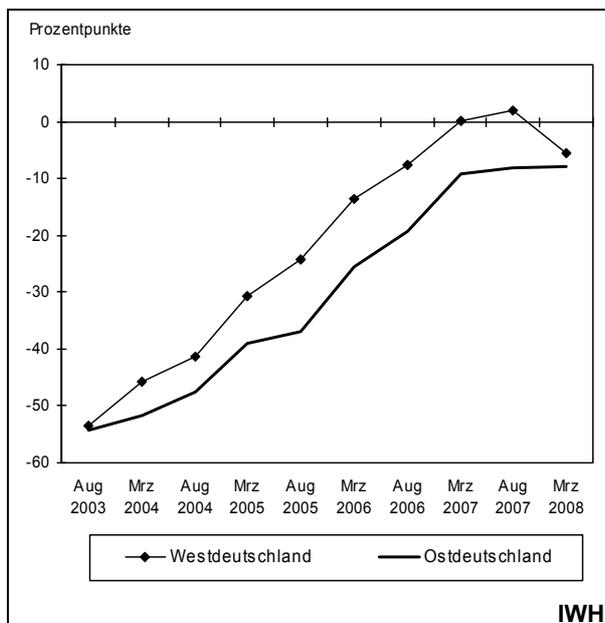
Quellen: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

Insbesondere die Sparkassen und Genossenschaftsbanken trugen im Jahr 2007 mit ihren restriktiver ausgerichteten Kreditpolitiken maßgeblich zum Rückgang des Gesamtkreditvolumens in Ostdeutschland bei.⁶ Dem gegenüber stand eine Lockerung der Kreditkonditionen bei den privaten

⁶ Zu den Einschätzungen der Kreditvergabebereitschaft der einzelnen Bankengruppen durch Unternehmen vgl. KfW BANKENGRUPPE (Hrsg.): Unternehmensbefragung 2007. Unternehmensfinanzierung im Aufwind – erstmals profitieren auch kleine Unternehmen. Frankfurt/M., Oktober 2007.

Geschäftsbanken, deren Kreditvolumina infolgedessen expandierten und einen insgesamt stärkeren Rückgang im Jahresdurchschnitt verhinderten. Eine Ursache für diese gegenläufigen Entwicklungen dürfte sein, dass der Restrukturierungsprozess im öffentlich-rechtlichen sowie genossenschaftlichen Kreditwesen noch nicht mit einem erleichterten Zugang zur Kreditfinanzierung für die Unternehmen in Ostdeutschland verbunden ist.⁷ Andererseits dominieren die privaten Geschäftsbanken das Kreditgeschäft mit den Unternehmen im kräftig wachsenden Verarbeitenden Gewerbe, während die Sparkassen und Genossenschaftsbanken im Kreditgeschäft mit Handel und Handwerk überwiegen. Die konjunkturelle Dynamik in diesen Sektoren ist jedoch sehr viel schwächer, sodass die Kreditnachfrage entsprechend geringer ist.

Abbildung 3:
Kreditklima^a im Verarbeitenden Gewerbe



^a Anteil der Unternehmen, die eine entgegenkommende Kreditvergabe berichten, abzüglich des Anteils der Unternehmen, die eine restriktive Kreditvergabe berichten.

Quellen: ifo Institut für Wirtschaftsforschung; Berechnungen des IWH.

Allerdings können die jüngsten Entwicklungen bei der Kreditvergabebereitschaft der Banken insgesamt einigen Optimismus begründen. So ist bemerkenswert, dass nach dem Ausbruch der internationalen Finanzkrise die ostdeutschen Unterneh-

⁷ Vgl. ARBEITSKREIS KONJUNKTUR OSTDEUTSCHLAND: Ostdeutsche Wirtschaft: Nachfrageschub überwiegt strukturelle Schwächen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/2007, S. 227-256.

men, vor allem die kleinen und mittelständischen, eher über eine Lockerung und nicht, wie vielleicht erwartet, über eine Verschärfung der Kreditvergabepraxis berichten. Dieser Befund steht im starken Gegensatz zu jenem aus den Alten Bundesländern, wo die Unternehmen unabhängig von der Größenklasse per saldo eine Verschärfung der Kreditvergabebedingungen angeben.

Eine Ursache für diese Unterschiede dürfte in den regionalspezifischen Risiken liegen. Die mit dem internationalen Kreditgeschäft verbundenen Risiken sind unter den gegenwärtigen Umständen vergleichsweise hoch, und die Banken reagieren hierauf, indem sie sich wieder verstärkt ihren regionalen Bankkunden zuwenden. Hiervon profitieren offenbar die Unternehmen im östlichen Bundesgebiet stärker, da sie aufgrund ihrer geringeren Verflechtung mit den USA auch in geringerem Maß von den Turbulenzen betroffen sein dürften.

Kasten:

Annahmen für die Prognose

Der Prognose liegen folgende Annahmen zugrunde:

- Der US-Dollar-Kurs des Euro beträgt 1,55 im zweiten Halbjahr 2008 und im Jahr 2009.
- Die Europäische Zentralbank erhöht im Sommer und im Herbst 2008 den Leitzins um jeweils 25 Basispunkte.
- Der Welthandel expandiert im Jahr 2008 mit 5% und im Jahr 2009 mit 5½%.
- Der Ölpreis (Marke Brent) liegt im zweiten Halbjahr 2008 und im Jahr 2009 bei 130 US-Dollar pro Barrel.
- Der Tariflohn steigt in Ostdeutschland im Jahr 2008 um 2,5% und im Jahr 2009 um 2,6%. Zu einer flächendeckenden Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen kommt es 2009 nicht.
- Für die 2009 auslaufende Förderung im Investitionsbereich wird es Nachfolgeregelungen geben.

Ungeachtet dessen haben sich die externen Finanzierungsbedingungen für die ostdeutsche Wirtschaft strukturell noch nicht nachhaltig verbessert. Zwar können offenbar die hiesigen Unternehmen insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe einen vorübergehenden Vorteil aus den Verwerfungen auf den internationalen Bankenplätzen ziehen. So-

lange aber vor allem die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken ihre Kreditgeschäfte mit den Unternehmen in den Neuen Ländern nicht nachhaltig ausweiten, wird die externe Finanzierung noch eine Weile wachstumshemmend wirken. Hierbei dürften die infolge der Bankenkrise entstandenen besonderen Belastungen bei den Landesbanken diesen Anpassungsprozess vor allem im Sparkassen-sektor behindern.

Entwicklung der Nachfrage

Ostdeutscher Export trotz Nachfrageschwäche in den Industrieländern

Die ostdeutschen Warenausfuhren legten im Jahr 2007 mit 17,7% nochmals kräftig zu und wuchsen damit mehr als doppelt so stark wie der gesamtdeutsche Warenexport (+8,4%). Aufgrund des verhaltenen Anstiegs der Ausfuhrpreise fiel der Exportzuwachs in realer Rechnung mit gut 17% kaum geringer aus. Gleichwohl schwächte sich die Dynamik etwas ab. So hat zum einen die Aufwertung des Euro nicht nur gegenüber dem US-Dollar, sondern auch gegenüber anderen Fremdwährungen die Nachfrage einiger Handelspartnerländer gedämpft. Zum anderen führten die Finanzmarkturbulenzen zu einer Abschwächung der Konsum- und Investitionsnachfrage in den USA und anderen wichtigen Industrieländern. Folglich stagnierten die ostdeutschen Ausfuhren in die USA im Jahr 2007, und die Lieferungen nach Japan nahmen nur unterdurchschnittlich zu. Kräftig expandierten dagegen die Exporte in die EU-Mitgliedstaaten, gegenüber denen sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Anbieter weiter verbessert hat. Gleiches gilt für die Ausfuhren nach China, Russland und in die Golfregion. Hier wurden die veränderten Währungsrelationen offensichtlich durch die anhaltend hohe konjunkturelle Dynamik bzw. die gestiegenen Einnahmen aus Rohstoffexporten überkompensiert (vgl. Tabelle A4). Insgesamt kam der ostdeutschen Exportwirtschaft auch im vergangenen Jahr die spezifische regionale Ausrichtung der Warenausfuhren zugute. Insbesondere die hohen Exportanteile in die nach wie vor stark expandierenden Märkte Mittel- und Osteuropas sowie Südasiens führten dazu, dass sich die Exportdynamik in den Neuen Ländern weniger verlangsamt hat als in Westdeutschland.

Deutlich überdurchschnittliche Exportzuwächse erzielten die Neuen Bundesländer im vergangenen

Jahr bei Kraftfahrzeugen und Teilen sowie bei Maschinen. Damit konnte Ostdeutschland bei diesen im Export nach wie vor unterrepräsentierten Gütergruppen weiter zu Westdeutschland aufschließen. Die höchsten Exportzuwächse erzielten die Neuen Länder bei Gütern der Rundfunk- und Nachrichtentechnik. Diese für den ostdeutschen Außenhandel relativ wichtige Gütergruppe hat damit weiter an Bedeutung gewonnen. Ähnlich den hohen Exportzuwächsen bei Kraftfahrzeugen und Teilen sowie bei Maschinen haben die unterdurchschnittlichen Zuwächse bei Metallen und Nahrungsgütern die weitere Angleichung der Güterstruktur der Exporte an Westdeutschland gefördert (vgl. Tabelle 5).

Tabelle 5:
Export der Neuen Bundesländer in das Ausland nach Warengruppen im Jahr 2007
- in jeweiligen Preisen -

	Mio. Euro	Zuwachs gg. Vj. in %	Exportanteil	
			NBL	D
Ausfuhr insgesamt	60 325	17,7	100	100
darunter:				
Kraftwagen und Teile	11 222	24,7	18,6	18,7
Chemische Erzeugnisse	7 850	16,7	13,0	13,2
Maschinen	6 262	19,9	10,4	14,3
Rundfunk- und Nachrichtentechnik	4 076	26,2	6,8	3,8
Metalle	4 925	15,5	8,2	6,4
Nahrungsgüter	3 029	15,2	5,0	3,6

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; Berechnungen des IWH.

Auch im laufenden Jahr werden die Exporte der Neuen Bundesländer sowohl durch die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzkrise als auch durch die mit gewisser zeitlicher Verzögerung wirkende Euro-Aufwertung belastet. Jedoch dürften die daraus resultierenden dämpfenden Effekte in Ostdeutschland aufgrund der Unterschiede in der regionalen Ausrichtung der Exporte erneut geringer ausfallen als in den Alten Ländern. Neben der stärkeren Fokussierung der Ausfuhren auf Wachstumsmärkte wirken sich hier auch die Wechselkursentwicklungen gegenüber den Währungen verschiedener Zielregionen aus. So ist der Dollarraum als Absatzmarkt für die Neuen Bundesländer von relativ geringer Bedeutung. Dagegen hat der Euro gegenüber den Währungen der für die ostdeut-

Tabelle 6:

Wechselkurse, BIP der Handelspartner und Warenexporte Ost- und Gesamtdeutschlands

	Änderung der nominalen Wechselkurse in % (Euro gegenüber Fremdwährung(en), BIP-gewichtet)		Realer BIP-Zuwachs		Exportanteil 2007 in %		Exportzuwachs 2007 (in % gegenüber dem Vorjahr)	
	Juni 2006- Dez. 2007	Juni 2006- April 2008	2007	2008 ^a	D	NBL	D	NBL
Euroraum und übrige EU-Mitglieder					64,8	64,6	10,6	19,3
Euroraum (EU-12)	-	-	2,6	1,7	42,4	36,5	9,1	19,8
DK, SE, UK	+3,7	+11,6	2,9	2,0	11,1	11,2	10,4	13,2
Neue EU-Mitglieder	-6,75	-8,62	5,9	5,3	11,2	16,9	16,7	23,4
Dollar-Raum					9,4	8,0	-3,6	2,2
USA	+15,2	+24,5	2,2	1,0	7,6	6,4	-5,9	0,1
Länder mit Dollarbindung ^b	+15,2	+24,5	6,6	6,0	1,8	1,6	7,6	12,2
Südostasien^c	+9,6	+12,3	6,0	4,9	7,3	9,5	3,8	22,5

^a Prognose. – ^b Bahrain, Jordanien, Oman, Qatar, Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Weißrussland, Usbekistan, Aruba, Bahamas, Barbados, Ecuador, El Salvador, Guyana, Honduras, Kuba, Niederländische Antillen, Panama, Trinidad und Tobago, Venezuela. – ^c China, Japan, Südkorea, Taiwan, Indonesien, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen.

Quellen: IMF; EUROSTAT; EZB; Europäische Kommission, Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts, Berechnungen des IWH.

schen Exportunternehmen wichtigen mittel- und osteuropäischen Handelspartnerländer seit Mitte 2006 effektiv sogar abgewertet (vgl. Tabelle 6).⁸

Starke Exportimpulse aus Mitteleuropa

Die aus der unterschiedlichen regionalen Fokussierung der Exporte Ost- und Gesamtdeutschlands resultierenden Exportimpulse lassen sich anhand der Entwicklung der kumulierten Auslandsnachfrage sowie der effektiven Eurokurse gegenüber den Währungen der Zielregionen veranschaulichen. So zeigt sich, dass der Zuwachs des exportgewichteten realen Bruttoinlandsprodukts der 40 wichtigsten Handelspartnerländer Ostdeutschlands, in die ungefähr 87% der Warenexporte fließen, im Jahr 2007 um einen drittel Prozentpunkt höher lag als für Deutschland insgesamt (vgl. Tabelle 7). Da die Warenausfuhren erfahrungsgemäß deutlich überproportional auf die konjunkturelle Entwicklung im Ausland reagieren, erklärt dies eine Differenz beim Exportwachstum zwischen Ost- und Gesamtdeutschland von ungefähr einem dreiviertel Prozentpunkt. Auch im laufenden Jahr fallen demzufolge, bei unveränderter regionaler Exportstruktur,

die Impulse aus dem Ausland, trotz genereller Abschwächung, in Ostdeutschland deutlich höher aus als in Deutschland insgesamt.

Eine vergleichbare Rechnung für die nominalen effektiven Wechselkurse gegenüber 48 wichtigen Handelspartnerländern, die über 90% der Exporte aufnehmen, fällt noch deutlicher aus. So zeigt sich, dass der nominale effektive Wechselkurs Ostdeutschlands seit Mitte 2006 weniger gestiegen ist als für Deutschland insgesamt (vgl. Tabelle 7). Hinzu kommt, dass die Lohnstückkosten, die neben den nominalen Wechselkursen eine erhebliche Determinante der preislichen Wettbewerbsfähigkeit darstellen, auch im vergangenen Jahr in Ostdeutschland im für den Warenexport wichtigen Verarbeitenden Gewerbe deutlich stärker gesunken sind als in den Alten Bundesländern. Folglich hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit ostdeutscher Anbieter auf Lohnstückkostenbasis im Vergleich zu Westdeutschland noch deutlich günstiger entwickelt als der Index des nominalen effektiven Wechselkurses.

Trotz eines guten Starts in das Jahr 2008 wird sich infolge der Eintrübung der Weltkonjunktur die zuletzt hohe Exportdynamik zunächst deutlich abschwächen. Darauf deutet bereits die seit einigen Monaten schwächere Entwicklung der ausländischen Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hin. Die Konjunktur in den mitteleuropäischen und südostasiatischen Märk-

⁸ Aufgrund mangelnder Datenverfügbarkeit für die Alten Bundesländer muss Gesamtdeutschland als Vergleichsgröße herangezogen werden. Da jedoch auf Ostdeutschland weniger als 6% der gesamtdeutschen Warenexporte entfallen, sind die Werte für Gesamtdeutschland mit denen Westdeutschlands nahezu identisch.

ten bleibt jedoch robust, und auch in den westlichen Industrieländern wird die Nachfrage in der zweiten Jahreshälfte wieder anziehen, sodass die ostdeutschen Warenexporte auch 2008 mit zweistelliger Rate zulegen werden.

Tabelle 7:

Determinanten der Exporte Deutschlands und der Neuen Bundesländer

	Bruttoinlandsprodukt der Handelspartner (reale Veränderungen gegenüber Vorjahr in %) ^a		
	2007	Prognose 2008	
D	3,78	2,90	
NBL	4,11	3,22	
	Nominaler effektiver Wechselkurs ^b		
	Juni 2006	Dez. 2007	April 2008
D	100,0	102,1	104,0
NBL	100,0	101,1	102,6

^a Gegenüber 40 Ländern, exportgewichtet. – ^b Index der exportgewichteten nominalen Wechselkurse (Euro-Referenzkurse der EZB) gegenüber 48 Ländern.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesbank; IMF; Berechnungen des IWH.

Die Wareneinfuhren stiegen 2007 aufgrund der schwächeren Binnennachfrage deutlich langsamer als in den beiden Jahren zuvor. Obgleich die Expansionskraft der Importe im laufenden Jahr im Licht der schwächeren Binnenkonjunktur verhalten bleibt, deutet die Entwicklung zu Jahresbeginn auch bei den Einfuhren auf eine zweistellige Zuwachsrate hin. Dennoch wird aufgrund der günstigen Regionalstruktur der Exporte der Warenaustausch mit dem Ausland in den Neuen Bundesländern auch im Jahr 2008 stärker zum Produktionsanstieg beitragen als in Deutschland insgesamt.

Warenlieferungen in die Alten Bundesländer weiter im Aufwind

Die Wachstumsimpulse aus den für Ostdeutschland externen Wirtschaftsräumen beschränken sich nicht auf die Auslandsmärkte. Auch die Märkte in den Alten Bundesländern absorbieren zunehmend Produkte aus den Neuen Bundesländern, nicht zuletzt aufgrund der gewachsenen Produktionsverflechtungen zwischen den Konzernbetrieben in Ost- und Westdeutschland. Auch diese innerdeutschen Lieferungen gehören bei regionalen Betrachtungen zum Export.

Seit etwa fünf Jahren erzielen die Betriebe mit mindestens 20 Beschäftigten mehr als die Hälfte

ihres Inlandsumsatzes in den Alten Bundesländern, und dieser Anteil ist tendenziell aufwärts gerichtet. Im vergangenen Jahr stieg der Absatz der ostdeutschen Industriebetriebe im Westen um 10% und damit stärker als in den Neuen Bundesländern.⁹ Er besteht zu einem großen Teil aus Vorleistungsgütern, die vermutlich in die Wertschöpfungsketten in den Alten Bundesländern einfließen. Mit der Ansiedlung namhafter Unternehmen im Fahrzeugbau dürften auch die in Ostdeutschland gefertigten Gebrauchs- bzw. Investitionsgüter ihre Bedeutung im innerdeutschen Warenverkehr erhöht haben. Bei Fortsetzung des Aufschwungs in Deutschland werden auch die Lieferungen aus den Neuen in die Alten Bundesländer weiter anziehen.

Tabelle 8:

Regionale Entwicklung des Inlandsumsatzes der ostdeutschen Industrie ^a

	2005 ^b	2006 ^c	2007 ^c
	<i>in Mio. Euro</i>		
ABL	62 169	60 959	67 194
NBL	52 437	45 985	48 658
Inland	114 606	106 944	115 852
<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>			
ABL	8,3	7,4	10,2
NBL	2,0	8,5	5,8
Inland	5,3	7,9	8,3

^a Neue Bundesländer einschließlich Berlin. – ^b Betriebe von Unternehmen mit mindestens 20 Beschäftigten. – ^c Betriebe von Unternehmen mit mindestens 50 Beschäftigten (die Veränderungsdaten für 2006 beziehen sich auf den alten Berichtskreis).

Quellen: Statistisches Bundesamt; IAB-Betriebspanel 2006 und 2007; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

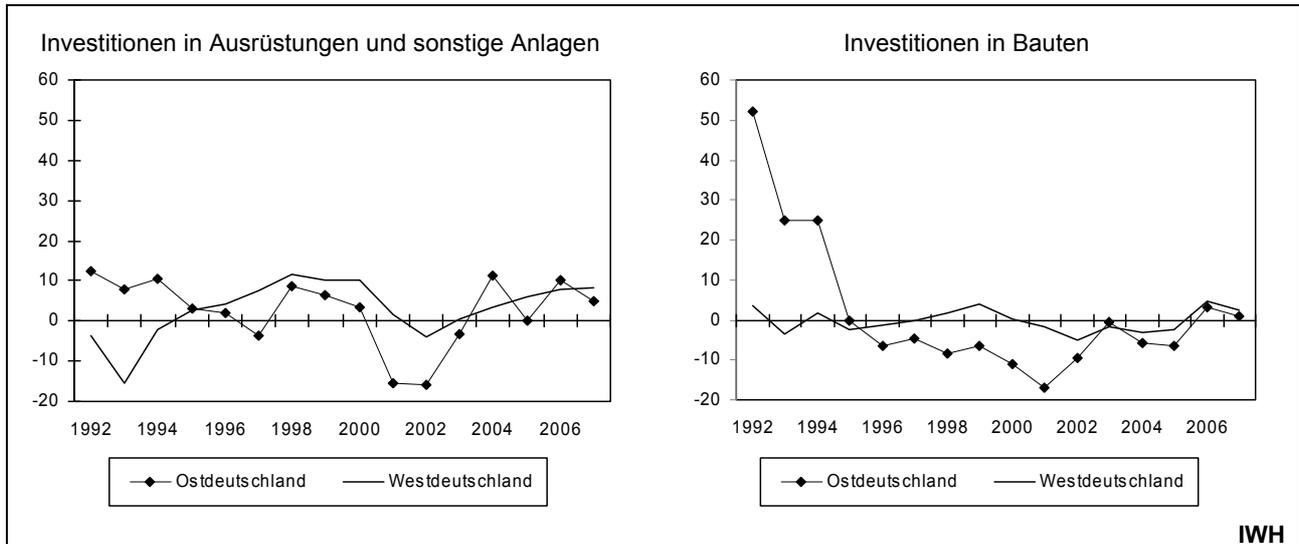
Investitionsrhythmus gleicht sich zwischen Ost- und Westdeutschland konjunkturbedingt an

Die Bruttoanlageinvestitionen der Neuen Bundesländer waren seit Ende des Baubooms 1996 bis zum Jahr 2005 – aktuellere Angaben liegen nicht vor – rückläufig. Dies steht nicht nur im Zusammenhang mit der Normalisierung der Baunachfrage, sondern ist auch einer im Vergleich zu Westdeutschland äußerst schwachen Entwicklung

⁹ Aufgrund des Berichtskreiswechsels in der amtlichen Statistik für die Industriebetriebe zum 1. Januar 2007 wird der intertemporale Vergleich erschwert. Außerdem liegen die Erhebungsdaten für den regionalen Absatz in Deutschland erst für 2006 vor, sodass die Werte für 2007 durch Fortschreibung errechnet werden mussten.

Abbildung: 4

Entwicklung der Investitionen in Ausrüstungen, sonstige Anlagen und Bauten im Ost-West-Vergleich^a
 - Investitionen in Preisen von 2000, Veränderung gegenüber Vorjahr in % -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2008); Statistisches Bundesamt; 2006 und 2007: Schätzung des IWH.

der Ausrüstungsinvestitionen geschuldet. Der Tiefpunkt, der nach zweistelligen Schrumpfungsraten im Jahr 2002 erreicht wurde, fällt zeitlich mit dem unteren Wendepunkt der Ausrüstungsinvestitionen in den Alten Bundesländern zusammen (vgl. Abbildung 4). In den Folgejahren kam es auch in Ostdeutschland im Sog der kräftigen Exportkonjunktur zu Produktionsengpässen, und es wurde konjunkturbedingt in beiden Gebietsteilen verstärkt investiert. In Ostdeutschland wird diese Tendenz allerdings durch das Auf und Ab um die Verlängerung der Investitionszulage überlagert, die in den Jahren 2004 und 2006 zu Vorzieh- und in dem jeweiligen Folgejahr zu Entzugseffekten bei den Investitionen führte.

Vom Aufschwung in Deutschland und im Ausland wurden im zurückliegenden Jahr nicht alle Bereiche gleichermaßen erfasst. Gewinner waren vor allem die Vorleistungs- und Investitionsgüterproduzenten.¹⁰ Trotz der bereits ins Jahr 2006 vor-

gezogenen Investitionen ist es hier nochmals zu Ausweitungen bei den Ausrüstungskapazitäten gekommen,¹¹ zumal für diese die günstigen degressiven Abschreibungsbedingungen mitgenommen werden konnten. Bei Kapazitätserweiterungen zog dies auch den Wirtschaftsbau mit. Dagegen hat der Wohnungsbau nach Auslaufen der Sondereffekte zur Mitnahme der Eigenheimzulage und zur Umgehung der Mehrwertsteuererhöhung das Vorjahresergebnis deutlich verfehlt. Der öffentliche Sektor hat angesichts einer etwas verbesserten Einnahmesituation die Modernisierung und den Ausbau der Infrastruktur vorangetrieben. Insgesamt deutet sich auch bei den Bauinvestitionen nach den außergewöhnlichen Bauaktivitäten im Gefolge der Flutkatastrophe 2002 eine Annäherung an den Investitionsverlauf in den Alten Ländern an, allerdings mit wesentlich geringeren Wachstumsraten.

Alles in allem ist das Investitionstempo für Aufschwungphasen eher verhalten. Pro Einwohner betrachtet bleibt die Investitionslücke gegenüber den Alten Bundesländern bestehen; seit 2005 verharrt diese bei etwa 18%. Ausschlaggebend sind die deutlich geringeren Investitionsausgaben für Ausrüstungen, während das Pro-Kopf-Niveau bei

¹⁰ Diese Entwicklung bestätigt die IWH-Umfrage vom März 2008, in der unter 300 ostdeutschen Industrieunternehmen Daten zur Investitionsentwicklung im vergangenen und laufenden Jahr erhoben wurden. Danach ergibt sich im Vorleistungs- und Investitionsgütergewerbe – sie zogen in erheblichem Umfang Nutzen von der Auslandsnachfrage und den Investitionsaktivitäten im Inland – für das Jahr 2007 ein deutliches Übergewicht der Unternehmen mit einem höheren gegenüber denen mit einem niedrigeren Investitionsvolumen im Vergleich zum Vorjahr, während bei den Unternehmen des Gebrauchs- und Verbrauchsgüterge-

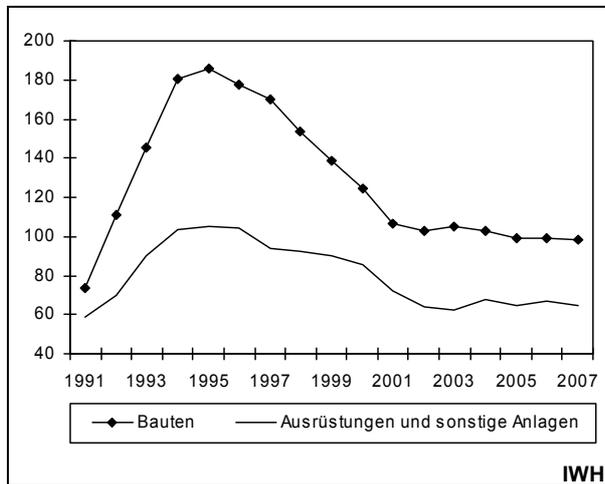
werbes wegen der schwachen Konsumnachfrage dieser Saldo nahezu ausgeglichen blieb.

¹¹ Laut ifo-Konjunkturtest ist die Kapazitätsauslastung in der ostdeutschen Industrie 2007 gegenüber 2006 um 2,5 Prozentpunkte gestiegen.

den Bauten seit 2005 in etwa mit dem der Alten Länder gleichauf liegt.

Abbildung 5:
Ausrüstungs- und Bauinvestitionen im Ost-West-Vergleich^a

- Niveaurelation je Einwohner in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -



^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland einschließlich Berlin.
Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2008); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Unternehmen weiten Investitionstätigkeit verhalten aus

Im Prognosezeitraum bleiben die Anlageinvestitionen aufwärts gerichtet, die Expansion verläuft aber wie in Deutschland insgesamt in ruhigeren Bahnen.¹² Die Produktionskapazitäten sind insbesondere bei den Investitions- und Vorleistungsgüterherstellern immer noch gut ausgelastet. Die Order aus dem Ausland erhöhten sich hier zuletzt sogar nochmals kräftig und stimulieren Investitionsentscheidungen. Das sind in erster Linie Ausgaben für Ausrüstungen und immaterielle Anlagen (Software u. Ä.), bei Produktionserweiterungen auch für Wirtschaftsbauten. Stützend wirkt sich dabei aus, dass die Banken bei der Kreditvergabe an die mittelständisch geprägten ostdeutschen Industrieunter-

¹² Laut IWH-Industrienumfrage bleibt das Übergewicht der Unternehmen mit Zunahme der Investitionsausgaben gegenüber denen mit Abnahme auch 2008 erhalten, allerdings fällt dieses nicht mehr ganz so stark aus (Saldo aus Zunahme und Abnahme 2006: 13 Saldenpunkte, 2007: 7 Saldenpunkte). Der positive Saldo erhöhte sich dabei im Investitionsgütergewerbe deutlich; im Vorleistungsgütergewerbe gab der Saldo etwas nach, bleibt aber positiv; im Gebrauchs- und Verbrauchsgütergewerbe fällt der Saldo allerdings negativ aus.

nehmen nicht mehr so restriktiv sind wie noch vor einem halben Jahr. Allerdings dürften sich im weiteren Jahresverlauf wegen der Abschwächung der Nachfrage aus dem Ausland die Absatzperspektiven wieder etwas eintrüben, zumal mit den steigenden Rohstoff- und Energiepreisen sowie den erhöhten Lohnstückkosten die Gewinnerwartungen der Unternehmen abnehmen. Dies wiederum dämpft die Investitionsneigung. Im Jahr 2009 hellen sich zwar die Absatzerwartungen im In- und Ausland wieder etwas auf, der Kostendruck von den Löhnen und den Energiepreisen bleibt aber hoch.

Die öffentliche Hand dürfte die Investitionen im Prognosezeitraum kaum noch ausweiten. Zwar sind die Kommunen, Hauptträger der öffentlichen Bauinvestitionen, wegen der hohen Steuereinnahmen im vergangenen Jahr zum Teil finanziell wieder etwas besser aufgestellt und haben, wie die amtliche Statistik zeigt, zunächst wieder mehr Aufträge ausgelöst. Im späteren Verlauf dieses Jahres werden allerdings aufgrund der hohen Tarifabschlüsse für den öffentlichen Bereich Engpässe bei der Finanzierung der Investitionen auftreten.

Der Wohnungsbau bleibt rückläufig. Die nur langsam steigenden Einkommen und Vermögen sowie die ab 2010 zu erwartende Verringerung der Zahl der Haushalte sind wesentliche Gründe dafür, dass auch in den beiden Prognosejahren deutlich weniger in den Neubau von Wohnungen investiert wird. Darauf verweisen aktuell sowohl die Auftragseingänge als auch die Baugenehmigungen. Die Nachfrage der privaten Haushalte nach Modernisierungsleistungen dürfte dagegen nur leicht nachgeben.

Tabelle 9:
Anlageinvestitionen in Ostdeutschland^a
- Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Preise von 2000 -

	2005	2006	2007	2008	2009
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,1	10,0	5,0	3,0	2,0
Neue Bauten insgesamt	-6,4	3,2	1,0	0,6	0,1
davon:					
Wohnbauten	-8,0	3,0	-1,0	-1,4	-1,0
Nichtwohnbauten	-5,3	3,3	2,5	2,0	0,8
Anlageinvestitionen	-3,8	6,1	2,8	1,7	1,0

^a Ohne Berlin.
Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2008); Statistisches Bundesamt; ab 2006: Schätzung und Prognose des IWH.

Privater Konsum weiterhin schwach

Die Beschäftigungsentwicklung seit dem Jahr 2006 hat auf die Einkommenslage der ostdeutschen privaten Haushalte ausgestrahlt. Allerdings blieben die Lohn- und Gehaltszuwächse nominal gering, sodass bei Einbeziehen des Preisanstiegs Löhne und verfügbare Einkommen auch in den beiden zurückliegenden Jahren real gesunken sind.

Die Verdienste der Arbeitnehmer insgesamt waren nach der Abnahme im Jahr 2005 bereits 2006 leicht gestiegen (vgl. Tabelle 10). Im Jahr 2007 lag der Zuwachs ähnlich wie in Deutschland etwas über 3%. Auch 2008 dürfte die Bruttolohn- und Gehaltssumme wieder um einen solchen Prozentsatz zulegen. Dazu trägt der anhaltend leichte Beschäftigungsaufbau bei. Lässt er im Jahr 2009, wie hier erwartet, nach, wird die Bruttolohn- und Gehaltssumme dieser Tendenz folgen.

Die Einkommen der Selbstständigen und aus Vermögen werden wie in den vergangenen Jahren zulegen. Der Zuwachs wird jedoch nicht mehr so stark ausfallen wie in den Jahren 2005 bzw. 2006, in denen er bei 4,3% bzw. 5,1% lag. Bereits 2007 verlangsamte er sich infolge der stärker gestiegenen Arbeitnehmerentgelte. Diese Entwicklung setzt sich in diesem und im nächsten Jahr fort.

Tabelle 10:
Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Ostdeutschland^a

	2006	2007	2008
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
Bruttolöhne und -gehälter (Inländer)	1,1	3,1	3,5
Monetäre Sozialleistungen	-1,3	-2,9	-0,5
Selbstständigen- und Vermögenseinkommen	5,1	2,4	3,0
Bruttoeinkommen insgesamt	0,9	0,9	2,0
<i>Nachrichtlich:</i> Masseneinkommen ^b (brutto)	0,1	0,6	1,8

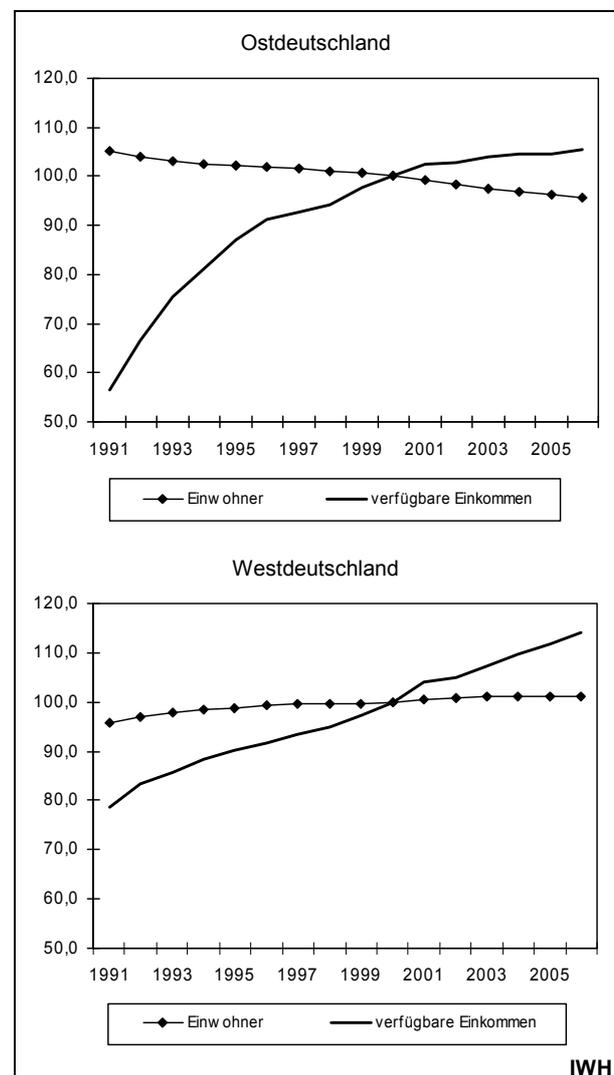
^a Ohne Berlin. – ^b Summe aus Bruttolöhnen und -gehältern und den monetären Sozialleistungen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2008); Angaben für 2007 und 2008 vom IWH geschätzt; Berechnungen des IWH.

Die monetären Sozialleistungen werden in diesem Jahr nicht mehr so kräftig sinken wie vordem. Zwar verringert sich die Zahlung von Arbeitslosengeld infolge des fortgesetzten Rückgangs der Arbeitslosigkeit weiter, die Renten werden dage-

gen erhöht. Ausschlaggebend dafür ist die geplante Aussetzung des Riesterfaktors bei der Berechnung der Rentenanpassung. Allerdings kann auch diese Rentensteigerung mit 1,1% ab Mitte 2008 den Rückgang der sozialen Transfers nicht vollständig kompensieren, sodass sie per saldo um 0,4% sinken werden. Ab 2009, wenn der Rückgang der Arbeitslosigkeit zum Stillstand gekommen ist, kann mit einem ausgeglichenen Transfersaldo gerechnet werden.

Abbildung 6:
Entwicklung der Einwohnerzahl und der verfügbaren Einkommen in Ost- und in Westdeutschland - Index 2000 = 100 -



Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2008); Berechnungen des IWH.

Aufgrund dieser Einflüsse konnten die ostdeutschen privaten Haushalte in den vergangenen beiden Jahren nominal über jeweils 0,8% mehr Einkommen verfügen (vgl. Tabelle 11). Für dieses

und das kommende Jahr ist zu erwarten, dass es aufgrund der positiven Arbeitsmarktlage zu einem Anstieg um jeweils mehr als 2% kommt. Er bleibt damit allerdings unter der Entwicklung in Deutschland insgesamt.

Tabelle 11:
Verfügbares Einkommen, Konsumausgaben und Ersparnis der privaten Haushalte in Ostdeutschland^a

	2006	2007	2008
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Verfügbares Einkommen, nominal	0,8	0,8	2,3
real	-0,7	-0,9	-0,1
Private Konsumausgaben, nominal	1,3	0,2	2,3
real	-0,3	-1,5	-0,1
Ersparnis	-2,2	8,0	2,4
Sparquote ^b	8,9	9,6	9,6
Konsumdeflator	1,5	1,7	2,4
<i>Nachrichtlich:</i> Tariflöhne je Stunde	1,0	1,6	2,5
Effektivlöhne je Arbeitnehmer	0,6	1,5	2,4
Bruttolöhne und -gehälter (Inland)	1,1	3,1	3,5
Reale private Konsumausgaben je Einwohner	0,4	-0,8	0,7

^a Ohne Berlin. – ^b Ersparnis in % der verfügbaren Einkommen.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2008);
Angaben für 2007 und 2008 vom IWH geschätzt;
Berechnungen des IWH.

Die für den laufenden Lebensunterhalt zur Verfügung stehenden Einkommen wurden 2007 wieder verstärkt gespart. Die Sparquote erhöhte sich um 0,7 Prozentpunkte auf 9,6%. Ein Grund dafür war das überhöhte Ausgabenverhalten im Vorfeld der Anhebung der Mehrwertsteuer. In den folgenden Jahren dürfte die Sparquote auf dem Stand von 2007 verharren.

In der Entwicklung der Sparquote spiegelt sich zugleich das Konsumverhalten der privaten Haushalte. Nach den vorgezogenen Käufen 2006 und dem gleichzeitigen Entsparen folgte 2007 nominal nur eine geringe Ausweitung der privaten Konsumausgaben. Real sanken sie in Ostdeutschland sogar um 1,5%. Dieser Rückgang fiel infolge der verringerten Einwohnerzahl im Osten wesentlich stärker aus als in Deutschland insgesamt.

Für 2008 zeichnet sich ein weiterer Rückgang des privaten Konsums ab. Zwar ist nominal mit einer Steigerung um 2,3% im Vergleich zum Vorjahr zu rechnen, jedoch dürfte er aufgrund der derzeit starken Teuerung, die noch bis zum Jahreswechsel anhalten wird, real sinken. Damit bleibt der private Konsum in den Neuen Bundesländern weiterhin hinter der Entwicklung in Deutschland zurück. Im Jahr 2009 ist von keiner Verbesserung in diesem Aggregat auszugehen, nicht zuletzt weil die privaten Haushalte von dem, wenn auch abgeschwächten, Kaufkraftentzug betroffen sein werden. Setzt man allerdings die Bevölkerungszahl dazu ins Verhältnis, so ergibt sich eine reale Zunahme des privaten Konsums jeweils um 0,7% je Einwohner in Ostdeutschland im Prognosezeitraum.

Entwicklungen im Unternehmenssektor

Die Unternehmen haben in den vergangenen beiden Jahren ihre Wertschöpfung überdurchschnittlich erhöht. Im Jahr 2007 stieg sie mit 3,9% etwa wieder so stark wie zuletzt 1996. Auch wurden das zweite Jahr in Folge per saldo mehr Arbeitsplätze geschaffen als abgebaut. Dies spricht für die wachsende Stärke der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit.

Allerdings verlangsamte sich der Produktivitätszuwachs und fiel hinter die Rate in den Alten Bundesländern zurück. Gleichzeitig legten die Arbeitskosten etwas stärker als im Westen zu, sodass der Kostenvorteil der ostdeutschen Unternehmen gegenüber ihrer Konkurrenz aus dem Westen geringfügig geschmolzen ist. Er ist aber mit 7% immer noch deutlich. In jeweiligen Preisen gerechnet steht einem Produktivitätsrückstand von 25% ein Lohnabstand von 30% gegenüber.

Tariflöhne in den Neuen Bundesländern steigen schneller als in den Alten

Erzielte bislang die Mehrzahl der Unternehmen einen Arbeitskostenvorteil durch das Unterlaufen bestehender Tarifverträge bzw. fehlende Tarifabschlüsse überhaupt, so scheint in dieser Hinsicht die Talsohle erreicht zu sein. So kann für das vergangene Jahr keine weitere Verschlechterung der Tariforientierung festgestellt werden. Außerdem zogen 2007 die Tarifverdienste an. Hatten sie in den Jahren 2005 und 2006 wie in Deutschland insgesamt nur sehr geringfügig um rund 1% zugelegt, so kam es im Jahr 2007 zu einer Beschleunigung auf 1,6%. Seit Ende 2007 steigen in den ostdeut-

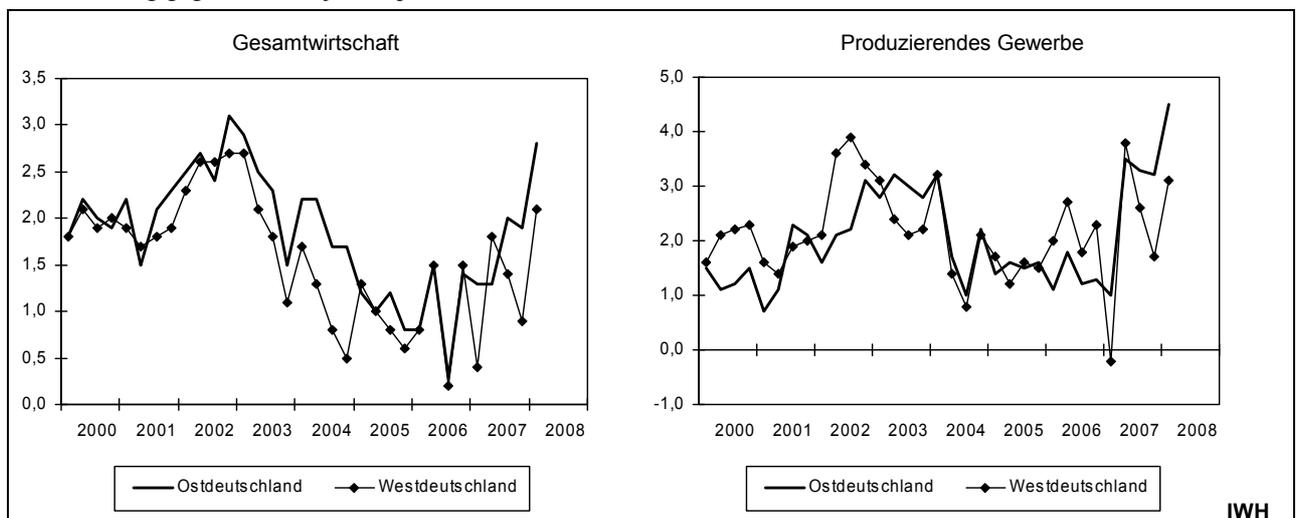
Tabelle 12:
 Tariforientierung in den Betrieben Ostdeutschlands^a im Jahr 2007
 - Anteil der Betriebe in % -

	Branchentarif- vertrag	Haustarif- vertrag	Vergleichbare tarifliche Entlohnung	Ohne Orientierung
Landwirtschaft	7	1	35	57
Bergbau/Energie/Wasser	38	14	32	16
Verarbeitendes Gewerbe	19	5	35	41
Ernährungsgewerbe	30	3	39	28
Verbrauchsgüter	6	4	29	61
Vorleistungsgüter	17	6	31	46
Investitions-/Gebrauchsgüter	15	6	38	41
Baugewerbe	38	4	34	24
Handel/Reparatur	15	4	32	49
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	14	6	34	46
Kredit-/Versicherungsgewerbe	32	2	17	49
Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	14	4	23	59
Erziehung/Unterricht	36	13	18	33
Gesundheits-/Sozialwesen	16	4	46	34
Sonstige Dienstleistungen	13	3	29	55
Ostdeutschland insgesamt	20	4	31	45
<i>Nachrichtlich Vorjahre:</i>				
2005	19	4	29	48
2006	20	4	30	46
<i>Nachrichtlich Westdeutschland:</i>				
2005	38	2	22	38
2006	37	2	26	35
2007	36	3	25	36

^a Ostdeutschland hier mit Ostberlin, Westdeutschland mit Westberlin.

Quellen: IAB-Betriebspanel 2007; Berechnungen des IWH.

Abbildung 7:
 Tariflohnentwicklung auf Stundenbasis in der Gesamtwirtschaft und dem Produzierenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands
 - Veränderung gegenüber Vorjahresquartal -

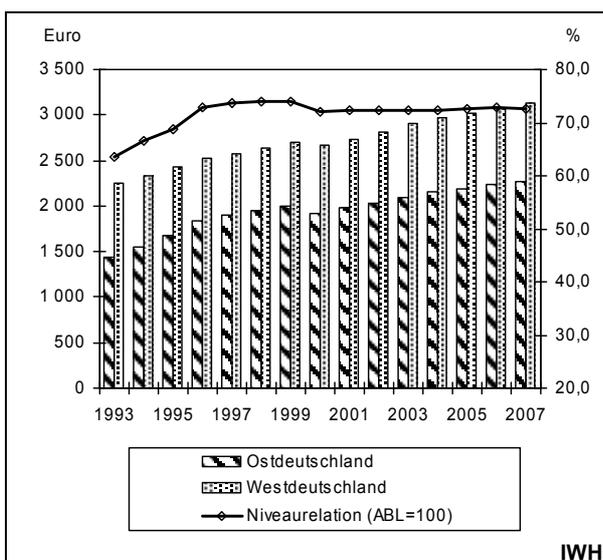


Quelle: Bundesbank.

schen Bundesländern die tariflichen Stundenlöhne sogar deutlich schneller als im übrigen Deutschland (vgl. Abbildung 7). Diese Entwicklung ist insbesondere im Produzierenden Gewerbe zu beobachten. Hier erhöhten sich die Tariflöhne im ersten Quartal 2008 um 4,5% im Vergleich zum Vorjahr. In Westdeutschland konnte nur ein Zuwachs um 3,2% festgestellt werden (vgl. Abbildung 7). Allerdings werden diese hohen Tariflohnsteigerungen nicht überall in gleichem Maß wirksam. Der Effektivlohnanstieg liegt wie bereits in den Jahren vorher leicht unter dem der Tariflöhne.

Der Lohnabstand zwischen den Alten und den Neuen Bundesländern hat sich trotz der unterschiedlichen Dynamik kaum verändert. Ein Vollbeschäftigter im Unternehmenssektor verdiente im vergangenen Jahr in Ostdeutschland im Monat 27% weniger als in Westdeutschland (Abbildung 8).

Abbildung 8:
Durchschnittliche Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer^a in Ost- und Westdeutschland^b



^a Produzierendes Gewerbe, Handels-, Kredit- und Versicherungsunternehmen. – ^b Ostdeutschland ohne und Westdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Wachstumsvorsprung der Industrie schmilzt

Trotz insgesamt nachlassender Dynamik im derzeitigen Aufschwung hat die Industrieproduktion in Ostdeutschland im vergangenen Jahr stärker als im Westen zugelegt.¹³ Die Hersteller von Vorleis-

tungsgütern und von Investitionsgütern erhöhten die Fertigung mit zweistelligen Zuwachsraten. Allen voran schritt die Elektrotechnik mit einem Zuwachs von fast einem Viertel. Der Maschinen- und der Fahrzeugbau sowie die Metallindustrie und die Chemische Industrie wuchsen mit rund 10%. Lediglich die Konsumgüterproduzenten und darunter das umsatzstärkste Ernährungsgewerbe blieben hinter dem allgemeinen Schwung zurück, ein Ausdruck für die Konsumschwäche nicht nur im Osten Deutschlands im vergangenen Jahr.

Tabelle 13:
Entwicklung der Produktion im ostdeutschen Produzierenden Gewerbe^a
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2006	2007
Produzierendes Gewerbe ohne Bau	5,8	7,2
Vorleistungsgüter	16,8	13,0
Investitionsgüter	9,3	10,7
Konsumgüter	-7,0	1,0
Ausgewählte Branchen		
DL Elektrotechnik	29,1	23,3
DK Maschinenbau	12,2	10,6
DN Möbelherstellung u. a.	11,4	3,6
DJ Metallindustrie	10,3	10,1
DH Gummi-, Kunststoffindustrie	9,5	9,4
DD Holzgewerbe	8,6	-1,5
DM Fahrzeugbau	8,6	11,9
DI Verarbeitung Steine/Erden	8,2	1,8
CB Gewinnung Steine/Erden	7,6	-12,3
DG Chemische Industrie	6,4	10,4
DA Ernährungsgewerbe, Tabak	-12,0	1,1

^a Ostdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Stärker noch als die Produktion erhöhte sich der Umsatz der ostdeutschen Industrie. Der Absatz im Ausland stieg mit einer zweistelligen Zuwachsrate um knapp 15%, im Inland um rund 8%. Insgesamt bedeutete dies eine geringfügige Verlangsamung. Die Expansion von industrieller Produktion und Umsatz wurde unterstützt von der erneut gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit des Verarbeitenden Gewerbes. Trotz eines beschleunigten

¹³ Auffällig ist in diesem Zusammenhang der von der amtlichen Statistik geringer ausgewiesene Wachstumsabstand

zwischen Ost- und Westdeutschland bei der Produktion im Vergleich zur Wertschöpfung.

Tabelle 14:
Produktion, Beschäftigung und Lohnstückkosten
in ausgewählten Wirtschaftsbereichen^a
- Veränderung gegenüber Vorjahr in % -

	2004	2005	2006	2007
Verarbeitendes Gewerbe				
Bruttowertschöpfung ^b	8,2	6,4	7,6	11,2
Beschäftigung	-0,3	-0,9	0,9	3,9
Produktivität ^c	8,5	7,4	6,7	7,0
Arbeitskosten ^d	2,3	1,2	3,3	2,5
Lohnstückkosten ^e	-5,7	-5,8	-3,2	-4,2
Baugewerbe				
Bruttowertschöpfung ^b	-5,9	-8,9	5,4	1,3
Beschäftigung	-4,2	-6,4	-0,6	1,8
Produktivität ^c	-1,7	-2,7	6,0	-0,5
Arbeitskosten ^d	0,6	0,2	2,1	2,4
Lohnstückkosten ^e	2,4	3,0	-3,7	2,9
Handel, Gastgewerbe und Verkehr				
Bruttowertschöpfung ^b	1,2	-1,5	3,0	1,0
Beschäftigung	0,9	-1,8	-0,3	1,2
Produktivität ^c	0,3	0,2	3,4	-0,1
Arbeitskosten ^d	-1,1	1,2	1,2	0,7
Lohnstückkosten ^e	-1,4	1,0	-2,1	0,8
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister				
Bruttowertschöpfung ^b	0,5	3,3	1,5	2,9
Beschäftigung	3,4	0,7	4,5	4,7
Produktivität ^c	-2,8	2,7	-2,9	-1,7
Arbeitskosten ^d	-1,3	1,3	-1,0	1,5
Lohnstückkosten ^e	1,6	-1,3	2,0	3,2
Unternehmen insgesamt^f				
Bruttowertschöpfung ^b	2,5	0,9	3,2	3,9
Beschäftigung	0,2	-1,9	0,8	2,6
Produktivität ^c	2,2	2,9	2,4	1,3
Arbeitskosten ^d	0,1	1,3	1,7	1,9
Lohnstückkosten ^e	-2,0	-1,6	-0,7	0,6

^a Neue Länder ohne Berlin, Alte Länder einschließlich Berlin. –
^b Reale Bruttowertschöpfung (preisbereinigt, verkettet, Basis = 2000).
– ^c Reale Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – ^d Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland). – ^e Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer (Inland) in Relation zur realen Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen. – ^f Ohne private Dienstleister.

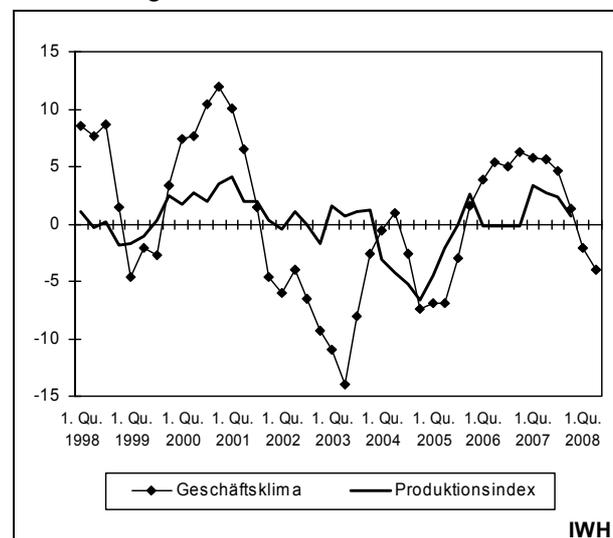
Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2008);
Berechnungen des IWH.

nigten Anstiegs der Arbeitskosten gegenüber den Anbietern aus den Alten Bundesländern sind die Lohnstückkosten nochmals gesunken und unterschritten 2007 den westdeutschen Vergleichswert um 13 Prozentpunkte (Anhang Tabelle A6). Verantwortlich dafür zeichnet die kräftig gestiegene

Arbeitsproduktivität. Dies ist umso bemerkenswerter, da gleichzeitig die Beschäftigung deutlich ausgeweitet wurde. Gegenüber den Anbietern aus Mittelosteuropa, deren Markt ein wichtiges Absatzgebiet für die ostdeutschen Produzenten ist, besteht zwar nach wie vor ein deutlicher Nachteil im Hinblick auf die preisliche Wettbewerbsfähigkeit, er konnte jedoch ein wenig verkürzt werden (Anhang Tabelle A5). Diese Länder haben bei den Löhnen stärker als bei der Produktivität aufgeholt.

Für die ersten Monate dieses Jahres sprechen die Konjunkturindikatoren für eine Fortsetzung des kräftigen Produktionszuwachses. Allerdings gerät die Industrie immer stärker in den Sog der Schwankungen der internationalen Konjunktur, sodass für den weiteren Verlauf mit einer Abschwächung des Expansionstempos zu rechnen ist. Dafür sprechen auch die Stimmungsindikatoren der vom IWH regelmäßig befragten Industriebetriebe. Die Urteile zur geschäftlichen Lage und den Aussichten in den nächsten Monaten fallen zwar nach wie vor mehrheitlich positiv aus. Das Geschäftsklima trübt sich jedoch insgesamt ein. Das IWH rechnet deshalb mit einer Verlangsamung des Anstiegs der Wertschöpfung auf 5,7% in diesem Jahr.

Abbildung 9:
Geschäftsklima und Produktionsindex^a im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



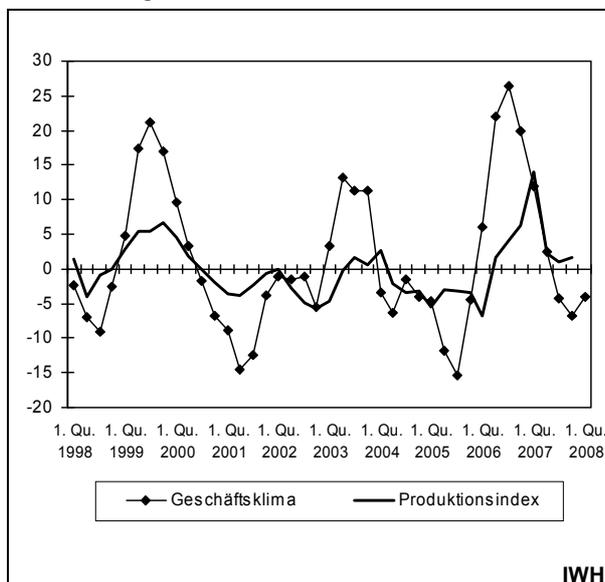
^a Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex des Verarbeitenden Gewerbes verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Bauproduktion wird nahezu stagnieren

Nach dem kräftigen Aufwärtsschub im Jahr 2006 ist die Bruttowertschöpfung des Baugewerbes im zurückliegenden Jahr nochmals leicht gestiegen. Da der Beschäftigungszuwachs stärker ausfiel, ging die Produktivität leicht zurück, und bei gleichzeitig steigenden Arbeitskosten erhöhten sich die Lohnstückkosten kräftig. Die Spielräume zur Überwälzung der gestiegenen Energie- und Materialkosten wurden infolge der nachlassenden Baunachfrage im Jahresverlauf immer enger. Die Nachteile im Kostenwettbewerb gegenüber den westdeutschen Bauunternehmen haben – wie Tabelle A5 im Anhang ausweist – nochmals zugenommen.

Abbildung 10:
Geschäftsklima und Produktionsindex^a im ostdeutschen Baugewerbe
- Abweichung vom Trend in % -



^a Das Geschäftsklima entspricht dem geometrischen Mittel aus den Meldungen der vom IWH befragten Unternehmen zu Geschäftslage und Geschäftsaussichten. Diese Komponenten werden als Saldo aus den Prozentanteilen der positiven und negativen Urteile der Unternehmen quantifiziert. Als Referenzgröße wird der Produktionsindex verwendet, der vom Statistischen Bundesamt vierteljährlich für das Bauhauptgewerbe veröffentlicht wird.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

Für das erste Quartal 2008 signalisieren die amtlich erhobenen Konjunkturdaten und die IWH-Bauumfrage einen Produktionszuwachs. Maßgebend dafür ist der sehr milde Winter, dem sich wegen der zeitlich vorgezogenen Bauprojekte eine Produktionsabnahme in den Folgemonaten anschließen wird. Darauf verweisen die Auftragseingänge am aktuellen Rand. Die einen längeren Zeitraum ab-

greifenden Baugenehmigungen signalisieren für den späteren Verlauf allerdings wieder Impulse von Seiten der Unternehmen, insbesondere bei den Fabrik- und Werkstattgebäuden, aber auch bei Handels- und Lagergebäuden sowie bei Hotels und Gaststätten.

Profitieren dürften die ostdeutschen Bauunternehmen auch von der etwas robusteren Entwicklung der Baunachfrage in den Alten Bundesländern. Im Jahr 2006 realisierten sie laut IAB-Betriebspanel dort reichlich ein Fünftel des Umsatzes. Das stärkste Engagement außerhalb der Neuen Länder weist das Ausbaugewerbe aus, was auf qualitätsgerechte Leistungserbringung bei gleichzeitig günstigen Preisangeboten zurückzuführen sein dürfte. Diese Tendenz hat sich laut IWH-Bauumfrage auch im Jahr 2007 fortgesetzt.¹⁴ Danach konnte das Ausbaugewerbe seine Marktposition im zurückliegenden Jahr sowohl in den Alten Bundesländern als auch im Ausland weiter ausdehnen. Im Hoch- und Tiefbaubereich ist dagegen der in Westdeutschland aktive Teil der Unternehmen geringfügig zurückgegangen. Im Ausland konnten aber auch hier Marktpositionen hinzugewonnen werden.

Tabelle 15:
Regionale Umsatzstruktur des Baugewerbes außerhalb der Neuen Bundesländer
- Anteil der Regionen am Umsatz in % -

	Baugewerbe		darunter			
	Ausland	ABL	Hoch- und Tiefbau		Ausbau	
			Ausland	ABL	Ausland	ABL
2000	0,9	12,7	1,1	12,0	0,6	13,6
2002	1,4	16,6	2,9	14,6	1,0	19,3
2003	2,2	16,4	2,2	14,5	0,3	19,4
2004	2,8	18,5	4,1	14,3	0,9	25,2
2005	2,4	19,0	3,1	14,3	1,5	25,5
2006	1,2	20,9	1,2	16,5	1,2	27,4

Quellen: IAB-Betriebspanel 2001, 2003, 2004, 2005, 2006, 2007 (auf Grundgesamtheit hochgerechnet); ab 2005: ohne Ostberlin; Berechnungen des IWH.

¹⁴ LOOSE, B.: IWH-Bauumfrage in Ostdeutschland zum Jahresauftakt 2008: Nach kräftigem Beginn 2007 Abschwung der Bauaktivitäten, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2008, S. 89-92.

Gespaltene Entwicklung zwischen unternehmensnahen und personennahen Dienstleistern

Im Sog des Produktionsanstiegs im Produzierenden Gewerbe weiteten auch das Verkehrsgewerbe, die Nachrichtenübermittlung und die Unternehmensdienstleister ihre Aktivitäten aus. Die Unternehmensdienstleister erhöhten ihre Bruttowertschöpfung überdurchschnittlich und stockten das Personal kräftig auf. Bei zunehmenden Arbeitskosten ging dies mit einem deutlichen Produktivitätsrückgang einher, sodass auch die Lohnstückkosten kräftig anstiegen. Die Stückgewinne dürften deshalb zumindest gesunken sein. Verglichen mit den Alten Bundesländern hat sich keine Verbesserung der Wettbewerbsposition ergeben. Die Expansion der Produktionsleistung setzt sich in vermindertem Tempo im Prognosezeitraum fort.

Ganz anders verläuft die Entwicklung bei den personennahen Dienstleistern. Die vom Rückgang der Einwohnerzahl und der Kaufkraft geschwächte Konsumnachfrage dämpft die Entwicklung von Handel, Gastgewerbe und privaten Dienstleistungen. Angesichts der sinkenden Realeinkommen der privaten Haushalte ist eine Besserung in diesem Jahr nicht in Sicht.

Arbeitsmarkt

Aufhellung hält an

Im Jahr 2007 hat sich infolge der anhaltenden Ausdehnung der Produktionsaktivitäten die Lage auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt weiter verbessert. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 1,6% (vgl. Tabelle 16). Das geleistete Arbeitsvolumen, das seit Mitte der 90er Jahre zurückgegangen war, expandierte mit etwa der gleichen Rate. Besonders stark war der Beschäftigungsaufbau bei den unternehmensnahen Dienstleistern. Darin spiegelt sich im Wesentlichen die Zunahme von Arbeitnehmerüberlassungen wider. Aber auch die Industrieunternehmen haben den Personalbestand aufgestockt. Begünstigt wurde dies durch die Senkung der Lohnnebenkosten im Bereich der Arbeitslosenversicherung. Das Produktionswachstum war so kräftig, dass sich die Tendenz der Re-Industrialisierung verstärkt hat. Auf 1 000 Einwohner kommen nach dem Tiefstand Ende der 90er Jahre mit 62 Industriebeschäftigten inzwischen wieder 68 (Alte Bundesländer: 96). Die öffentlichen und konsumnahen Dienstleister bauten hingegen ihren Personalbestand ab.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse, die in den vergangenen zwölf Jahren in Ostdeutschland stetig gesunken war, nahm ab dem zweiten Quartal 2006 wieder zu (vgl. Abbildung 12). Gegenüber dem Vorjahr stieg sie im Jahr 2007 um 95 000 Personen bzw. 2,4% (vgl. Tabelle 16). Auch wurden Minijobs verstärkt in Anspruch genommen. Damit ist mehr als jeder zehnte Arbeitnehmer ein ausschließlich geringfügig Beschäftigter. Dies zeigt, dass die Erhöhung der vom Arbeitgeber zu entrichtenden Pauschalbeiträge für Steuern und Sozialversicherung im Juli 2006 keinen negativen Einfluss auf das Angebot von Minijobs gehabt hat. Die Zahl der staatlich subventionierten Beschäftigungsverhältnisse ging um 34 000 bzw. 13% zurück. Dies ist maßgeblich auf das im Vergleich zu den Jahren vor dem konjunkturellen Aufschwung bessere Stellenangebot auf dem ersten Arbeitsmarkt zurückzuführen.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres stieg die Erwerbstätigkeit deutlich. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nahm nach vorläufigen Angaben um 1,8% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu. Diese positive Entwicklung dürfte allerdings durch den milden Winter überzeichnet sein. Früher als saisonüblich konnten dadurch Außenarbeiten durchgeführt werden. Das hat zu einer jahreszeitlich untypisch hohen Arbeitsnachfrage der Unternehmen geführt.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird der Beschäftigungsaufbau zum Stillstand kommen. Zwar dürfte sich die deutliche Entlastung bei den Lohnnebenkosten zu Beginn des Jahres weiter günstig auf die Arbeitsnachfrage der Unternehmen auswirken. Die Produktionsaktivitäten werden jedoch deutlich langsamer ausgedehnt werden. Hinzu kommt, dass in den witterungsabhängigen Branchen in den ersten Monaten dieses Jahres Personaleinstellungen vorgezogen worden sind. Die Zahl der staatlich subventionierten Beschäftigungsverhältnisse dürfte weiter abnehmen. Alles in allem wird die Beschäftigung im Jahr 2008 bei 5,78 Millionen Personen liegen und damit den Vorjahresstand um 1,0% übertreffen. Im kommenden Jahr wird sie wegen des geringeren Produktionswachstums nur geringfügig zunehmen.

Auf eine Entspannung am Arbeitsmarkt weist die Entwicklung der offenen Stellen hin. Zwar ging ihre Zahl im vierten Quartal des Jahres 2007 um 22% gegenüber dem Vorjahr zurück.¹⁵ Das

¹⁵ Vgl. KETTNER, A.; SPITZNAGEL, E.: Stellenangebot geht zurück, bleibt aber auf hohem Niveau, in: IAB-Kurz-

Tabelle 16:
Erwerbstätigkeit nach Beschäftigtengruppen in Ostdeutschland^a 2006 und 2007

	2006	2007	Veränderung
	1 000 Personen		
Arbeitnehmer	5 011	5 091	80
SV-pflichtig Beschäftigte	3 972	4 067	95
geförderte ^b	79	74	-5
nicht geförderte	3 893	3 993	100
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	538	543	5
Ein-Euro-Job (Variante: Mehraufwandsentschädigung ^c)	98	85	-13
Sonstige	403	396	-7
Selbstständige einschließlich mithelfende Familienangehörige	625	633	8
Geförderte Selbstständigkeit	82	66	-16
Ich-AG	65	42	-23
Überbrückungsgeld	11	1	-10
Einstiegs geld (Variante: Selbstständigkeit)	4	5	1
Gründungszuschuss	2	18	16
Nicht geförderte Selbstständigkeit	543	567	24
Erwerbstätige (Inland)	5 636	5 724	88
darunter:			
geförderte Erwerbstätige	259	225	-34
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>Mio. Stunden</i>		
Arbeitsvolumen	8 460	8 589	129

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen; Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen; durch PSA betreute Personen; Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung; Einstiegs geld für abhängig Beschäftigte; Ein-Euro-Job (Entgeltvariante). – ^c Einschließlich Arbeitsgelegenheiten nach der Initiative für Arbeitslosenhilfeempfänger (Restabwicklung).

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2008); Berechnungen des IWH.

war aber immer noch ein Drittel mehr als im Jahr 2005. Rückläufig war ausschließlich der aktuelle Arbeitskräftebedarf. Dies wird an der Zahl der un-

verzüglich zu besetzenden Stellen, den Vakanzen, sichtbar. Diese gingen um fast 30% zurück (Westdeutschland: ca. 12%), während der Bestand an zukünftig zu besetzenden Stellen im Jahresdurchschnitt auf Vorjahresniveau verblieb (Westdeutschland: +8%). Betrachtet man die offenen Stellen am ersten Arbeitsmarkt, so ergibt sich ein ähnliches Bild: Einer um etwa ein Drittel geringeren Zahl an Vakanzen steht ein nahezu gleicher Bestand an zukünftig zu besetzenden Stellen gegenüber.

Das Verhältnis zwischen der Zahl der am ersten Arbeitsmarkt vakanten Stellen und der Zahl der Beschäftigten, die Vakanzrate, ist ein Indikator der ungedeckten Arbeitsnachfrage, aber auch für mögliche Engpässe und damit Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt.¹⁶ Die Entwicklung der Vakanzrate in den vergangenen Jahren zeigt, dass die zu Beginn des Aufschwungs beobachteten Anspannungen inzwischen abgeklungen sind: Nachdem die Rate in Ostdeutschland von 1,1% im Jahr 2005 auf 2,2% im darauffolgenden Jahr angestiegen war, fiel sie auf 1,5% im Jahr 2007. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich – wenn auch auf einem höheren Niveau – in Westdeutschland.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm im vergangenen Jahr um 157 000 Personen ab. Dies ist zum einen auf die Besserung der Beschäftigungssituation zurückzuführen. Zum anderen führten wie in den Vorjahren Abwanderungen und der demographisch bedingte Rückgang des Arbeitsangebots zu dem – gemessen am Beschäftigungsaufbau – überproportionalen Abbau der Arbeitslosigkeit. So verringerte sich die Zahl der Erwerbsfähigen im vergangenen Jahr um 163 000 Personen. In diesem Jahr wird die Zahl der Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren um 156 000 und im Jahr 2009 um 158 000 Personen zurückgehen. Eine Ursache hierfür liegt darin, dass infolge des Eintritts in das reguläre Rentenalter per saldo in diesem Jahr ca. 95 000 und im nächsten Jahr knapp 40 000 Personen mehr ausscheiden, als junge Menschen das Alter von 15 Jahren erreichen. Beachtet werden muss dabei jedoch, dass ein Teil der Personen dieser Jahrgänge noch nicht oder nicht mehr erwerbstätig ist und insofern der Einfluss auf das Arbeitsangebot geringer ausfällt, als es der Saldo zwischen den Zu- und Abgangsjahrgängen anzeigt. Setzt man zur Abschätzung die altersspezifischen Erwerbstätigenquoten an, so reduziert sich der Rückgang für dieses Jahr auf knapp 15 000 und für das nächste

bericht, 7/2008, S. 2. Die Angaben zu den offenen Stellen beziehen sich auf das vierte Quartal des jeweiligen Jahres. Berlin wird hier Ostdeutschland zugeordnet.

¹⁶ Vgl. ebenda, S. 3.

Jahr auf rund 9 000 Erwerbstätige aus diesen beiden Altersgruppen.¹⁷

Gemessen am Erwerbspersonenpotenzial wird das Arbeitsangebot in diesem Jahr um knapp 120 000 und im Jahr 2009 um 105 000 Personen sinken. Sein Auslastungsgrad wird weiter steigen. Dies ist zum einen der Besserung auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt geschuldet. Zum anderen trägt der kräftige Rückgang des Arbeitsangebots zu dieser höheren Auslastung bei.

Tabelle 17:

Prognose des ostdeutschen Arbeitsangebots und dessen Auslastungsgrads^a

		2008	2009
	Erwerbsfähige ^b	8 744	8 586
2	Erwerbstätige (Inland) ^c	5 780	5 790
3	Pendlersaldo	401	401
4	Erwerbstätige Inländer (Arbeitsplätze) ^c	6 185	6 191
5	Unterbeschäftigte (Arbeitsplatzlücke)	1 222	1 143
6	Registrierte Arbeitslose	902	883
7	Sonstige Unterbeschäftigte ^d	220	180
8	Stille Reserve i. e. S. ^e	100	80
9	Erwerbspersonenpotenzial (Arbeitskräftepotenzial) ^f	7 275	7 170
10	Erwerbstätigenquote [(4)/(1)*100]	70,7	72,1
11	Erwerbsbeteiligungsquote [(9)/(1)*100]	82,2	83,5
12	Auslastungsgrad [(4)/(9)*100]	85,0	86,3

Erläuterung der Fußnoten vgl. Tabelle 3.

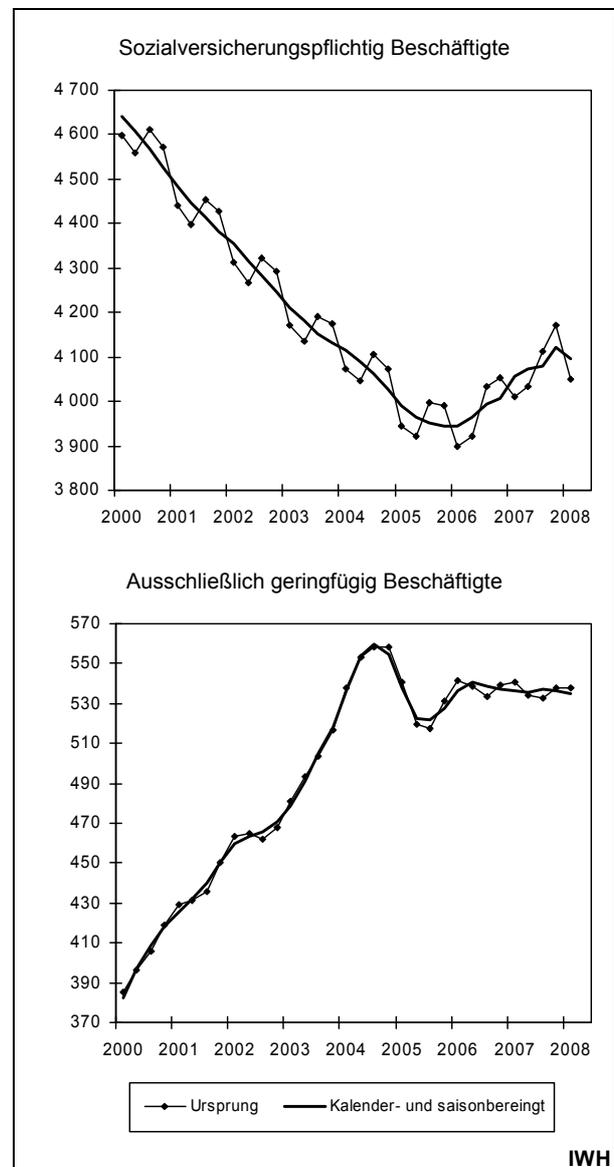
Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2008); Bundesagentur für Arbeit; BACH, H.-U.; GARTNER, H.; KLINGER, S.; ROTH, E.; SPITZNAGEL, E.: Der Aufschwung lässt nach, in: IAB-Kurzbericht, 3/2008, S.10; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

In diesem und im nächsten Jahr wird – trotz des weiter sinkenden Arbeitsangebots – die registrierte Arbeitslosigkeit langsamer zurückgehen als bisher.

¹⁷ Die Erwerbstätigenquote – das ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Zahl der Bevölkerung einer Altersgruppe – betrug im Jahr 2005 in Ostdeutschland bei den 64- bis unter 65-Jährigen 12,1%. Für die 15- bis unter 16-Jährigen werden keine Quoten ausgewiesen, sodass der Erwerbstätigenanteil der 16- bis unter 17-Jährigen in Höhe von 6,8% angesetzt wurde. Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Mikrozensus, Fachserie 1, Reihe 4.1.

Abbildung 11:

Entwicklung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der ausschließlich geringfügig Beschäftigten in Ostdeutschland^a - in 1 000 Personen -



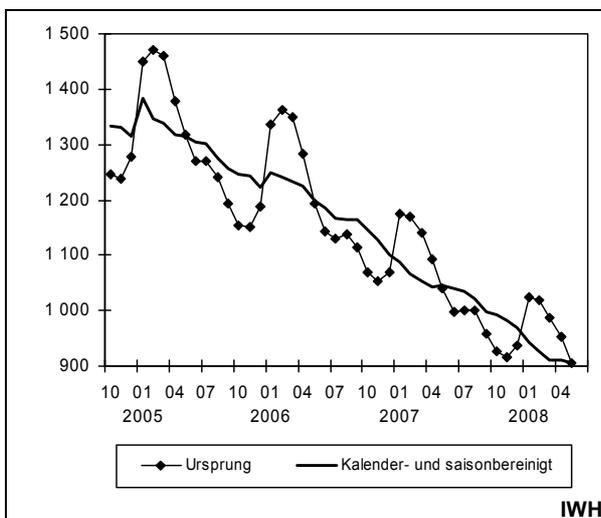
^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Dies ist vor allem auf den schwächeren Beschäftigungsaufbau zurückzuführen. Des Weiteren dürfte die Überprüfung des Arbeitslosenstatus durch die Bundesagentur nicht mehr zum Rückgang der Arbeitslosenzahl beitragen. Hinzu kommt, dass die Möglichkeit eines erleichterten Bezugs von Arbeitslosengeld für Arbeitslose, die 58 Jahre und älter sind, in diesem Jahr wegfällt. Damit zählen Arbeitslose, die nach dem 1. Januar 2008 das Alter von 58 Jahren erreichten, grundsätzlich weiterhin als arbeitslos. Insgesamt wird in diesem Jahr die

Zahl der registrierten Arbeitslosen die Eine-Million-Marke unterschreiten. Ohne einschneidende staatliche Eingriffe in die Lohnfindung beispielsweise in Form eines hohen gesetzlichen Mindestlohns wird sich die Arbeitslosigkeit im Jahr 2009 weiter verringern. Anderenfalls dürfte sie wieder steigen.¹⁸ Die auf die Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote ist mit 13,5% bzw. 12,9% aber immer noch etwa doppelt so hoch wie in Westdeutschland.

Abbildung 12:
Entwicklung der Zahl der registrierten Arbeitslosen 2006 und 2007 in Ostdeutschland^a
- in 1 000 Personen -



^a Ostdeutschland ohne Berlin.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

Fazit

Wachstumsrückstand bleibt

In diesem und im nächsten Jahr wird die gesamtwirtschaftliche Aktivität in den Neuen Bundesländern erneut langsamer expandieren als in den Alten. Der Wachstumsabstand gründet sich im Wesentlichen auf den Abbau der Personalüberhänge im Staatssektor, der rechnerisch in einem Rückgang der Wertschöpfung bei öffentlichen Dienstleistungen zu Buche schlägt. Gedämpft wird der Produktionsanstieg in der Gesamtwirtschaft aber auch durch die zurückbleibenden Realeinkommen der privaten Haushalte. Damit fällt die größte Nach-

¹⁸ Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; SCHULTZ, B: Ein Mindestlohn von 7,50 Euro je Stunde betrifft vor allem Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 3/2008, S. 102-105.

fragekomponente als Wachstumstreiber aus. Dies wirkt sich insbesondere auf den Handel, das Gastgewerbe und die personennahen Dienstleistungen dämpfend aus. Demgegenüber profitieren die Industrie und die Unternehmensdienstleister zunehmend von den Impulsen aus dem Ausland und den Alten Bundesländern.

Trotz einiger Anzeichen zur Re-Industrialisierung in den Neuen Bundesländern ist das Aufholpotenzial noch sehr groß. Auf 1 000 Einwohner kommt mit 68 eine inzwischen wieder gestiegene Zahl von Industriebeschäftigten (Alte Bundesländer 2007: 98). Nur wenn dort sowie im Bereich der Unternehmensdienstleister das kräftige Wachstum anhält, wird die ökonomische Basis in Ostdeutschland verbreitert. Deren Unterstützung sollte deshalb auch Priorität in der Wirtschaftspolitik behalten. Dies schließt eine zielgerichtete und wohldosierte Förderung zur Ausweitung und Erneuerung der industriellen Basis ein. Insbesondere sollten deren Vorzüge bei der Vergabe von Fördermitteln mit der Zielorientierung des Investitionszuschusses verbunden werden.

Tabelle 18:
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Ostdeutschland (ohne Berlin)

	2007	2008	2009
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Inländische Verwendungskomponenten, real			
Privater Konsum	-1,5	-0,1	-0,2
Anlageinvestitionen	2,8	1,7	1,0
darunter:			
Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen	5,0	3,0	2,0
Neue Bauten	1,0	0,6	0,1
Bruttoinlandsprodukt, real	2,2	1,7	0,8
darunter Wertschöpfung:			
Verarbeitendes Gewerbe	11,2	5,7	4,1
Baugewerbe	1,3	0,6	0,0
Dienstleistungen ohne Staat ^a	2,0	2,0	1,6

^a Handel, Gastgewerbe, Verkehr, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: April 2008); Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Auch müssen die Wettbewerbsvorteile der Unternehmen im Kostenbereich gewahrt bleiben. Die Zukunft des Produktionsstandorts Ostdeutschland liegt zwar nicht im Niedriglohnbereich. Solange jedoch der Produktivitätsabstand groß ist, können die Unternehmen im Osten keine Westlöhne zahlen. Steigen die Effektivlöhne ohne entsprechende Deckung durch die Produktivität im Osten schneller als im Westen, wird der Lohnkostenvorteil aufgezehrt, und das nimmt den Unternehmen einen Teil des Wachstumspotenzials.

Kein Aufholen im Pro-Kopf-Niveau

Das seit 2005 wieder langsamere Produktionswachstum in den Neuen Bundesländern im Vergleich zu den Alten hat auch weitere Fortschritte bei der Angleichung der Lebensverhältnisse gestoppt. Einkommen und Konsum der privaten Haushalte verharren bei 78% des westdeutschen Niveaus. Der Wachstumsabstand beim Bruttoinlandsprodukt wird auch nicht kompensiert durch das Gefälle zwischen Ost- und Westdeutschland bei der Bevölkerungsentwicklung, sodass ebenso der Abstand in der Pro-Kopf-Produktion im Prognosezeitraum erhalten bleibt.

Tabelle 19:

Ausgewählte Indikatoren zum Aufholprozess in Ostdeutschland^a

- in jeweiligen Preisen, Westdeutschland = 100 -

	2006	2007	2008	2009
Verfügbares Einkommen pro Einwohner	78,1	78,0	78,1	78,1
Privater Konsum pro Einwohner	78,6	78,2	78,3	78,3
Sparen pro Einwohner	64,6	66,6	66,7	68,4
BIP pro Einwohner	67,3	68,0	68,1	68,2
BIP pro Erwerbstätiger	76,9	77,1	77,0	76,4
BIP pro Arbeitsstunde der Erwerbstätigen	72,8	73,1	72,5	71,6

^a Ostdeutschland ohne Berlin, Westdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“; Berechnungen und Prognose des IWH.

Leistungsbilanzdefizit geht weiter zurück

Seit dem Jahr 2000 ist – soweit amtliche Daten vorliegen – der Verbrauch an Gütern und Dienstleistungen in Ostdeutschland gesunken. Lediglich im Jahr 2006 wurde der Rückgang nach Schätzung des IWH dank der Belebung der Investitionsaktivitäten vorübergehend unterbrochen. Dagegen hat sich die Produktion im gesamten Zeitraum erhöht (Tabelle A2 im Anhang). Bei mehr oder weniger ausgeglichener Handelsbilanz mit dem Ausland ist damit der Überschuss an Lieferungen aus den Alten in die Neuen Bundesländer gegenüber den Lieferungen in der umgekehrten Richtung kleiner geworden. Die Absorption übertraf im vergangenen Jahr die Produktion nur noch um 10% (1991: 72%). Der Defizitabbau wurde durch die Rückführung des Konsums erzielt. Damit hat sich die Absorption auch strukturell verbessert. Bei gleichzeitiger Ausweitung der Investitionen ist das Wachstumspotenzial gestärkt worden.

Arbeitskreis Konjunktur Ostdeutschland

Udo Ludwig (Udo.Ludwig@iwh-halle.de),

Hans-Ulrich Brautzsch, Diemo Dietrich,

Franziska Exß, Brigitte Loose, Birgit Schultz,

Götz Zeddies

Tabelle A1:

Entwicklung der realen Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland (ohne Berlin) nach Wirtschaftsbereichen von 2000 bis 2007

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Bruttowertschöpfung	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>							
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-7,9	7,4	-9,5	-6,8	26,3	-20,3	-9,6	0,9
Produzierendes Gewerbe	1,6	-2,5	0,1	1,8	3,8	2,0	5,9	7,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-27,3	-38,4	8,0	8,0	-9,0	-28,2	-11,1	-2,2
Verarbeitendes Gewerbe	12,8	4,0	2,5	4,7	8,2	6,4	7,6	11,2
Energie- und Wasserversorgung	4,3	3,4	0,8	2,3	4,0	4,7	-0,5	-3,6
Baugewerbe	-12,4	-13,3	-5,2	-5,1	-5,9	-8,9	5,4	1,3
Dienstleistungsbereiche	2,4	2,4	2,3	0,6	0,4	0,4	1,0	0,9
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,4	2,6	2,4	0,4	1,2	-1,5	3,0	1,0
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	2,7	2,9	0,7	1,6	-1,9	-0,7	1,8	-2,1
Gastgewerbe	4,8	2,7	-5,9	-0,5	1,8	2,2	3,5	1,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,3	2,2	7,3	-1,3	5,7	-3,6	4,8	5,5
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstl.	4,2	6,3	4,5	2,1	0,5	3,3	1,5	2,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe	-1,4	-4,9	3,2	-10,0	-5,2	-6,0	-3,0	-1,6
Vermietung, Unternehmensdienstleister	5,1	7,8	4,7	3,7	1,2	4,7	2,1	3,4
Öffentliche und private Dienstleister	1,1	-0,6	0,5	-0,5	-0,2	-0,9	-0,7	-1,0
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	1,7	-0,6	0,9	-1,2	-2,6	-4,1	-1,0	-0,7
Erziehung und Unterricht	0,6	-0,4	-0,1	-2,4	-2,1	0,8	-3,7	-5,2
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	2,4	0,6	4,4	2,1	3,5	2,9	1,3	1,3
Sonstige öffentliche und private Dienstleister	-1,1	-2,6	-5,3	-0,5	1,0	-3,6	0,6	0,9
Häusliche Dienste	-6,1	6,6	2,2	5,5	5,9	0,3	2,2	5,5
Bruttowertschöpfung insgesamt	1,9	1,2	1,4	0,8	1,7	0,4	2,1	2,6
Erwerbstätige	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>							
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-5,0	-5,0	-3,1	-2,3	-1,1	-7,0	-3,2	0,8
Produzierendes Gewerbe	-4,0	-5,6	-5,3	-3,2	-1,8	-2,8	0,2	3,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	-15,8	-2,1	-0,7	-0,9	0,3	-1,1		
Verarbeitendes Gewerbe	1,4	0,8	-0,6	-1,1	-0,3	-0,9	0,9	3,9
Energie- und Wasserversorgung	-4,7	-4,1	-2,4	-1,2	-4,2	-2,4		
Baugewerbe	-9,4	-13,3	-12,2	-6,9	-4,2	-6,4	-0,6	1,8
Dienstleistungsbereiche	0,7	0,2	-0,1	-0,4	0,9	0,1	0,8	1,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1,1	-1,2	-1,5	-0,9	0,9	-1,8	-0,3	1,2
Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	0,7	-2,2	-1,8	-1,1	0,3	-1,8		
Gastgewerbe	1,9	1,1	0,8	0,2	3,1	0,2		
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1,7	-0,6	-2,6	-1,2	0,4	-3,1		
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstl.	3,4	2,6	1,4	2,0	3,4	0,7	4,5	4,7
Kredit- und Versicherungsgewerbe	0,6	-1,1	-0,9	-1,5	-1,0	-2,0		
Vermietung, Unternehmensdienstleister	4,0	3,3	1,9	2,6	4,2	1,1		
Öffentliche und private Dienstleister	-0,5	0,3	0,4	-0,9	-0,1	1,1	0,0	-0,4
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.	-0,5	-0,6	-0,4	-2,0	-3,6	-0,6		
Erwerbstätige insgesamt	-0,9	-1,6	-1,6	-1,2	0,1	-0,9	0,5	1,6

Quellen: Arbeitskreise „VGR der Länder“ und „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Rechenstand: März 2008).

Tabelle A2:

Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (ohne Berlin) und ausgewählte Nachfragekomponenten 1991 bis 2007

	1991	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	<i>in Mio. Euro (jeweilige Preise)</i>								
Bruttoinlandsprodukt	107 253	234 593	240 379	247 021	250 671	257 374	258 763	266 231	278 428
Privater Konsum	96 841	170 347	174 367	174 342	175 180	176 022	176 238	178 433	178 671
Staatskonsum	41 429	66 674	67 240	68 372	68 623	67 472	67 575	67 877	68 139
Anlageinvestitionen	46 214	78 584	65 035	56 629	55 512	55 752	53 745	57 444	60 830
Neue Ausrüstungen ^a	20 010	31 269	26 061	21 557	20 419	22 573	22 445	24 366	25 316
Neue Bauten	27 033	48 930	40 719	36 740	36 497	34 758	32 826	34 709	37 240
Inlandsverwendung ^b	184 484	315 606	306 643	299 344	299 315	299 245	297 558	303 754	307 640
Saldo ^c	-77 231	-81 013	-66 263	-52 323	-48 644	-41 871	-38 795	-37 523	-29 212
	<i>Anteile am BIP in %</i>								
Bruttoinlandsprodukt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Privater Konsum	90,3	72,6	72,5	70,6	69,9	68,4	68,1	67,0	64,2
Staatskonsum	38,6	28,4	28,0	27,7	27,4	26,2	26,1	25,5	24,5
Anlageinvestitionen	43,1	33,5	27,1	22,9	22,1	21,7	20,8	21,6	21,8
Neue Ausrüstungen ^a	18,7	13,3	10,8	8,7	8,1	8,8	8,7	9,2	9,1
Neue Bauten	25,2	20,9	16,9	14,9	14,6	13,5	12,7	13,0	13,4
Inlandsverwendung ^b	172,0	134,5	127,6	121,2	119,4	116,3	115,0	114,1	110,5
	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in % (preisbereinigt, verkettet, Basis 2000 = 100)</i>								
Bruttoinlandsprodukt		1,5	0,9	1,2	0,7	1,3	0,2	2,2	2,2
Privater Konsum		2,1	0,6	-0,8	-0,9	-1,0	-1,6	-0,3	-1,5
Staatskonsum		-0,5	-1,3	-0,3	-0,8	-3,3	-0,9	-1,0	-0,7
Anlageinvestitionen		-5,8	-16,8	-12,2	-1,1	-0,1	-3,8	6,1	2,8
Neue Ausrüstungen ^a		3,4	-15,6	-16,1	-3,2	11,3	0,1	10,0	5,0
Neue Bauten		-11,0	-16,8	-9,5	-0,7	-6,0	-6,4	3,2	1,0
Inlandsverwendung ^{b,d}		-0,5	-4,2	-3,2	-0,9	-1,3	-1,9	0,8	-0,5

^a Einschließlich sonstiger Anlagen. – ^b Summe der ausgewiesenen Verwendungsaggregate: Privater Konsum, Staatskonsum und Anlageinvestitionen, d. h. Inlandsverwendung ohne Vorratsveränderungen. – ^c Saldo aus Inlandsverwendung (ohne Vorratsveränderungen) und Bruttoinlandsprodukt. –

^d Die durch Verkettung der Volumenwerte entstehenden Differenzen wurden nicht bereinigt.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: Mai 2008); Schätzung des Privaten Konsums für 2007 und der übrigen Nachfrageaggregate für 2006 bzw. 2007 durch das IWH.

Tabelle A3:

Arbeitslose nach Strukturmerkmalen und Personengruppen in Ost- und in Westdeutschland^a

- in % -

Ostdeutschland

	Ältere über 50 Jahre			mit gesundheitlichen Einschränkungen			alle Arbeitslosen		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
Berufsausbildung									
ohne	17,7			23,1			23,8		
mit	82,1			76,7			76,0		
Alter:									
15 bis unter 25 Jahre				4,5	4,3	4,3	12,8	11,9	11,2
25 bis unter 50 Jahre				55,3	54,1	54,2	60,8	60,7	60,8
50 bis unter 65 Jahre	100	100	100	40,2	41,5	41,5	26,4	27,5	27,9
Gesundheitliche Einschränkungen mit Auswirkung auf Vermittlung	18,1	19,5	23,3	100	100	100	11,9	12,9	15,7
Langzeitarbeitslose	52,1	51,9	53,5	52,1	50,5	50,5	40,3	40,8	41,3

Westdeutschland

	Ältere über 50 Jahre			mit gesundheitlichen Einschränkungen			alle Arbeitslosen		
	2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
Berufsausbildung									
ohne	43,6			45,9			45,3		
mit	56,1			53,9			54,4		
Alter:									
15 bis unter 25 Jahre				3,5	3,3	3,3	12,6	11,4	10,6
25 bis unter 50 Jahre				52,2	51,6	53,3	63,0	63,1	64,0
50 bis unter 65 Jahre	100	100	100	44,3	45,0	43,4	24,4	25,5	25,4
Gesundheitliche Einschränkungen mit Auswirkung auf Vermittlung	25,3	25,8	27,5	100	100	100	14,0	14,6	16,1
Langzeitarbeitslose	50,2	56,1	55,8	50,3	54,0	52,8	32,9	40,8	39,8

^a Stand: Ende September; Ostdeutschland einschließlich Berlin, Westdeutschland ohne Berlin.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit: Arbeitsmarkt 2007. Nürnberg 2008.

Tabelle A4:
Warenexport der Neuen Bundesländer nach Regionen

	2007		2005	2006	2007
	<i>Mio. Euro</i>	<i>Anteil in %</i>	<i>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</i>		
Ausfuhr insgesamt	60 325	100,0	10,6	21,4	17,7
Europa	45 418	75,3	10,6	23,0	19,8
darunter: Europäische Union (EU-15)	28 798	47,7	8,4	18,0	18,3
darunter:					
Frankreich	4 679	7,8	8,5	12,9	37,5
Italien	4 056	6,7	0,2	7,9	23,4
Großbritannien	4 145	6,9	4,4	34,9	11,2
Niederlande	3 103	5,1	10,9	17,9	11,6
Österreich	2 758	4,6	14,6	19,0	13,5
darunter: Neue EU-Länder ^a	10 206	16,9	19,1	37,1	23,4
Estland	73	0,1	22,0	27,8	9,9
Lettland	154	0,3	-2,1	95,3	19,8
Litauen	173	0,3	-8,6	25,9	45,3
Polen	4 741	7,9	35,0	44,0	24,9
Tschechische Republik	2 912	4,8	13,0	32,7	21,3
Slowakei	799	1,3	-15,4	36,1	40,6
Ungarn	1 108	1,8	20,7	26,4	11,0
Slowenien	247	0,4	11,2	14,3	27,7
Russland	1 794	3,0	8,7	42,9	28,0
Amerika	5 304	8,8	13,8	-0,9	4,4
darunter: USA	3 845	6,4	16,9	-5,4	0,1
Asien	7 991	13,2	5,9	33,2	17,8
darunter: Südostasien ^b	2 400	4,0	1,0	22,7	28,7
Japan	597	1,0	-7,1	17,4	3,5
China	1 828	3,0	7,3	46,0	26,2
Übrige Länder	1 612	2,7	18,6	24,7	7,4

^a Ohne Malta und Zypern. – ^b Indonesien, Philippinen, Malaysia, Singapur, Thailand, Republik Korea.

Quellen: Sonderauswertung des Statistischen Bundesamts; Berechnungen des IWH.

Tabelle A5:

Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe im Jahr 2000 und 2005: ausgewählte Länder im Vergleich mit den Neuen Bundesländern

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^a		Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen ^a		Lohnstückkosten ^b	
	2000 ^c	2005 ^d	2000 ^c	2005 ^d	2000 ^c	2005 ^d
Verarbeitendes Gewerbe						
Neue Bundesländer (VGR)	27 992	30 429	36 947	47 527	75,8	64,0
Neue Bundesländer (Unternehmensstatistik)	28 965	31 925	47 200	56 268	61,4	55,5
Bulgarien	2 006	2 427	2 974	4 974	67,4	48,8
Tschechische Republik	6 716	8 829	10 711	15 515	62,7	56,9
Ungarn	5 743	10 361	12 398	21 141	46,3	49,0
Polen	5 617	7 604	10 483	19 526	53,6	38,9
Rumänien	2 081	3 377	3 505	5 632	59,4	60,0
Slowakei	4 741	7 710	7 438	14 494	63,7	53,2
Slowenien	14 164	17 176	17 411	24 913	81,4	68,9
Baugewerbe						
Neue Bundesländer (VGR)	22 541	23 919	26 177	28 685	86,1	83,4
Bulgarien	2 862	2 242	3 003	4 645	95,3	48,3
Tschechische Republik	6 036	8 919	6 158	10 333	98,0	86,3
Ungarn	4 320	6 703	7 926	9 923	54,5	67,6
Polen	5 813	6 576	7 395	11 171	78,6	58,9
Rumänien	2 094	3 209	3 161	5 112	66,2	62,8
Slowakei	4 515	6 800	4 686	11 756	96,3	57,8
Slowenien	12 494	17 653	12 984	18 097	96,2	97,5

^a Niveau in jeweiligen Preisen. – ^b Lohnstückkosten = (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer)/(Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen)*100. –

^c Tschechische Republik: Verarbeitendes Gewerbe 2001, Polen: 1998, Slowenien: 2002. – ^d Tschechische Republik: 2004.

Quellen: Eurostat: Strukturelle Unternehmensstatistik; Statistisches Bundesamt: Kostenstrukturerhebung; Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: März 2008); Berechnungen des IWH.

Tabelle A6:

Arbeitskosten und Produktivität der Arbeit in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Ostdeutschlands (ohne Berlin) 2005 bis 2007

	Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer ^a	Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen ^a	Lohnstückkosten ^b
	<i>in Euro</i>		
Verarbeitendes Gewerbe			
2005	30 429	47 527	64,0
2006	31 439	49 770	63,2
2007	32 232	53 699	60,0
Baugewerbe			
2005	23 919	28 685	83,4
2006	24 424	30 318	80,6
2007	25 021	31 203	80,2
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			
2005	20 219	30 642	66,0
2006	20 459	31 883	64,2
2007	20 603	32 123	64,1
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister			
2005	24 783	75 116	33,0
2006	24 535	73 339	33,5
2007	24 894	72 532	34,3
Unternehmen insgesamt ^c			
2005	24 534	45 183	54,3
2006	24 939	46 486	53,6
2007	25 405	47 715	53,2
	<i>Westdeutschland^d = 100</i>		
Verarbeitendes Gewerbe			
2005	67,6	76,3	88,6
2006	67,1	75,8	88,5
2007	67,6	77,4	87,3
Baugewerbe			
2005	78,5	73,3	107,1
2006	79,6	73,6	108,1
2007	80,5	73,0	110,2
Handel, Gastgewerbe, Verkehr			
2005	74,2	81,5	91,1
2006	74,5	81,0	92,0
2007	74,3	80,4	92,4
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister			
2005	70,0	77,8	90,0
2006	69,7	76,1	91,6
2007	69,8	75,8	92,1
Unternehmen insgesamt ^c			
2005	69,6	75,6	92,0
2006	69,6	75,1	92,7
2007	70,0	75,4	92,9

^a Niveau in jeweiligen Preisen. – ^b Lohnstückkosten = (Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer)/(Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen)*100. –^c Ohne private Dienstleister. – ^d Westdeutschland einschließlich Berlin.

Quellen: Arbeitskreis „VGR der Länder“ (Stand: März 2008); Berechnungen des IWH.

Tabelle A7:

Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt Ostdeutschlands^a

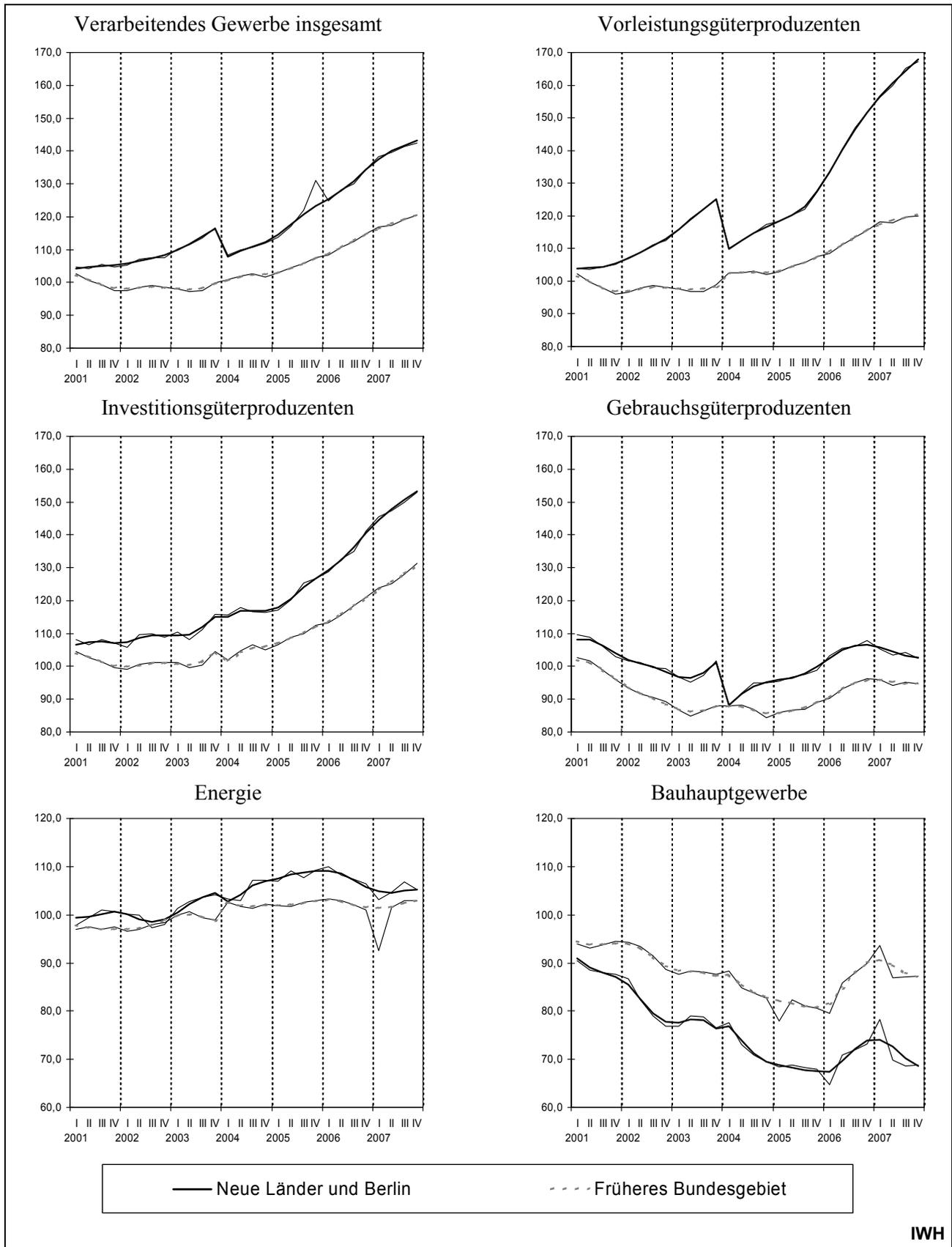
- in 1 000 Personen -

	NBL					ABL
	2003	2004	2005	2006	2007	2007
Erster Arbeitsmarkt	165	157	124	127	118	271
Empfänger direkter Eingliederungshilfen ^b	135	94	360	44	51	97
Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Programmen	30	63	88	83	67	174
Personal-Service-Agenturen (PSA)	3	8	4	1	1	3
Förderung der Selbstständigkeit ^c	27	55	84	82	66	171
Zweiter Arbeitsmarkt	91	99	136	123	116	193
Arbeitsbeschaffungs- und traditionelle Strukturanpassungsmaßnahmen	90	80	43	35	26	17
Programm „Arbeit für Langzeitarbeitslose“ „Zusatzjobs“	1	14	1			
		5	92	98	90	176
Teilnehmer an Maßnahmen insgesamt	256	256	260	250	236	464
Anteil ^d in %	4,5	4,5	4,6	4,4	4,1	1,4
<i>Nachrichtlich:</i> Erwerbstätige (Inland)	5 649	5 656	5 606	5 636	5 724	34 013

^a Ostdeutschland ohne Berlin. – ^b Teilnehmer an Strukturanpassungsmaßnahmen Ost für Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW); Arbeitnehmer mit Eingliederungszuschüssen, Einstellungszuschüssen bei Vertretung, Einstellungszuschüssen bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschüssen für Ungelehrte und von Arbeitslosigkeit Bedrohte, Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose, Arbeitnehmerhilfen bzw. Arbeitsentgeltzuschuss; Teilnehmer am Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit bzw. JUMP+ sowie die im Rahmen der so genannten Freien Förderung begünstigten Erwerbstätigen, die zu den Erwerbstätigen zählen (geschätzt). – ^c Ich-AGs, Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld (Variante: Selbstständigkeit), Gründungszuschuss. – ^d Anteil der Teilnehmer an Maßnahmen im ersten und zweiten Arbeitsmarkt an den Erwerbstätigen (Inland).

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Übersicht 1: Produktionsindex im Produzierenden Gewerbe Ost- und Westdeutschlands^a
 - 2000 = 100; kalender- und saisonbereinigte Werte sowie Trend-Konjunktur-Komponente -

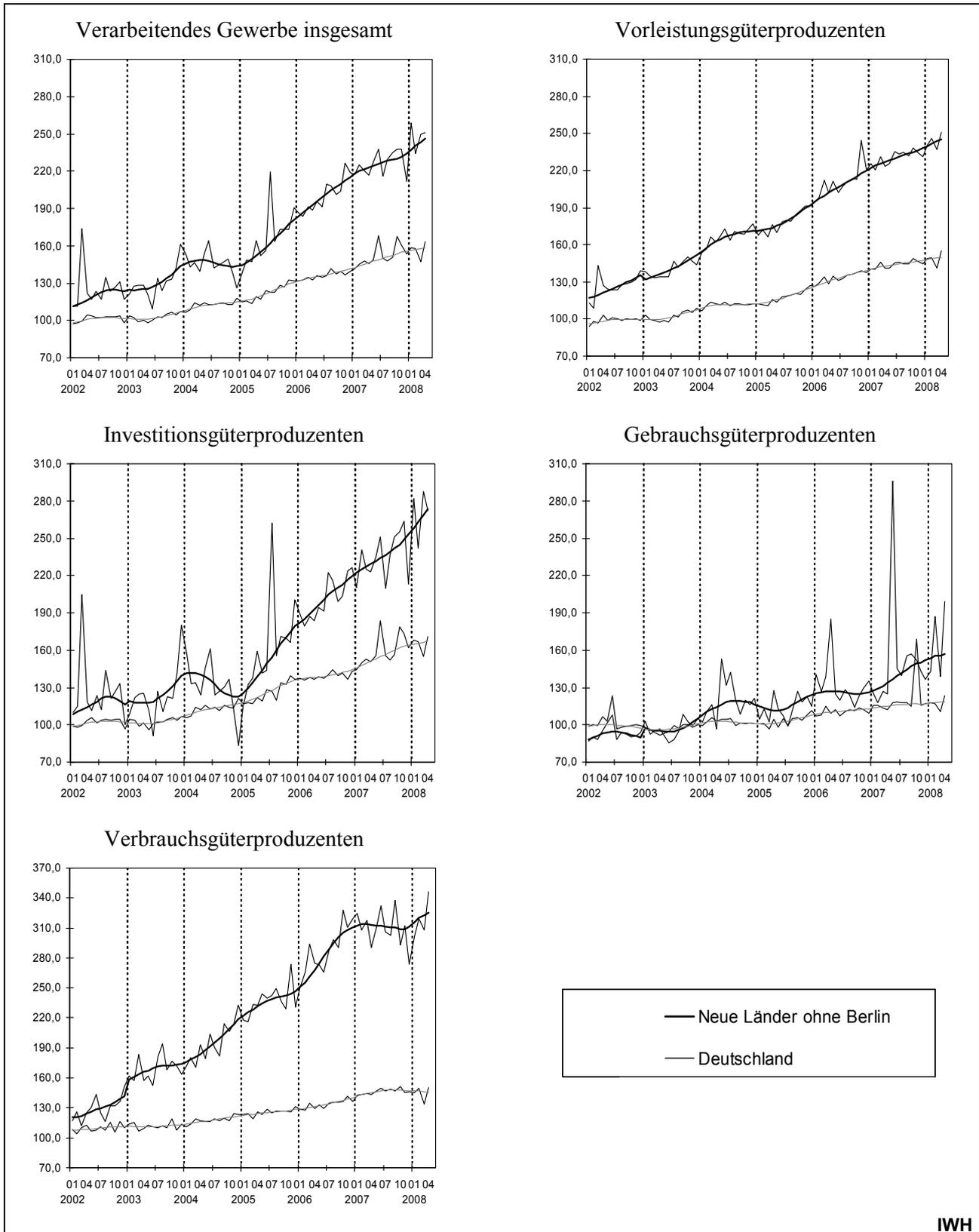


^a Ostdeutschland bis 2003 einschließlich Ost-Berlin, ab 2004 einschließlich Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Übersicht 2: Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands^a

- 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -

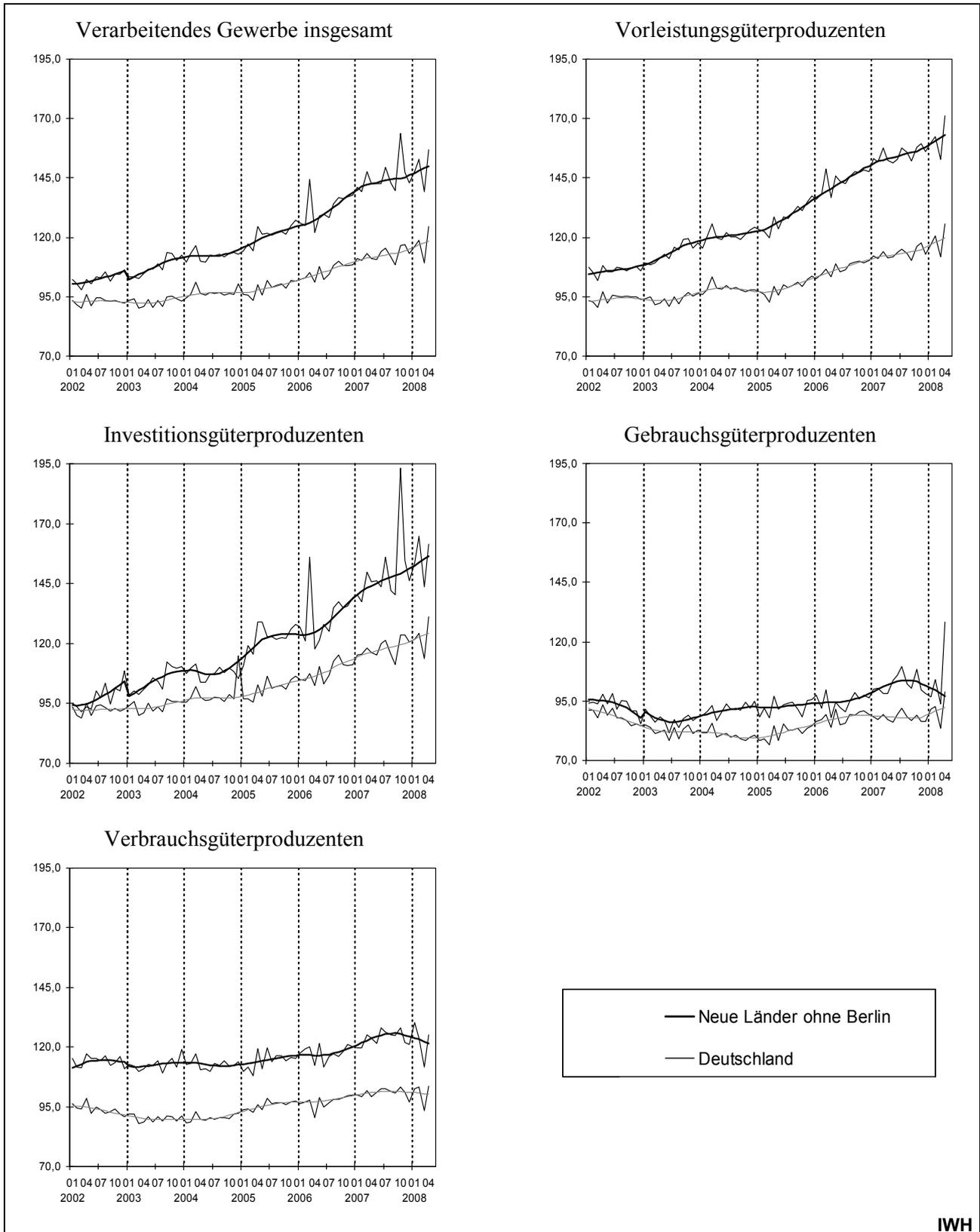


^a Ostdeutschland bis 2002 einschließlich Ost-Berlin, ab 2003 ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Übersicht 3: Volumenindex des Auftragseingangs aus dem Inland im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands^a

- 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -

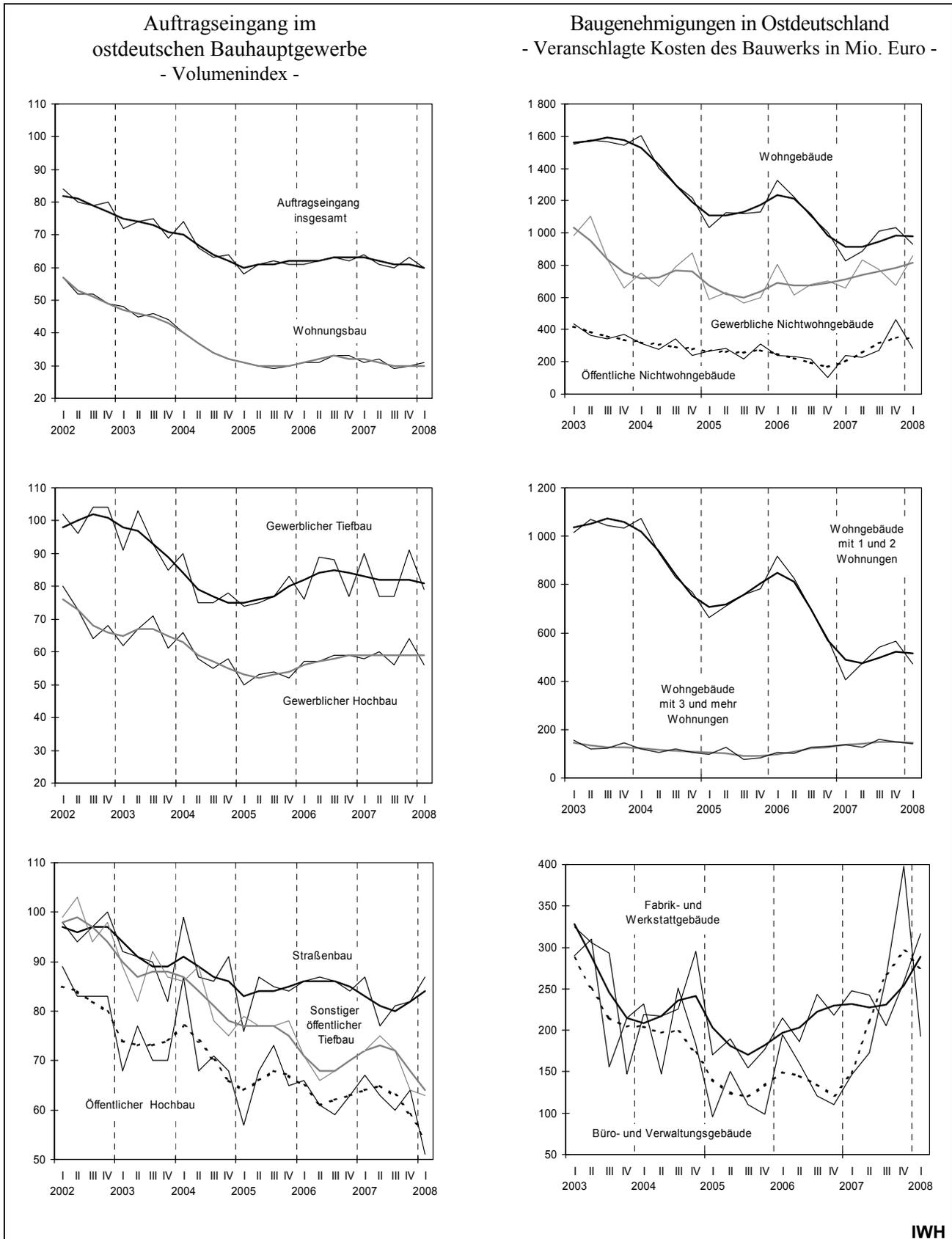


^a Ostdeutschland bis 2002 einschließlich Ost-Berlin, ab 2003 ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Übersicht 4: Auftragseingang im Bauhauptgewerbe und Baugenehmigungen in Ostdeutschland^a

- 2000 = 100; saisonbereinigte Werte und Trend-Konjunktur-Komponente -



^a Ostdeutschland mit Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Russland: Anhaltend kräftige Wirtschaftsentwicklung wird von hoher Inflation überschattet

Unbeeindruckt von den Turbulenzen, die durch die US-Immobilienmarktkrise im vergangenen August an den Weltmärkten ausgelöst worden sind, entwickelte sich die russische Wirtschaft im vergangenen Jahr weiterhin kräftig. Die Hauptimpulse für den hohen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts gingen wie auch in den Vorjahren von der Binnennachfrage aus. Insbesondere beschleunigt hat sich die Zunahme der Investitionen in nahezu allen Wirtschaftsbereichen. Sie wurden stärker als zuvor auch durch staatliche Maßnahmen zur Investitionsförderung finanziert, in die vor allem die hohen Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft mit dem Ausland einfließen. Insgesamt haben sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Russland mit einem sprunghaften Anstieg der Preise für Öl und Gas an den Weltmärkten im vergangenen Jahr erneut außerordentlich günstig ausgewirkt.¹⁹

Die Folgen der Finanzmarktkrise gingen allerdings nicht gänzlich an Russland vorbei. Sie haben sich im zweiten Halbjahr 2007 vor allem in einem Anstieg der bis dahin vergleichsweise niedrigen Kreditzinsen, im Abfluss von Kapital und einer Verringerung der Liquidität im Bankensektor geäußert. Ein größerer negativer Effekt der erhöhten Finanzierungskosten auf die wirtschaftliche Dynamik blieb bislang jedoch weitgehend aus, auch aufgrund wirksamer Gegenmaßnahmen der Zentralbank. Problematischer könnte sich für die russische Wirtschaft hingegen der anhaltend hohe und zuletzt wieder zunehmende Preisdruck auswirken, der in diesem Jahr verstärkte geldpolitische Schritte notwendig machen dürfte.

Weiterhin kräftige Binnennachfrage treibt die Wirtschaft an

Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts wurde wie auch im Vorjahr ganz überwiegend von der Binnennachfrage bestimmt. Der private Konsum und die Unternehmensinvestitionen nahmen im zweistelligen Bereich zu. Dabei stieg der private Konsum mit 13% nur wenig stärker als im Vorjahr, während sich die Zunahme der Investitionen mit

21% merklich beschleunigte. Die anhaltend hohen nominalen Lohnzuwächse von durchschnittlich 25% bis 30% in den letzten Jahren sowie die im Umfeld der Wahlen 2007 politisch motivierte Ausweitung der sozialen Transferleistungen haben die realen verfügbaren Haushaltseinkommen trotz der hartnäckig hohen Inflation um mehr als 12% ansteigen lassen. Zudem ist die Kreditvergabe an private Haushalte im vergangenen Jahr nochmals kräftig ausgeweitet worden. Die Zinssätze sowohl für kurz- als auch für längerfristige Kredite an private Haushalte sind dabei im Jahresdurchschnitt – trotz eines Anstiegs im zweiten Halbjahr – insgesamt merklich gesunken.

Tabelle 1:
Eckdaten der wirtschaftlichen Entwicklung für Russland in den Jahren 2005 bis 2008

	2006	2007	2008	2009
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Bruttoinlandsprodukt	7,4	8,1	6,7	6,5
Private Konsumausgaben	11,3	13,1	12	11
Staatskonsum	2,3	4,9	4	3
Anlageinvestitionen	17,5	20,9	20	18
Exporte	7,3	7,4	6	7
Importe	21,6	30,4	32	30
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>			
Verbraucherpreise	9,7	9,0	10	9
	<i>in % der Erwerbspersonen</i>			
Arbeitslosenquote ^a	6,8	5,9	5,5	5,2

^a Arbeitslosenquote. ILO-Methode.

Quellen: Rosstat; 2008 und 2009: Prognose des IWH.

Mit der gestiegenen Nachfrage der privaten Haushalte erhöhten sich die Umsätze im Einzelhandel sehr dynamisch. Ein beträchtlicher Teil der Nachfrage wurde durch Importe gedeckt. So ist der Importanteil an der Deckung der Nachfrage in den letzten Jahren systematisch gestiegen: Etwa 47% aller im Einzelhandel umgesetzten Konsumgüter stammten 2007 aus dem Ausland, 2002 waren es

¹⁹ Das IWH untersucht die aktuelle Wirtschaftsentwicklung und den Stand der Reformen in Russland seit einer Reihe von Jahren, letztmalig im Jahr 2007. Vgl.: KÄMPFE, M.: Rußland: Bedeutung des Energiesektors für die Wirtschaftslage bleibt hoch, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 7/2007, S. 264-268.

41%. In einigen Zweigen, beispielsweise der Nahrungsgüterindustrie, wird über Importquoten versucht, die Einfuhren gering zu halten, die Importzuwächse betragen aber auch hier nahezu 22% gegenüber dem Vorjahr.

Tabelle 2:
Beiträge der Nachfragekomponenten zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts 2006 bis 2009
- in Prozentpunkten -

	2006	2007	2008	2009
Private Konsumausgaben	5,5	6,1	5,4	5,3
Staatskonsum	0,4	0,6	0,6	0,5
Anlageinvestitionen	2,9	4,0	4,0	3,6
Vorratsveränderung	0,6	0,4	0,2	0,1
Außenbeitrag*	-2,0	-3,0	-3,5	-3,0
Bruttoinlandsprodukt ^a	7,4	8,1	6,7	6,5

* Beitrag des Außenbeitrags zum Anstieg des Bruttoinlandsprodukts.
- ^a Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Rosstat; Berechnungen des IWH; 2008 und 2009: Prognose.

Auslöser der hohen Investitionszuwächse ist der große Modernisierungs- und Erneuerungsbedarf der Wirtschaft, der einen kräftigen Nachfrageanstieg nach Investitionsgütern in nahezu allen Wirtschaftsbereichen ausgelöst hat. Die Finanzierungsstruktur der Investitionen in den Unternehmen hat sich gewandelt: Eigenmittel bilden heute weniger als die Hälfte der gesamten Finanzierungsquellen. Neben Kreditfinanzierungen werden Investitionen zunehmend auch durch öffentliche Ausgaben gefördert, darunter im Rahmen staatlicher Investitionsprogramme.

In der Förderindustrie konnte der seit Jahren andauernde Stillstand bzw. Rückgang der Investitionen gestoppt werden. Bei einem Anteil der Investitionen in die Öl- und Gasförderung an den Gesamtinvestitionen in der Wirtschaft von etwa 17% betragen die Zuwächse im vergangenen Jahr etwa 20%; in der Stromerzeugung und im Transport von Energie, Wasser und Gas mit einem Anteil von etwa 8% betrug der Zuwachs sogar 30% gegenüber dem Vorjahr. Im Vergleich dazu sind die Investitionen in die Zweige des Maschinenbaus nach wie vor gering. Im Ergebnis hat sich die Investitionsquote des BIP im Jahr 2007 auf 19,7% erhöht, dies ist für Russland ein Höchststand seit Ende der 90er Jahre.

Diese Nachfragezuwächse regten einerseits die einheimische Produktion von Investitionsgütern an.

Im Verarbeitenden Gewerbe stieg die Produktion mit knapp 10% tatsächlich auch wieder stärker als im Vorjahr, der Maschinenbau legte im Vorjahresvergleich sogar um 20% zu. Andererseits konnte nur ein Teil der gestiegenen Nachfrage auf diesem Weg abgedeckt werden. In noch stärkerem Umfang sind die Investitionsgüterimporte gestiegen. In einzelnen Bereichen, wie beispielsweise in der Nahrungsgüterindustrie und dem Anlagenbau, beträgt die Importquote 50% und mehr.

Die Deckung der gestiegenen Nachfrage an Konsum- und Investitionsgütern über Importe erfolgte nicht nur aufgrund höherer Qualitätsansprüche der privaten Haushalte und der Unternehmen, sondern auch aufgrund der geringeren preislichen Wettbewerbsfähigkeit einheimischer Hersteller. Die russischen Produzenten leiden zunehmend unter der ausländischen Konkurrenz; aus asiatischen und fernöstlichen Ländern sind die Importe im vergangenen Jahr überdurchschnittlich gestiegen. Mit den Herstellungskosten der ausländischen Anbieter können die einheimischen Hersteller oftmals nicht mithalten, teils aufgrund von enormen Lohnsteigerungen, die über der Produktivitätssteigerung liegen, teils aber auch durch weitere Kostenfaktoren. So haben sich im vergangenen Jahr die Produktionskosten im Verarbeitenden Gewerbe auch durch die Weitergabe von Preissteigerungen im Energiesektor an die industriellen Endverbraucher merklich erhöht.²⁰ In einzelnen Bereichen waren auch Kapazitätsengpässe Ursache für verstärkte Importe. Einfluss hatte schließlich auch die fortgesetzte Aufwertung des Rubel gegenüber den Währungen der Haupthandelspartner. Die Importe verbilligten sich zwar, aber die einheimischen Hersteller verloren weiter an Wettbewerbsfähigkeit.

In den ersten Monaten dieses Jahres ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe weiter kräftig gestiegen, im Maschinenbau sowie im Fahrzeugbau, darunter in der Automobilindustrie, überdurchschnittlich mit Zuwächsen zwischen 10% und 17%. Dennoch sind die Zuwächse im Import an Maschinen und Ausrüstungen größer als die im einheimischen Maschinenbau. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres stieg der Import bei Maschinen und Ausrüstungen im Vorjahresvergleich

²⁰ Die Erzeugerpreise stiegen mit 27% durchschnittlich mehr als doppelt so schnell wie 2006, insbesondere in der Erdölförderung und -verarbeitung sowie im Bergbau. Insgesamt kam es durch den Anstieg der Erzeugerpreise zu einem Kostenanstieg im Verarbeitenden Gewerbe, der über die Preisgestaltung der Endprodukte weitergegeben wurde und inflationswirksam war.

um über 50%. Die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Produktion mit den Importen sinkt hier vor allem in qualitativer Hinsicht, da die Modernisierung der veralteten Ausrüstungen und Technologien in den investitionsgüterproduzierenden Unternehmen zu langsam vorstättengeht.

Impulse von der Außenwirtschaft sind nach wie vor hoch, schwächen sich aber ab

Mit der Zunahme der Weltnachfrage nach Rohstoffen, insbesondere bei Rohöl, Erdgas, aber auch einigen Metallen und Nahrungsmitteln, sind die russischen Ausfuhren ausgeweitet worden. So ist der Export von Weizen beispielsweise 2007 mengenmäßig um 50% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Generell aber fiel die Zunahme der Exporte aufgrund der hohen Preissteigerungen an den Rohstoffmärkten mengenmäßig weniger stark aus als wertmäßig. Insbesondere bei Rohöl als wichtigstem Exportgut ist das seit Jahren der Fall (vgl. Tabelle 3). Bei den Importen hingegen war es überwiegend umgekehrt: Hier übertrafen die mengenmäßigen Zuwächse die preisrelevanten Steigerungen.

Tabelle 3:
Außenhandel nach Menge und Wert, 2005 bis 2007
- Veränderung zum Vorjahr in % -

	2005	2006	2007
<i>Insgesamt</i>			
Importe			
Menge	24,2	32,2	33,5
Wert	4,7	4,5	8,5
Exporte			
Menge	5,0	4,9	4,5
Wert	26,9	19,6	11,9
<i>Erdöl</i>			
Exporte			
Menge	-2,0	-2,0	4,0
Wert*	43,1	22,0	18,7

* Die hohen Preissteigerungen sind nicht nur der Weltmarktpreisentwicklung bei Öl geschuldet, sondern gehen teilweise auch auf die Entwicklung der Öl- und Gaspreise in den Kontraktbeziehungen mit Nachbarländern zurück.

Quelle: Rosstat.

Im Verlauf des Jahres 2007 führte die Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den europäischen Industrieländern, den wichtigsten Handelspartnerländern Russlands, als Folge der Krisenerscheinungen auf den Finanzmärkten auch zu einem abgeschwächten Wachstum der Außennachfrage. So ging der Anteil der Exporte in

die EU-Länder an den russischen Gesamtexporten zurück, hingegen legte er bei den Exporten in den asiatischen Raum, vor allem nach Japan zu.

Insgesamt betrachtet blieb der Zuwachs der Ausfuhren aber erheblich hinter dem der Einfuhren zurück.²¹ In der Handels- und in der Leistungsbilanz erzielte Russland 2007 dennoch aufgrund der hohen Ölpreise erneut kräftige Überschüsse. Wenn sich die Ex- und Importentwicklung in den nächsten Jahren so fortsetzt, ist jedoch selbst bei einem weiter steigenden oder stabilen Ölpreis mit einem Rückgang der Überschüsse zu rechnen. Bereits 2007 ist der Überschuss in der Handelsbilanz im Vergleich zu 2006 um 5% auf 132 Mrd. US-Dollar gesunken. Das Ausmaß dieses Rückgangs fiel durch den übermäßig starken Anstieg des Ölpreises im letzten Quartal 2007 dabei noch vergleichsweise schwach aus.²²

Die fortgesetzte dynamische Ölpreisentwicklung hatte auch im ersten Quartal dieses Jahres eine wertmäßig stärkere Zunahme der Rohölexporten zur Folge. Aber auch unabhängig vom Ölpreis haben sich die Handelsbedingungen für Russland verbessert, da die Preise für importierte Waren, trotz einer Zunahme der Importpreise insbesondere bei unbearbeiteten Nahrungsmitteln, insgesamt weniger stark anstiegen als die für Exportgüter. Zusätzliche Impulse von der Außenwirtschaft sind allerdings in diesem Jahr angesichts der aktuellen weltwirtschaftlichen Abschwächung nicht zu erwarten.

Inflation verharrt auf hohem Niveau und mindert Einkommenszuwächse

Die Verbraucherpreise stiegen 2007 kräftig. Zum Jahresende lag der Preisanstieg bei 11,9%, eine Größenordnung, die er davor letztmalig im dritten Quartal 2005 erreicht hatte. Die jahresdurchschnittliche Inflationsrate von 9% im Jahr 2007 verharrte fast auf dem Vorjahresniveau (9,7%) und hat das von der Zentralbank angestrebte Inflationsziel von maximal 8% verfehlt.

²¹ Auf Dollarbasis stiegen nach Angaben der Zollstatistik die Ausfuhren 2007 um 17%, wohingegen die Einfuhren um 45% zulegten. Vgl. Rosstat: Socjal'no-ekonomiceskoje Polozenje Rossji, No. 1/2008. Moskva, 2008, S. 117.

²² Im Dezember 2007 lag der Preis für Erdöl bei nahezu 100 US-Dollar/Barrel bzw. zu Beginn 2008 bei über 100 US-Dollar. Die russische Regierung hat angesichts dieser Rekordpreise die Besteuerung des Ölports zweimal neu nach oben angepasst (275 US-Dollar/t im Dezember 2007 bzw. 340 US-Dollar/t zum April 2008).

Die Verbraucherpreisentwicklung ging mit einer Beschleunigung der Kerninflation einher.²³ Bei einer starken Verteuerung des Rohöls wird oft davon ausgegangen, dass vor allem die Energiekomponente den Verbraucherpreisindex nach oben treibt. Ähnliches gilt für die weltweite Verteuerung von Nahrungsmitteln, die sich vorrangig ab dem zweiten Halbjahr 2007 im Verbraucherpreisanstieg niederschlug (vgl. Tabelle 4).

Tabelle 4:
Verbraucherpreisentwicklung für einige Grundnahrungsmittel 2007 bis 2008
- in % zum Vorjahresmonat -

	2007				2008	
	März	Juni	Sept.	Dez.	Jan.	März
Brot	8,5	9,4	23,9	22,4	23,2	29,7
Grütze	10,9	10,4	17,1	24,7	23,6	25,2
Fleisch, Geflügel	5,9	6,0	7,4	8,4	8,9	10,1
Milch, Milchprodukte	7,2	7,7	16,5	30,4	32,4	35,1
Butter	5,8	6,4	20,3	40,3	42,1	44,0
Sonnenblumenöl	-0,9	0,4	17,1	52,3	53,3	62,2
Zucker	-26,5	-15,8	-16,1	-4,3	-1,3	8,5

Quelle: Rosstat: Socjal'no-ekonomiceskoje Polozenje Rossji, verschiedene Ausgaben, Moskva, 2007 und 2008.

Dennoch ist im betrachteten Zeitraum keine Scherenbewegung zwischen der Kerninflation und dem Anstieg der Verbraucherpreise festzustellen, sondern ein Gleichziehen (vgl. Abbildung 1), was darauf hindeutet, dass es nicht vor allem die Energie- und Nahrungsmittelkomponenten waren, die preistreibend wirkten, sondern dass monetäre Komponenten verstärkt Einfluss auf die Preisentwicklung nahmen.

Ursächlich für die steigenden Inflationstendenzen war vor allem die kräftige Expansion der Geldmenge M2, die nominal um 48% und damit etwa so stark wie im Vorjahr zulegte.²⁴ Zu diesem Anstieg trugen in hohem Maß die Deviseneinnahmen²⁵ aus den Ölexporten bei, die nur etwa zur Hälfte im Sta-

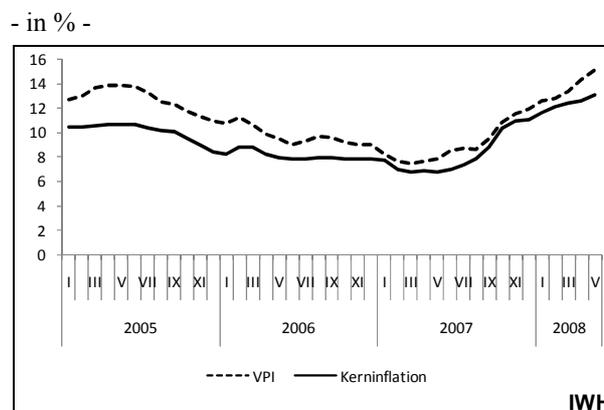
²³ Unter der Kerninflation wird nach gängiger Definition der um die Preise für Energie und unverarbeitete Lebensmittel bereinigte Verbraucherpreisindex verstanden.

²⁴ Vgl. BANK OF RUSSIA: Quarterly Inflation Review, No. 4/2007. Moscow 2008, p. 25.

²⁵ Auf die Rekordhöhe der Deviseneinnahmen im vergangenen Jahr hatte vor allem die enorme Beschleunigung des Ölpreisanstiegs im letzten Quartal 2007 Einfluss.

bilisierungsfonds²⁶ aufgefangen und damit vorübergehend dem Geldkreislauf entzogen wurden. Die im Fonds akkumulierten Mittel beliefen sich Ende 2007 auf 157 Mrd. US-Dollar (knapp 12% des BIP). Zusätzlich auf den Anstieg der Geldmenge ausgewirkt hat sich die aktive Kapitalbeschaffung russischer Unternehmen auf ausländischen Märkten, die im Vergleich zu den Vorjahren sprunghaft angestiegen ist. In der Folge setzte ein massiver privater Nettokapitalzufluss ein, der sich zwar in der zweiten Jahreshälfte abschwächte, aber bis zum Jahresende etwa einen Umfang von 82 Mrd. US-Dollar erreichte.

Abbildung 1:
Verbraucherpreisindex und Kerninflation 2005 bis 2008
- in % -



Quelle: Bank of Russia: Quarterly Inflation Review.

Einfluss auf die Geldmenge hatte auch die gestiegene Kreditvergabe der Banken an private Haushalte und Unternehmen. Bei den privaten Haushalten spielten Wohnungsbaukredite eine Hauptrolle, deren Anteil am Kreditgeschäft – auch aufgrund der Steigerung von Hauspreisen – sprunghaft seit Ende 2006 angewachsen ist. Erst gegen Jahresende 2007 setzte hier wieder eine langsame Beruhigung ein. Die Kreditvergabe an Unternehmen ist noch reger ausgefallen als im Vorjahr. Schließlich trugen auch zur Ausweitung der inländischen Geldmenge erneut die Devisenmarktinterventionen der Zentralbank selbst bei, die sie zur Stützung des Wechselkurses vornahm.

²⁶ Der 2004 eingerichtete Stabilisierungsfonds wird aus Zolleinnahmen auf Ölexporte und Steuern auf die Ölförderung gespeist, die bei einem Rohölpreis ab einer gewissen Schwelle anfallen. Er dient vor allem dazu, die Folgen von Ölpreisschwankungen auf den Weltmärkten für die russische Wirtschaft auszugleichen. Vgl. auch: KÄMPFE, M.: Perspektiven für Rußlands Wirtschaft liegen in der Stärkung des Reformkurses, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/2006, S. 118.

Zu Beginn dieses Jahres hat sich der Preisanstieg weiter beschleunigt. Neben den aktuell weiter steigenden Nahrungsmittelpreisen auf den Weltmärkten kam hier auch die Anhebung von administrierten Preisen hinzu, vor allem für kommunale Dienstleistungen. Die von der Regierung im Dezember als so genannter „Anti-Inflationsplan“ verabschiedeten Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung sehen Schritte vor, mit denen die Bedingungen der Preisbildung verändert werden, wie die Preisregulierung bei natürlichen Monopolen, die Förderung von Wettbewerb unter den Produzenten, die Veränderung von Handelsstrukturen etc. Sie dürften damit eher in mittel- oder längerfristiger Perspektive wirksam werden, aufgrund ihres einmaligen Effekts den inflationären Druck aber langfristig dennoch nicht lindern.

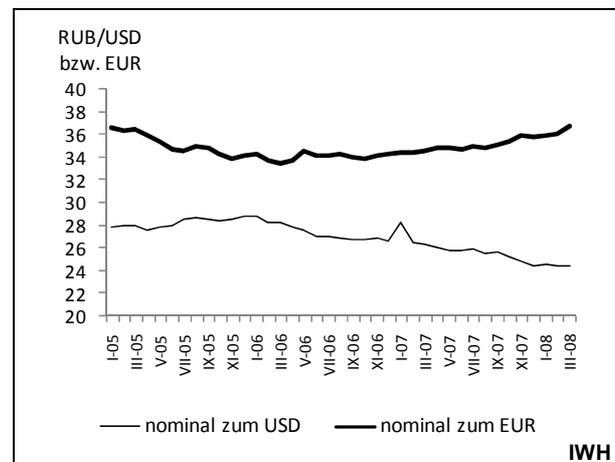
Als spektakuläre Maßnahme mit kurzfristiger Wirkung sollte das von der Regierung bereits für die Zeit um die Wahlen im Herbst 2007 ausgehandelte „Preisstillhalteabkommen“ mit Produzenten und Großhändlern gelten, das sechs Grundnahrungsmittel umfasst (Brot, Milch, Eier, Pflanzenöl, Zucker, Käse) und zum Jahresende für eine nächste Laufzeit bis Ende April verlängert wurde.²⁷ Die Wirksamkeit dieses Abkommens ist jedoch umstritten, da sowohl Produzenten als auch Großhändler zur Kompensation die Preise für übrige Nahrungsmittel stärker angehoben haben und die Preise der Grundnahrungsmittel nach dem Auslaufen des Abkommens auf das aktuelle Niveau angehoben werden dürften. Derartige Maßnahmen sind nicht nur wenig wirksam in Bezug auf eine Inflationseindämmung in längerfristiger Sicht, sondern sie schwächen auch die Allokationsfunktion der Preise und führen im Endeffekt zur Verknappung und Rationierung der preisregulierten Nahrungsmittel.

Die Zentralbank hat als Reaktion auf den hartnäckigen Preisdruck ziemlich spät, erst im Februar des Jahres, den Refinanzierungssatz und kurze Zeit später den Mindestreservesatz angehoben, im April und Juni dann ein nächstes Mal.²⁸ Die Maßnahme wird als Zeichen dafür gewertet, dass die Politik der Zentralbank künftig der Inflationsbekämpfung den Vorrang vor der Wechselkursstabilisierung geben will und das Geldangebot stärker

²⁷ Es ist eine freiwillige Vereinbarung, der neben russischen auch einige internationale in Russland tätige Handelsketten beigetreten sind, u. a. die Metro-Gruppe. Neben der zeitlichen Begrenzung ist das Abkommen volumenabhängig, d. h., es wird nur eine bestimmte Menge dieser Waren günstiger verkauft.

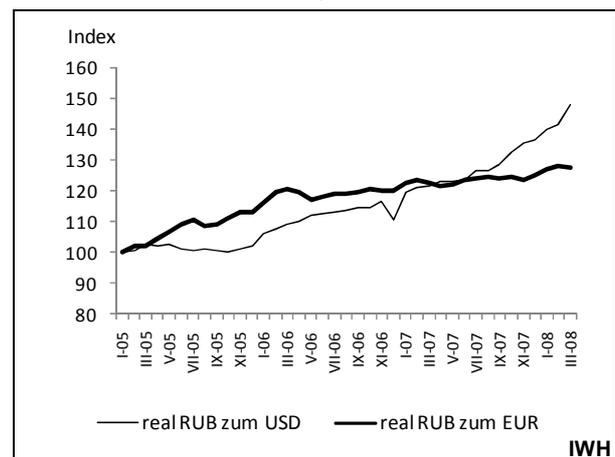
²⁸ Der Refinanzierungsszinssatz liegt derzeit bei 10,75%.

Abbildung 2a:
Nominaler Wechselkurs des Rubel gegenüber US-Dollar und Euro
- Januar 2005 bis März 2008 -



Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

Abbildung 2b:
Realer Wechselkurs des Rubel gegenüber US-Dollar und Euro
- Januar 2005 bis März 2008; Januar 2005 = 100 -



Quellen: WIIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

über die Anwendung des Zinsinstruments reguliert werden soll. Für einen mittelfristigen Zeithorizont hat die Zentralbank angekündigt, zu einem flexibleren Wechselkurssystem (free float) überzugehen und auf Interventionen auf dem Devisenmarkt weitgehend zu verzichten.²⁹

Mittelzuflüsse stellen auch Finanzpolitik vor Herausforderungen

Der außerordentlich große Zufluss an Mitteln vor allem aus den Exporterlösen in den Staatshaushalt

²⁹ Vgl. BANK OF RUSSIA: Guidelines for the Single State Monetary Policy in 2008. Moscow, pp. 19-20.

Tabelle 5: Gesamtwirtschaftliche Indikatoren Russlands

Fläche	1 000 km ²	17 075,4				
Bevölkerung	Mio.	142,2				
		2005	2006	2007	1/2008	2008*
Wirtschaftsleistung						
Bruttoinlandsprodukt nominal	Mrd. RUB	21 620	26 883	32 989		35 200
Bruttoinlandsprodukt real	Veränd. gg. Vorj., %	6,4	7,4	8,1		6,7
Produktionsentwicklung, real						
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	4,0	3,9	6,3	6,2	6,5
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	2,3	3,6	3,3	4,5	3,8
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	13,2	18,1	18,2	28,9	24
Struktur lt. VGR						
Industrie	% des BIP	28,8	27,9	28,0		
Land-, Forst- u. Fischereiw.	% des BIP	4,5	4,1	3,9		
Bauwesen	% des BIP	4,7	4,5	5,1		
Anteil des Privatsektors	% des BIP	79,2	80,4	81,1		
Investitionen						
Brutto-Anlageinvestitionen	Veränd. gg. Vj., %	10,6	17,5	20,8	20,2	20
Investitionsquote lt. VGR	% des BIP	17,7	18,4	21,0	.	
Direktinvest., netto, Zahl.bil.	Mio. USD	118	9236	6824		
Einkommen und Verbrauch						
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	26,9	24,3	26,7	28,7	
Bruttolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	12,6	13,3	16,2	14,0	
Privater Verbrauch, nom. lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %	11,8	11,3	13,1		12
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	12,8	13,9	15,2	16,7	
Arbeitsmarkt						
Beschäftigte, JD.	Mio. Personen	66,7	68,8	70,6		
Arbeitslosenquote, JE	%, lt. ILO	7,7	7,2	6,1	6,4	5,5
Geldmenge und Preise						
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	38,5	48,8	47,5		
Rediskontsatz, JE	%	12	11	10	10,5	
Zinssatz Staatsanleihen (10jährig)	%	7,8	6,7	6,5	6,7	
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	12,7	9,7	9,0	12,9	10
Konsumgüterpreise, (Dez./Dez.)	Veränd. gg. Vorj., %	10,9	9,0	11,9	4,8	
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	9,7	12,4	12,2	26,4	
Ölpreis Marke „Ural“	US-Dollar/b, JD	47,2	60,9	69,5	93,7	
Öffentliche Haushalte (kons.)						
Einnahmen	Mrd. RUB	8 579,6	10 625,8	13 250,7	.	
Ausgaben	Mrd. RUB	6 820,6	8 375,2	11 245,8	.	
Budgetsaldo	Mrd. RUB	1 758,9	2 250,6	2 004,9	.	
Budgetsaldo	% des BIP	8,1	8,4	6,2	.	
Außenwirtschaft						
Außenhandel insgesamt						
Export	Mio. USD	243,8	303,9	355,2	109,7	
Import	Mio. USD	125,4	164,6	223,1	59,8	
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	118,4	139,3	132,1	49,9	
Handel mit Deutschland						
Deutsche Importe (Waren)	Mio. EUR	22 283,9	30 020,4	28 772,8	8 355,2	
Deutsche Exporte (Waren)	Mio. EUR	17 277,5	23 362,7	28 185,2	7 519,9	
Handelsbilanzsaldo	Mio. EUR	-5 006,4	-6 657,7	-587,6	-835,3	
Gesamtwirtschaftliche Auslandsposition						
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	84 443	94 367	78 309	37 000	
Leistungsbilanzsaldo	% des BIP	11,0	9,5	6,1		
Wechselkurs, JD	RUB/USD	28,28	27,19	25,58	24,26	
Wechselkurs, JD	RUB/EUR	33,94	34,7	35,93	36,41	
Auslandsverschuldung, brutto, JE	Mrd. USD	257,2	309,7	459,6		
Auslandsverschuldung, brutto, JE	% des BIP	33,6	31,3	35,6		

Anmerkung: * = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

Quellen: Rosstat: Rossijski statisticeskij jezegodnik 2007, Rosstat: Social'no-ekonomiceskoje Polozenje Rossji, 2008 (Monatshefte), Central Bank of Russia (Internet), International Monetary Fund: IFS; WIW-Datenbank; Berechnungen des IWH.

stellt angesichts der inflationären Tendenzen auch die Finanzpolitik vor eine Herausforderung. Zwar wird ein Teil der Zuflüsse über den Stabilisierungsfonds vorübergehend dem Geldkreislauf entzogen, was zur Sterilisierung dieser Mittel in Bezug auf die Geldmenge beiträgt und damit eine wichtige Stabilitätsfunktion erfüllt. Allerdings fließen noch immer beträchtliche Mittel sofort als Einnahmen in den Haushalt oder werden später aus dem Fonds über den Haushalt in diverse Zweckfonds umgeleitet. Der erstmals für einen dreijährigen Zeitraum (2008 bis 2010) beschlossene Haushalt sieht eine flexiblere Handhabung der Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft vor; in Zeiten günstiger Konjunktur soll es keine automatische Finanzierung des Budgets aus den zusätzlichen Einnahmequellen mehr geben.

Mit anhaltend hohen Budgetüberschüssen befindet sich der Staatshaushalt seit einigen Jahren in einer komfortablen Situation.³⁰ Die Finanzpolitik ist seit dem vergangenen Jahr vor dem Hintergrund anstehender Wahlen von Parlament und Staatspräsident sowie der hohen Haushaltsüberschüsse auf einen expansiveren Kurs eingeschwenkt. Allerdings können Steigerungen auf der Ausgabenseite von nominal 40%, wie sie im vorigen Jahr stattfanden, auch eine Gefährdung der makroökonomischen Stabilität darstellen. Um eine zweckgerechte Verwendung der Mittel abzusichern, wurden in den vergangenen zwei Jahren verschiedene so genannte „Entwicklungsfonds“ als Teil der staatlichen Wirtschafts- und Innovationspolitiken eingerichtet, die aus Haushaltsmitteln gespeist öffentliche Investitionen fördern. Dazu gehören die Bank für Entwicklung und Außenwirtschaft (Grundkapital 180 Mrd. Rubel), die Gesellschaft für Nanotechnologie (130 Mrd. Rubel), der staatliche Investitionsfonds (166 Mrd. Rubel) sowie der Fonds für kommunale Infrastruktur und Wohnungen (240 Mrd. Rubel). In die Finanzierung dieser Fonds direkt einbezogen wurden 2007 auch Mittel des Stabilisierungsfonds, der andernfalls als „Reservefonds“ die vorgesehene Größenordnung von 10% in Relation zum BIP weit überschritten hätte.

Im Einklang mit der Haushaltsreform steht die von der Regierung im Vorjahr beschlossene Reform des Stabilisierungsfonds, die inzwischen umgesetzt wurde. Der Fonds wurde in diesem Jahr in zwei Teilfonds aufgespalten, die sich vor allem

hinsichtlich ihrer kurz- bzw. längerfristigen Funktion unterscheiden sollen. In den so genannten „Reservefonds“ sollen wie in den bisherigen Stabilisierungsfonds Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft fließen; er dient der makroökonomischen Stabilisierung und dem Ausgleich von Einnahmeeinbußen des Haushalts in Zeiten niedrigerer Rohstoffpreise oder geringerer Rohstoffnachfrage.³¹ Dem zweiten Teilfonds (so genannter „Fonds des Nationalen Wohlstands“) soll eine eher langfristige Funktion zukommen: In ihm werden die über den Umfang des Reservefonds hinausgehenden Einnahmen akkumuliert und längerfristig im In- und Ausland angelegt.

Mittelfristige Aussichten für die Wirtschaftsentwicklung bleiben insgesamt günstig

Im Prognosezeitraum für dieses und das kommende Jahr bleiben die Aussichten für die wirtschaftliche Entwicklung insgesamt günstig; sowohl der private Konsum als auch die Investitionen werden weiterhin die Binnennachfrage stimulieren. Ihre Expansion wird sich allerdings tendenziell verlangsamen. Dabei wird der derzeit hohe Preisdruck vor allem die Entwicklung der Realeinkommen dämpfen. Die Geldpolitik der Zentralbank wird ihre Priorität auf die Inflationseindämmung richten und dazu das Zinsinstrument stärker nutzen. In der Folge leicht steigender Zinsen werden die Investitionen im nächsten Jahr etwas geringer zunehmen. Bei einem moderaten Anstieg des Ölpreises wird die Geldmenge jedoch auch nicht mehr so stark wachsen.

Die Impulse von der Außenwirtschaft werden angesichts der weltwirtschaftlichen Abschwächung verhalten bleiben. Während die Exporte im Durchschnitt nur schwach zulegen, wobei sich die geringere Aufwertung des Rubel weniger stark auswirken dürfte, werden sich die Importe weiterhin kräftig entwickeln. Der Überschuss in der Leistungsbilanz wird dementsprechend in etwa gleich bleiben oder mittelfristig abnehmen. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts wird vor diesem Hintergrund insgesamt hoch bleiben, aber etwas schwächer bei Raten um 6,5% liegen.

Martina Kämpfe
(*Martina.Kaempfe@iwh-halle.de*)

³⁰ Im vergangenen Jahr betrug der Überschuss des konsolidierten Budgets ca. 5,5% in Relation zum BIP (etwa 1,8 Bill. Rubel bzw. 50 Mrd. Euro).

³¹ Zum 01.04.2008 hatte der Reservefonds eine Größenordnung von 130 Mrd. US-Dollar, der Fonds des Nationalen Wohlstands von 32 Mrd. US-Dollar.

Falsche Perspektiven durch die Subventionierung des Stadtumbaus? Realoptionstheoretische Überlegungen zum Handeln privater Grundeigentümer

Die Rolle der privaten Eigentümer im Stadtumbau

In der Diskussion über die Ausgestaltung der Maßnahmen im „Stadtumbau Ost“ und die Weiterführung des Förderprogramms wird einerseits bemängelt, dass die Belange privater Hauseigentümer kaum berücksichtigt werden. Andererseits wird ein zu geringes Interesse privater Eigentümer³² beanstandet, sich überhaupt an den Stadtumbaumaßnahmen zu beteiligen.

Es stellt sich die Frage, warum es zu diesem scheinbaren Widerspruch kommt und warum das Stadtumbauprogramm im Bereich der privaten Eigentümer bislang wenig Erfolg hatte.

Mit diesem Beitrag werden mögliche Gründe dafür aufgezeigt und die Wirkung der Subventionen auf die Handlungsmöglichkeiten privater Eigentümer untersucht.

Bis 31. Dezember 2007 wurden mit der Förderung des Stadtumbauprogramms in Ostdeutschland 197 735 Wohnungen abgerissen.³³ An der Umsetzung dieses Rückbauvolumens sind aber nicht alle Wohnungsanbieter gleichmäßig beteiligt. Der überwiegende Anteil der rückgebauten Wohnungen entfällt auf die großen kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsanbieter.³⁴ Der Anreiz zum Abriss bei diesen Unternehmen ist nicht allein die Rückbauprämie von etwa 60 Euro je Quadratmeter, sondern vor allem die damit verbundene Ent-

lastung von langfristigen Verbindlichkeiten aus DDR-Zeiten im Rahmen der Altschuldenhilfe.³⁵

Da diese Unternehmen einen hohen Anteil an Plattenbauwohnungen besitzen, liegt der Leerstand in den Stadtumbaukommunen 2005 durch den Rückbau in diesem Segment mit etwa 14% unter der durchschnittlichen gesamtstädtischen Leerstandsquote, während der Leerstand in der Altstadt sowie in innenstadtnahen Altbaugebieten mit knapp 20% im Jahr 2005 deutlich darüberliegt.³⁶

In diesen besonders vom Leerstand betroffenen Quartieren haben private Eigentümer mit einem Marktanteil zwischen 60% und 80% eine dominierende Marktposition und besitzen nach Angaben des zweiten Statusberichts zum Stadtumbau etwa zwei Drittel aller leerstehenden Wohnungen.³⁷

Hier konzentriert sich also die Problematik besonders, und es stellt sich die Frage, wie der „Stadtumbau Ost“ zu einer Besserung der Situation der privaten Hauseigentümer beitragen kann. Aus stadtentwicklungspolitischer Sicht kann der Abriss in den innerstädtischen Altbaubeständen nur in seltenen Ausnahmefällen eine Lösung sein. Stadtbildprägende und denkmalgeschützte Altbauten sollen nach den Zielen des Programms erhalten werden.

Zuschüsse für Modernisierungen von Wohnraum aus Aufwertungsmitteln sind im Rahmen des Stadtumbauprogramms aber nicht vorgesehen. Nur in der Anfangsphase des Programms „Stadtumbau Ost“ bestand bis Ende 2004 eine erhöhte Investitionszulage für den innerstädtischen Altbau in Stadtumbaustädten. Nach dem Wegfall dieser Förderung bleiben steuerliche Effekte bei Gebäuden mit Denkmaleigenschaft und vergünstigte Modernisierungskredite durch die KfW, die aber keinen besonderen Fokus auf Stadtumbaugebiete haben, sondern bundesweit zur Verfügung stehen.

Die Subventionen für Rückbau und Aufwertung im Stadtumbau zielen auf eine nachhaltige Verbesserung der Marktsituation ab, durch die auch die

³² In der Stadtumbaudiskussion werden unter privaten Eigentümern „in Abgrenzung zur unternehmerischen Wohnungswirtschaft [...] Privatpersonen, Ehepartner, Erbengemeinschaften, Personengesellschaften (z. B. in Rechtsform einer GbR) oder im alleinigen Besitz einer Person befindliche Kapitalgesellschaften (z. B. eine GmbH) verstanden, die über einen begrenzten Bestand an Häusern verfügen.“ VESER, J. et al.: Bestandssituation und Bewirtschaftungsstrategien privater Eigentümer in den neuen Ländern und ihre Einbeziehung in den Stadtumbau Ost, in: BBR Forschungen Heft 131. Bonn 2007, S. 7.

³³ LIEBMANN, H. et al.: Perspektiven für die Innenstadt im Stadtumbau. Dritter Statusbericht der Bundestransferstelle. Berlin 2008, S. 14.

³⁴ LIEBMANN, H. et al.: Stadtumbau Ost – Stand und Perspektiven. Erster Statusbericht der Bundestransferstelle. Berlin 2006, S. 38. – Vgl. GDW: Medieninformation Nr. 37/06 vom 05.07.2006, Langfassung, S. 4.

³⁵ GDW: Wohnungswirtschaftliche Daten und Trends 2005/2006. Berlin 2005, S. 150.

³⁶ VESER, J. et al., a. a. O., S. 19.

³⁷ LIEBMANN H. et al.: 5 Jahre Stadtumbau Ost – eine Zwischenbilanz. Zweiter Statusbericht der Bundestransferstelle. Berlin 2007, S. 83.

Investitionsbereitschaft der Privateigentümer ange- regt werden soll.

Ob diese Politik tatsächlich geeignet ist, die Situation der privaten Eigentümer zu verbessern und sie zur Beteiligung am Stadtumbau zu moti- vieren, wird mit dem realoptionstheoretischen An- satz der Immobilienökonomie untersucht.

Immobilien als Realoptionen

Ein unbebautes Grundstück bietet das Recht, zu einem beliebigen Zeitpunkt nach den Festlegungen über Art und Maß der baulichen Nutzung zu bauen. Ein Bebauungszwang besteht in der Regel nicht. Bei bebauten Grundstücken sind Erweiterung, Mo- dernisierung und Umbau, Abriss und Neuerrich- tung, Verkauf, aber auch die Nichtnutzung so ge- nannte Realoptionen, die dem Eigentümer in der Verwendung des Grundstücks zur Verfügung ste- hen. Mit dem Verkauf des Grundstücks und seinen Bauten als Einheit werden alle diese Rechte ge- bündelt übertragen. Der Verkehrswert als Markt- preis der Immobilie enthält somit neben den kapita- lisierten Erträgen auch den Wert dieses Options- bündels.³⁸

Die Theorie der Realoptionen³⁹ erkennt, dass Investitionsmöglichkeiten einige Parallelen zu Ak- tienoptionen, insbesondere zu den Calls oder Kauf- optionen, aufweisen.

Ein Call verbrieft das Recht, eine bestimmte Menge (Bezugsverhältnis) eines bestimmten Guts (Basiswert) zu einem vorher festgelegten Preis (Ba- sispreis) genau an (europäische Option) bzw. bis einschließlich (amerikanische Option) einem/eines im Voraus festgelegten Zeitpunkt/s (letzter Han- delstag) zu beziehen.

Der Wert einer Option auf dem Kapitalmarkt setzt sich aus innerem und äußerem Wert zusam- men.

Der innere Wert einer Kaufoption bemisst sich aus der Differenz zwischen dem aktuellen Markt- wert der Aktie (Basiswert) und dem im Optionspa- pier festgelegten Basispreis und ist der Gewinn, der bei der Ausübung der Option erzielt wird. Ist

dieser innere Wert positiv, befindet sich die Op- tion laut Finanzterminologie *im Geld*, andernfalls *aus dem Geld*.

Der äußere Wert, auch als Aufgeld der Option oder Prämie bezeichnet, ist der Betrag, der am Markt zusätzlich zum inneren Wert für die Option bezahlt wird. Dieses Aufgeld ist gemäß der Options- preistheorie umso höher, je länger die Laufzeit und je höher die Volatilität des Underlying ist, und fällt zum Ende der Laufzeit gegen null. Ein Ansatz zur Ermittlung des äußeren Werts von Aktienoptio- nen wurde von *Black* und *Scholes*⁴⁰ entwickelt. Je- doch ist dieses Bewertungsmodell nicht direkt auf Realoptionen übertragbar.

Tabelle 1:
Parallelität von Aktien- und Realoptionen

Optionsparameter	Call-Option	Grundstück
Underlying/ Basiswert	Aktie	Gegenwartswert der sicheren Miet- einnahmen
Basispreis	festgelegter Preis je Aktie	Bau-/Finanzierungs- kosten
Optionslaufzeit	begrenzt	unbegrenzt
Risikoquelle	Volatilität	Entwicklung der Mieteinnahmen

Quelle: Darstellung des IWH.

Begreift man ein Grundstück als Realoption, entspricht der kapitalisierte Ertrag E aus dem zu errichtenden Gebäude dem Basiswert und die Bau- kosten B dem Ausführungspreis, um den Ertrag zu realisieren. Die Differenz zwischen Ertragswert und Baukosten ist der innere Wert I des Grund- stücks. Da Baukosten als fix angenommen werden und der Ertragswert konservativ kalkuliert werden kann, ist der innere Wert ein sicherer Gewinn, wenn dieser Betrag größer als null ist.

Das Aufgeld zwischen Verkehrswert V und dem inneren Wert des Grundstücks ist der äußere Wert der Realoption Grundstück ($V-I=O$). Der äußere Wert enthält damit die gesamten unsicheren Erwartungen auf zukünftig erhöhte Erträge.

Da Boden als unzerstörbarer Produktionsfaktor gilt, haben die Realoptionen eines Grundstücks anders als Aktienoptionen keine zeitliche Begren- zung. Damit bleibt das Aufgeld so lange bestehen,

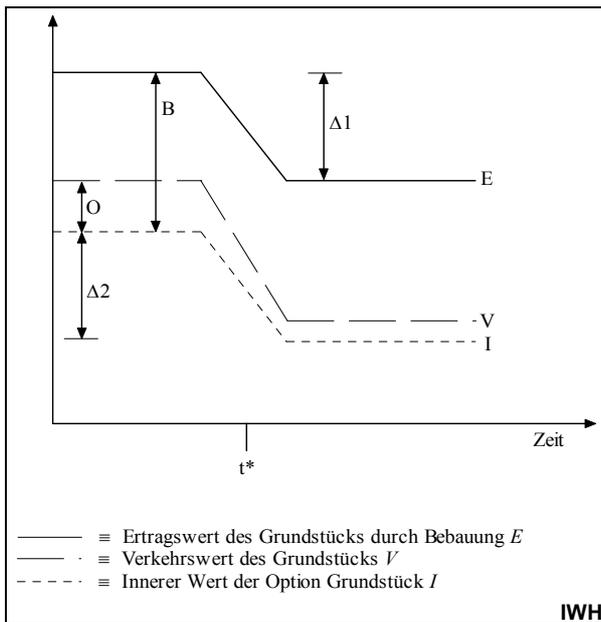
³⁸ Vgl. SOTELO, R.: Ökonomische Grundlagen der Woh- nungspolitik, in: K. W. Schulte (Hrsg.), Schriften zur Immo- bilienökonomie. Rudolph Müller: Köln 2001. S. 129 f.

³⁹ Realoptionen werden nicht nur in der Immobilienökonomie diskutiert. Der Ansatz wird auch für strategische Entschei- dungen und zur Bewertung von Investitionen in vielen In- dustriezweigen angewendet. Vgl. SCHWARTZ, E. S.; TRIGEORGIS, L.: Real Options and Investment under Un- certainty: Classical Readings and Recent Contributions. MIT Press: Cambridge MA.

⁴⁰ BLACK, F.; SCHOLE, M.: The Pricing of Options and Corporate Liabilities. Journal of Political Economy 81. Chicago 1973, pp. 637-654.

bis die Option, hier die Bebauung und Vermietung, durchgeführt wird. Mit der Bebauung wird das Aufgeld jedoch vernichtet, was sich bei der Bewertung bebauter Grundstücke üblicherweise in Abschlägen auf den reinen Bodenpreis zeigt. Die Möglichkeit, mit der Bebauung abzuwarten, ist dann vermögensmaximierend, wenn später eine höhere Nachfrage wahrscheinlich ist, die mit der aktuell möglichen Bebauung dann nicht bedient werden kann.⁴¹

Abbildung 1:
Wertverhältnisse der Option Grundstück



Quelle: Darstellung in Anlehnung an Sotelo 2006.

Mit diesem Ansatz wird beispielsweise das Phänomen von langfristigen Spekulationsbrachen erklärt. Quigg misst in einer empirischen Studie den Wert dieser Warteoption.⁴² Die Bebauung wird erst dann durchgeführt, wenn erwartet wird, dass der innere Wert der Option in der Zukunft so stark sinkt, dass dies den Verlust, der aus der Vernichtung des Aufgelds bei der Bebauung entsteht, übersteigt.⁴³ Abbildung 1 illustriert eine solche Verschiebung der Wertverhältnisse eines Grundstücks. Um den Zeitpunkt t^* findet z. B. durch einen Nachfragerückgang oder die Streichung einer Subven-

tion ein Ertragswertverlust statt. Ist diese Wertveränderung im Vorfeld bekannt, wird die Bebauung bzw. die Sanierung realisiert, wenn $\Delta 2 > 0$. Der innere Wert ist, wenn konstante Baukosten unterstellt werden, proportional vom Ertragswert der bestmöglichen Nutzung abhängig. Also gilt $\Delta 2 = \Delta 1$.

Bebaute Grundstücke werden in der Wertermittlung zwar mit einem Abschlag belegt, sind aber nicht wertlos. Das ist auf das oben erwähnte Bündel von Rechten bzw. Flexibilitätsoptionen, die mit dem Grundstück verbunden sind, zurückzuführen. Da Grund und Boden unzerstörbar sind, ist immer eine erneute veränderte Verwendung möglich. Die Optionen der Neubebauung bzw. der Sanierung können sich also mit der Abschreibung des aufstehenden Gebäudes wieder regenerieren.

Die Optionen der privaten Kleineigentümer

Die Realloptionen, die sich einem Investor bieten, und auch ihr Wert sind jeweils von den wirtschaftlichen und institutionellen (z. B. rechtlichen) Rahmenbedingungen abhängig. In der aktuellen Situation, in der sich die privaten Hauseigentümer befinden, ist die Erstbebauung in der Vergangenheit stets ausgeübt worden. Der Einbruch der Nachfrage durch demographische Entwicklungen, unterlassene Instandhaltung oder nicht marktgerechte Sanierung haben zu den hohen Leerständen im innerstädtischen Altbaubestand geführt. Wegen des schlechten Zustands oder der ungünstigen Lage haben die Eigentümer dieser Bestände anderen Vermietern gegenüber Nachteile im Wettbewerb um neue Mieter. Die Kostensituation kann so ungünstig sein, dass die aktuell erzielbare Miete keinen Deckungsbeitrag mehr liefert.

Da der Bau oder die letzte Renovierung lange zurückliegen, wird in den weiteren Überlegungen davon ausgegangen, dass für den fraglichen Bestand eher Betriebs- und Verwaltungskosten und weniger laufende Kapitalbelastungen relevant sind. Selbst wenn bereits Investitionen getätigt worden sind, sollten diese als versunkene Kosten aufgefasst und daher nicht berücksichtigt werden.⁴⁴ Dies bedeutet, dass sich der Optionswert des Grundstücks mit der Abschreibung des Gebäudes grundsätzlich wieder regeneriert hat.

Abbildung 2 zeigt die vereinfachte Entscheidungssituation, in der sich ein privater Eigentümer eines Mietshauses mit Modernisierungsrückstand,

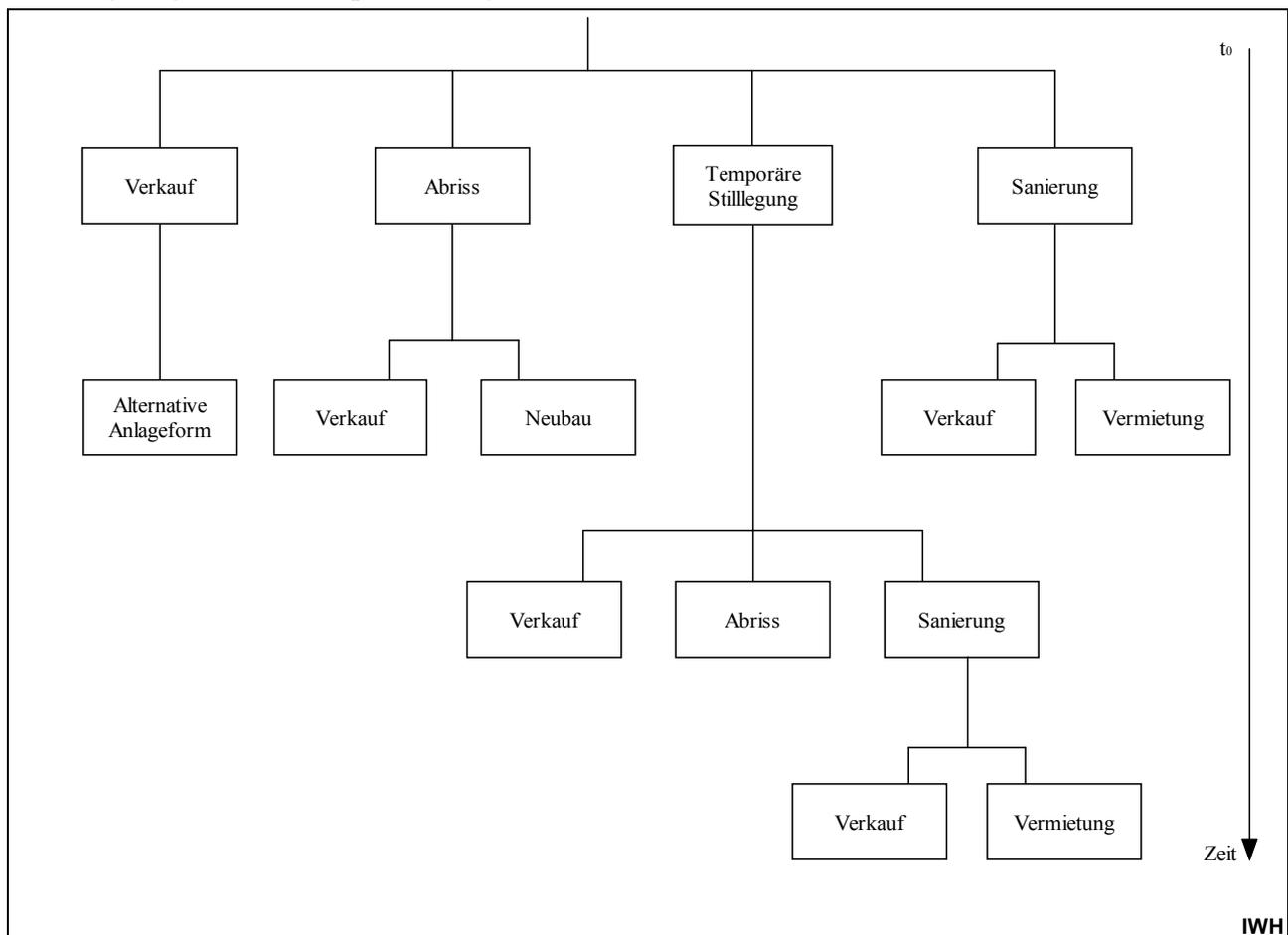
⁴¹ TITMAN, S.: Urban Land Prices under Uncertainty, in: The American Economic Review, Vol. 75, Nr. 3, Nashville, Tenn., 1985, pp. 505-514.

⁴² QUIGG, L.: Empirical Testing of Real Option-pricing Models, in: The Journal of Finance, Vol. XLVII, No. 2, 1993, pp. 621-640.

⁴³ SOTELO, R.: Ökonomische Grundlagen der Wohnungspolitik. Rudolf Müller: Köln 2001, S. 146 f.

⁴⁴ Vgl. MAENNIG, W.: Mietpreissenkungen lösen das Leerstandsproblem nicht, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 225/4. Stuttgart 2005, S. 482-489.

Abbildung 2:
Handlungsmöglichkeiten der privaten Eigentümer^a



^a Der Entscheidungsbaum ist natürlich nicht abschließend, sondern lässt sich fortsetzen und erweitern. Er gilt für private Eigentümer. Für Wohnungsbau-Gesellschaften mit anderen Rahmenbedingungen müssten weitere spezielle Optionen in den Baum eingezeichnet werden.

Quelle: Darstellung des IWH.

niedriger Ausstattungsqualität oder ungünstigen Wohnungszuschnitten befindet. Die Möglichkeiten Renovierung, Stilllegung und Abriss laufen auf die Weiterführung der Immobilie hinaus, und mit dem Verkauf wird desinvestiert.

Der Eigentümer steht vor der Aufgabe, den zukünftig zu erwartenden Rückfluss unter Berücksichtigung der gegebenen Optionen zu maximieren. Abbildung 2 verdeutlicht, dass der Eigentümer berücksichtigen muss, wie seine aktuellen Entscheidungen Handlungsspielräume in der Zukunft beeinflussen.

Die Option der Gebäudesanierung

Eine Handlungsmöglichkeit des Eigentümers ist die Sanierung des Gebäudes, um im Wettbewerb zu bestehen und eine höhere Miete zu erzielen. Diese Erweiterungsoption entspricht einer Option auf den kapitalisierten Ertragswert (E) des sanier-

ten Gebäudes. Die Kosten der Sanierung sind der Basispreis (B) für die Erzielung dieser Erträge.

Die aktuelle Marktlage in ostdeutschen Städten mit durchschnittlichen Nettokaltmieten⁴⁵ zwischen 3,5 und 5 Euro lässt die Refinanzierung der Sanierungskosten, die oft deutlich über 1 000 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche liegen, meist nicht zu.

Selbst wenn die Sanierungsoption *im Geld*, also der innere Wert ($E - B$) dieser Option positiv sein sollte, wird sie nicht zwangsläufig ausgeübt. Diese aus stadtentwicklungspolitischer Sicht wünschenswerte Handlungsalternative erfordert als weitere Bedingung für die Sanierung eine Kompensation für den Verlust des äußeren Werts.

⁴⁵ Die Nettokaltmiete ist der Preis für die reine Überlassung des Wohnraums, ohne Betriebs- und Nebenkosten. Mit der Nettokaltmiete müssen Abschreibungen und Reinvestitionen für das Gebäude erwirtschaftet werden.

Die Option der temporären Stilllegung und Wiedereröffnung

Unter der oben getroffenen Annahme nicht gedeckter Grenzkosten führt eine weitere Vermarktung des Gebäudes zu Vermögensverlusten. Da die gesamtstädtischen Ziele des „Stadtumbau Ost“ mit Aufwertungsmaßnahmen und von der Altschuldenregelung getriebenen Abrissen darauf gerichtet sind, den Immobilienmarkt insgesamt attraktiver zu machen, besteht jedoch eine Chance, dass in zukünftigen Perioden wieder rentable Mieteinnahmen möglich sind. In dieser Situation ermöglicht die Option der temporären Stilllegung dem Eigentümer, die Produktion einzufrieren und die Produktionsmittel zu minimalen Betriebskosten zu erhalten. Wenn die Preise für das Produkt wieder steigen, wird die Produktion wieder aufgenommen. Diese bei Minen in der Rohstoffproduktion übliche Strategie ist auch bei vielen ostdeutschen Wohngebäuden in Form so genannter Sicherungsmaßnahmen zu beobachten. Dazu werden u. a. Türen und Fenster zugemauert und die Versorgungsleitungen gekappt. Die Kosten einer derartigen Konservierung können je nach Gebäudezustand stark voneinander abweichen.⁴⁶ Mittlerweile ist dieser Aufwand im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“ förderfähig.

Um den Vermögenseffekt dieser Option zu zeigen, wird folgendes vereinfachende Beispiel als Ausgangssituation definiert:

Die gesamten Betriebskosten eines beispielhaften Wohnhauses betragen 5,5 Euro/qm, die ortsübliche Warmmiete betrage 7 Euro/qm. Da sich der durchschnittliche Leerstand von ca. 20% üblicherweise in bestimmten, besonders desolaten Häusern konzentriert, wird ein Leerstandsrisiko von 50% angenommen. Versucht der Eigentümer nun, das Haus in diesem Marktumfeld zu vermieten, erzielt er kontinuierliche Verluste in Höhe von 2 Euro/qm. Daraus ergeben sich negative erwartete jährliche Rückflüsse:

$$\frac{1}{2} (7-5,5) + \frac{1}{2} (0 - 5,5) = -2.$$

Da die Beibehaltung der Vermietung langfristig Verluste erwarten lässt, müsste sich der Eigentümer von dem Gebäude trennen, wenn die Option der

temporären Stilllegung nicht besteht. Sie ermöglicht die Senkung der Betriebskosten bei vollständiger Entmietung auf angenommen 25% des Niveaus bei Vermietung. In der Zeit der Stilllegung entstehen keine Mieteinnahmen, bis das Gebäude wieder voll vermietet wird. Die positive Annuität, die sich in dieser Situation ergibt, beträgt:

$$\frac{1}{2} (7-5,5) + \frac{1}{2} (0-1,375) = 0,0625.$$

Unter den angenommenen Voraussetzungen ist die Wahrnehmung dieser Option eine konsequente Handlungsweise, da die Kapitalisierung der positiven Annuität es ermöglicht, das Gebäude im Bestand weiterhin zu erhalten. Dies kann gerade deshalb von Nutzen sein, weil das Halten des Grundstücks bedeutet, dass die in Abbildung 2 skizzierten Optionen der Sanierung, des Verkaufs und des Rückbaus erhalten bleiben.

Es ist an dieser Stelle anzumerken, dass einige Rahmenbedingungen wie die niedrige Grundsteuer in Deutschland die Option der temporären Stilllegung begünstigen. Die ostdeutschen Städte haben anders als beispielsweise Städte in den USA⁴⁷ auch keine wirksamen Mittel, um den Eigentümern negative externe Effekte auf das Quartier, die etwa durch die Verwahrlosung der Häuser entstehen, anzulasten.

Die Rückbauoption

Ein Großteil der Abrisse wird bei den kommunalen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen über das Instrument der Altschuldenhilfe ermöglicht. Im Kalkül dieser Unternehmen kompensiert der finanzielle Vorteil, den der mit dem Abriss verbundene Schuldenerlass für die Kapitalbelastung des Gesamtunternehmens darstellt, den Verlust des Gebäudes. Wie lässt sich aber der Rückbau von Gebäuden privater Kleineigentümer erklären? Es ist davon auszugehen, dass Eigentümer nur dann abreißen, wenn dadurch ihr Vermögen gesteigert werden kann. Dieser Vermögensgewinn setzt sich aus der Einsparung nicht gedeckter Betriebskosten bzw. dem Wert der Option der Wiederbebauung zusammen. Die Abrisskosten und Opportunitätskosten in Höhe des aktuellen Ertrags-

⁴⁶ In Fallstudien mit typischen Gebäuden wurden Werte von 20 bis 283 Euro/qm Wohnfläche ermittelt: JACOBS, T.; TÖPPER, J.: Entwicklung technischer und wirtschaftlicher Konzepte zur Konservierung von leerstehenden Altbauten – Langfassung, Analyse und Konzepte. Hamburg 2005, S. 21 ff.

⁴⁷ In den USA können die Städte z. B. Strafen erheben oder die Eigentümer zu Verschönerungsinvestitionen zwingen. Vgl. ACCORDINO, J.; JOHNSON, G. T.: Addressing the Vacant and Abandoned Property Problem. Journal of Urban Affairs 22 (3), 2000, pp. 301-315.

werts der Immobilie stellen den Ausführungspreis der Option dar.

Es sind also zwei Grenzsituationen denkbar, in denen die Abrissoption *im Geld* ist.

1. Eine potenzielle Neubebauung ist so werthaltig, dass sie die Abrisskosten und den Ertragswert des aktuellen Gebäudes übersteigt.
2. Der Ertragswert ist wegen der Kosten des Leerstands negativ, sodass sich die Abrisskosten lohnen.

Fall 2 ist unwahrscheinlich, da die laufenden Kosten bei einer Stilllegung sehr gering sind und externe Kosten leerstehender Gebäude dem Eigentümer nicht angelastet werden. Die Option der temporären Stilllegung ist dem Fall 2 überlegen.

Fall 1 zeigt die wertmäßige Bedeutung der Optionseigenschaft des Grundstücks. Mit dem Abriss wird das Grundstück wieder in die unbebaute Ausgangsposition gebracht. Wie oben beschrieben wird ein unbebautes Grundstück als Option für eine Neubebauung interpretiert. Diese Option ist *im Geld*, wenn die mögliche Neubebauung so gewinnbringend ist, dass ihr Ertrag die Baukosten übersteigt. Diese Überlegungen zeigen, dass der Abriss eines Gebäudes nicht als Desinvestition zu begreifen ist, sondern eher als Teil einer Neuinvestition. Im ersten Fall ist die Entscheidung zum Rückbau mit der wiedergewonnenen Flexibilität und den damit einhergehenden Ertragspotenzialen einer Nachnutzung verbunden. Mit anderen Worten ist der Abriss nur *im Geld*, wenn ein Neubau vorstellbar oder in absehbarer Zeit geplant ist. Da für die Gewährung von Rückbaumitteln vom Eigentümer in der Regel ein langjähriger Bauverzicht gefordert wird, ist einleuchtend, dass die Rückbauoption kaum genutzt wird. Stadtentwicklungskonzepte, die dauerhaft ertragslose öffentliche Grünflächen als Nachnutzung vorsehen, werden vom Markt nicht umgesetzt.

Der Verkauf des Grundstücks

Diese klassische Form der Desinvestition erbringt den Verkehrswert des Grundstücks, der anderweitig risikolos zum Beispiel auf dem Geldmarkt angelegt und entsprechend kapitalisiert werden kann. Bei der Ermittlung des Kaufpreises muss auch berücksichtigt werden, dass das Grundstück im Gegensatz zu risikolosen Geldanlagen vor Inflation geschützt ist. Mit dem Verkauf wird das Aufgeld, das sich aus den beschriebenen dem Grundstück

innewohnenden Handlungsoptionen ergibt, realisiert.

Die Verkaufsoption befindet sich *im Geld*, wenn der Ausführungspreis, hier der erzielbare Verkaufspreis, den eigenen Ertragswert des Grundstücks für den Eigentümer übersteigt. In der Regel ist dies der Fall, wenn ein besonders optimistischer Investor vorhanden ist, der diesen Preis bietet. Diese Situation kann sich z. B. bei boomender Immobilienkonjunktur oder asymmetrischer Informationsverteilung ergeben.

Im Normalfall müsste der Eigentümer indifferent zwischen dem Verkauf und der optimalen Weiterführung seiner Immobilie sein, zumal beim Verkauf Transaktionskosten anfallen.

Strategieauswahl

Die Entscheidung des Eigentümers für eine der gezeigten Alternativen ist natürlich von vielen individuellen Faktoren abhängig.⁴⁸ Davon unabhängig wird in Abbildung 2 deutlich, dass eine zum Zeitpunkt t_0 getroffene Entscheidung die zukünftigen Investitionsmöglichkeiten determiniert.

Es wurde gezeigt, dass Realoptionen nur ausgeführt werden, wenn sie *im Geld* sind, also einen positiven inneren Wert aufweisen – wenn überhaupt, denn der Wert des Grundstücks enthält neben dem inneren Wert zusätzlich den äußeren Wert, der sich aus der Unsicherheit bzw. der Erwartung über zukünftig höheren Gewinn zusammensetzt. Der äußere Wert ist Teil des Vermögens und geht weitgehend verloren, wenn z. B. eine Renovierung durchgeführt und die Nutzung für viele Jahre determiniert wird.

Dies bedeutet, dass die Option der temporären Stilllegung als dominante Strategie angesehen werden kann, denn sie erhält den äußeren Wert der verbleibenden Optionen. Aus einer langfristigen Perspektive ist es also besser, unter unsicheren Bedingungen mehr Flexibilitätspotenziale, d. h. einen größeren optionalen Aktions- und Reaktionsvorrat, zu Lasten von direkten, aber sicheren Einnahmen

⁴⁸ Die Heterogenität der Privateigentümer wird beschrieben bei: VESER, J. et al., a. a. O., S. 27 f. In anderen Studien zum Thema finden sich Typisierungen von Eigentümern, denen spezielle Strategien zugeordnet werden können. HACKENBROCH, K.: Stadumbau mit privaten Kleingewerbetreibenden in Ostdeutschland. Institut für Raumplanung: Dortmund 2007. – SOMMER, H.: Der Wohnungsmarkt schrumpfender ostdeutscher Mittelstädte. Hamburg 2007, S. 188 f.

etwa durch einen Verkauf zu wählen.⁴⁹ Tatsächlich wählen viele Privateigentümer die Strategie der temporären Stilllegung. Dies gilt sowohl für unbewohnbare unsanierte Häuser, bei denen die Herstellung der Vermietbarkeit sehr hohe periodische Belastungen nach sich ziehen würde, als auch für diejenigen, die mit oder ohne Förderung durch Stadtumbaumittel baulich konserviert worden sind, aber auch für Lösungen mit Zwischennutzern. Hier wird zwar keine Miete erzielt, die Betriebskosten werden jedoch vom Zwischennutzer getragen.

Wie wirken die Subventionen?

Die beschriebenen Handlungsoptionen stehen den Eigentümern grundsätzlich auch ohne die Subventionen des Stadtumbaus zur Verfügung. Es stellt sich unter Berücksichtigung der Subvention die Frage, inwieweit die Handlungsalternativen beeinflusst werden und welche Wechselwirkungen bestehen.

Die Zuschüsse zu Gebäudesicherungsmaßnahmen senken die einmaligen Kosten, die mit der Stilllegung des Gebäudes verbunden sind. Sie stärken die Attraktivität dieser Option gegenüber dem Abriss mit anschließender Neubebauung und der Sanierung. Dies könnte einerseits als Subventionierung spekulativen Verhaltens kritisiert werden, ist im konkreten Fall aber auch ein Beispiel dafür, wie eine Subvention die nächste erforderlich macht. Denn die Unterstützung bei Sicherungsmaßnahmen wurde erst im Jahre 2005 eingeführt, als deutlich wurde, dass verstärkt innerstädtische Altbaubestände in den Fokus der durch Altschuldenhilfe getriebenen Abrissplanungen rückten.

Gerechtfertigt ist diese Subvention in Ausnahmefällen, wenn es sich bei den Gebäuden um historisch besonders wertvolle Denkmale handelt, die nicht abgerissen werden sollen, aber aus finanziellen Gründen noch nicht saniert werden können.

Die Inanspruchnahme der Abrissprämien ist für den Eigentümer nur dann sinnvoll, wenn die Möglichkeit einer ertragreichen Nachnutzung in Aussicht steht. Da die Förderrichtlinien eine Neubebauung in der Regel nicht zulassen, wäre es möglich, dass die entstehenden Freiflächen als Garten oder Stellplatz in eine attraktive Neuentwicklung oder Sanierung auf angrenzenden Grundstücken integriert werden. Nun ist es so, dass bei der Neuentwicklung bebauter Grundstücke die Abrisskosten mit oder ohne Rückbausubvention in der Kal-

kulation eines Immobilieninvestors berücksichtigt werden. Müsste der Investor das Grundstück zur Entwicklung einer ertragreichen Nachnutzung kaufen, würde er den Kaufpreis um die Abrisskosten reduzieren. Mit anderen Worten erhöht die Förderung des Gebäudeabrisses den Bodenwert des Grundstücks um die Abrisskosten. Grundsätzlich sollte der Eigentümer in diesem Fall indifferent zwischen Verkauf und Abriss sein.⁵⁰

Die Subventionierung von Rückbau- und Gebäudesicherungsmaßnahmen führt zu Kostensenkungen. Damit findet eine Erhöhung des inneren Werts des Grundstücks statt. Über den Kaufpreis fließt der Ertrag dieser Subvention dem aktuellen Eigentümer und möglicherweise nicht einem potenziellen Investor zu.

Anders wirken Aufwertungssubventionen, die nicht direkt an die Eigentümer gezahlt werden. Diese Mittel fließen meist in öffentliche Einrichtungen, Wohnumfeldmaßnahmen und Grünanlagen.⁵¹ Die ertragssteigernden Wirkungen dieser Maßnahmen sind für den Eigentümer in der Regel nicht berechenbar und unsicher. Ihr Erfolg zeigt sich, wenn überhaupt, möglicherweise erst in der Zukunft. Ankündigung und Durchführung dieser Maßnahmen steigert also vor allem den äußeren Wert der davon betroffenen Grundstücke.

Eine latente, aber unsichere Wertsteigerung erfahren die Eigentümer auch durch die Wohnungsangebotsverknappung infolge der über die Altschuldenhilferegulierung zusätzlich geförderten Abrisse bei kommunalen Wohnungsgesellschaften und Genossenschaften.

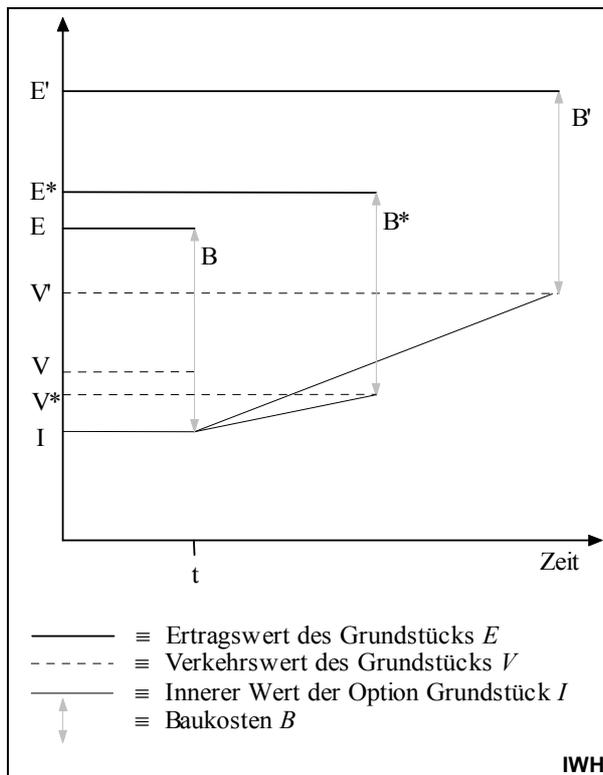
Die Entwicklung der Wertphantasie, die durch die Maßnahmen des Stadtumbaus angeregt wird, zeigt Abbildung 3. Die aktuelle Marktsituation vor einer Stadtumbaumaßnahme ermöglicht dem Eigentümer bei einer Investition in Höhe der Baukosten B einen relativ niedrigen Ertragswert von E . Unabhängig davon, ob die Investition zu diesem Zeitpunkt rentabel wäre, ist die Differenz zwischen dem aktuellen Verkehrswert V und dem inneren Wert des Grundstücks I der äußere Wert, der bei einer Sanierungsinvestition verlorenggeht.

⁴⁹ NIPPA, M.; PETZOLD, K.: Ökonomische Erklärungs- und Gestaltungsbeiträge des Realoptionen-Ansatzes. Freiburg 2000, S. 39.

⁵⁰ Bei zusätzlichen Anreizen zum Abriss wie der Altschuldenentlastung könnte ein Verkauf den Verlust dieser Subvention bedeuten. Es ist daher unwahrscheinlich, dass ein Verkauf dieser Immobilien stattfindet.

⁵¹ Vgl. LIEBMANN, H. et al., 2007, S. 26.

Abbildung 1:
Wertentwicklung der Option Grundstück durch Stadtumbaumaßnahmen



Quelle: Darstellung des IWH.

Zum Zeitpunkt t setzen Stadtumbaumaßnahmen ein, die Erwartungen der Eigentümer wecken, dass ihre Grundstücke und Immobilien eines Tages so ertragreich sein könnten, wie sie möglicherweise vor dem Niedergang ihres Quartiers einmal waren.⁵² Diese optimistische Ertragssituation ist durch E' gekennzeichnet. Durch die Ankündigung des Umbauprozesses und die ersten Maßnahmen, insbesondere durch Aufwertungen des Umfelds und Abrisse bei anderen Wohnungsanbietern, ändert sich substantiell zunächst nichts am inneren Wert des Grundstücks. Allerdings erzeugt die Hoffnung auf zukünftig höhere Erträge die Steigerung des äußeren Werts und damit einen deutlich höheren Verkehrswert V' . Unter diesen Umständen vernichtet eine zu frühe Investition einen noch größeren äußeren Wert in Höhe von $V'-I$. Daher wird die Entscheidung für die Option der temporären Stilllegung noch wahrscheinlicher, was zu einer speku-

⁵² Dieses Verhalten wird in der Prospect Theory nach *Kahneman, Tversky* (1979) auch als Dispositionseffekt beschrieben. Da aktuelle Verluste belastender sind als spätere, wird der Verlust in der Hoffnung auf wieder ansteigenden Gewinn nicht realisiert.

lationsbedingten Selbstblockade der baulichen Erneuerung führt.

Politische Schlussfolgerungen

Dieser Zusammenhang, der die Investitionstätigkeit in den Beständen der Privateigentümer lähmt, ist von der Politik bei der Ausgestaltung und Umsetzung des Programms „Stadtumbau Ost“ bislang nicht ausreichend berücksichtigt worden. Um diesen Mechanismus zu durchbrechen, ist eine Begrenzung der Wertphantasie erforderlich. Ein Schlüssel zur Verringerung des äußeren Werts bei gleichzeitiger Steigerung des inneren Werts könnte eine Strategie sein, die die maximal mögliche Auslastung der Grundstücke, die sich historisch in Form der hochgeschossigen Mietshausbebauung ergeben hat, reduziert. Durch geeignete Konzeptionen und Regulierungen könnte es gelingen, die Erwartungen der Eigentümer auf zukünftigen Ertrag auf das Niveau E^* zu begrenzen. Bei wieder gleichen Baukosten ergibt sich ein Rückgang des äußeren Werts auf V^*-I im Vergleich zu den beiden anderen Situationen.

Dies könnte durch Umwidmung und innovativen Umbau gründerzeitlicher Bestände in Einfamilienhausstrukturen, durchgrünte Apartmentanlagen, Altenwohnheime oder angepasste Gewerbe- und Einzelhandelsflächen geschehen. Testplanungen und die Neuaufstellung von Bebauungsplänen werden das Interesse der Grund- und Hauseigentümer und der Investoren für den Stadtumbau wecken. Dies birgt natürlich Konfliktpotenzial, aber die Ideen und Anregungen der Eigentümer bleiben ohne diesen Diskussionsprozess möglicherweise verborgen.

Planungsrechtliche Vorgaben müssten auch durch Bodenordnungsmaßnahmen ergänzt werden, um die Grundstücke für neue Nutzungen passend zu gestalten, die bislang aufgrund der Bodenpreise eher am Stadtrand angesiedelt wurden. Die neuen Nutzungen würden von der innenstädtischen Lage profitieren, was sich weiterhin in höheren Preisen im Vergleich zum Stadtrand ausdrücken wird. Dennoch müssten die Bodenpreise in der Innenstadt weiter sinken, um die Rentabilität von Immobilienprojekten mit baulich geringerer Dichte zu ermöglichen. Um dies zu unterstützen, könnten die Städte realistische, der nachgefragten Nutzung entsprechende Bodenwerte ermitteln lassen und die aufgrund der historischen Betrachtung oft zu hoch taxierten Bodenrichtwertkarten der Gutachterausschüsse gegebenenfalls korrigieren. Zu diskutieren ist daher die Frage, ob potenzielle Entschädigungsansprüche infolge einer geringeren bau-

lichen Dichte in neuen Bebauungsplänen tatsächlich gerechtfertigt sein können. Durch neue Grundstückszuschnitte und Bebauungspläne werden überhaupt erst attraktive und nachfragegerechte Änderungen der Bebauung möglich.

Derzeit scheitern derartige Konzeptionen aber bereits daran, dass auf Grundstücken, die mit Hilfe der Rückbausubvention geräumt wurden, keine neue Wohnbebauung errichtet werden soll. Diese Regelung sollte in den zentralen und zentrennahen Quartieren beziehungsweise überall dort, wo mit dispersen Rückbaumustern zu rechnen ist, aufgehoben werden. Die Rückbausubvention könnte in eine Investitionszulage für Projekte, die den Abriss bestehender Gebäude erfordern, umgewandelt werden. Dann würden stärker Investoren und weniger die aktuellen Eigentümer gefördert, die derzeit in der abwartenden Position ausharren können, aber auf diese Weise keinen Beitrag zum Stadtumbau leisten. Diese Umorientierung könnte bewirken, dass Städte mit neuen Angeboten nachhaltig und nachfragegerecht umgebaut werden.

Fazit

Mit der optionstheoretischen Sichtweise wird das geringe Interesse privater Eigentümer am Stadtumbau verständlich. Denn sie verhalten sich im Rahmen ihrer Handlungsmöglichkeiten rational, wenn sie eine abwartende Haltung einnehmen. Die Subventionen des Stadtumbaus sind nicht in der Lage, die Rahmenbedingungen, die der ostdeutsche Wohnungsmarkt derzeit bietet, so zu verändern, dass Umbaumaßnahmen auch von den privaten Eigentümern mit getragen und initiiert werden. Damit ist das derzeitige Fördersystem eher darauf ausgerichtet, punktuell zu reduzieren und die verbleibenden Strukturen weitgehend zu erhalten.

Dabei fehlt für die umfangreiche Sanierung vieler leerstehender Gebäude in ihrer jetzigen Baustruktur die Nachfrage und damit die Rentabilität für die Investoren. Stadtumbaukonzeptionen, die mit der Belebung innerstädtischer Quartiere eine effiziente Stadtstruktur anstreben, sollten daher die Projektierung nachfragegerechter Nutzungen für die derzeit leerstehenden und langfristig stillgelegten Grundstücke anstreben. Damit diese Konzepte auch umgesetzt werden, müssen sie zwei Bedingungen erfüllen. Erstens müssen sie so ertragreich ein, dass der innere Wert dieser Grundstücke positiv ist, und zum zweiten müssen sie die Wertphantasien, die im äußeren Wert der Grundstücke enthalten sind, kompensieren oder begrenzen.

Die Vorbereitung dieser Konzepte ist zweifelsohne ein langwieriger und konfliktreicher Prozess – dies umso mehr, da die Interessen vielfältig und die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit vieler Eigentümer eingeschränkt ist. Um den Stadtumbau erfolgreich weiterzuführen, müssen sich die Städte in Zukunft dieser Aufgabe zuwenden, die wesentlich schwieriger ist als die Umsetzung einfacher Aufwertungsmaßnahmen im Wohnumfeld und die Festlegung von Rückbauprioritäten in Plattenbaugebieten mit altschuldenerberechtigten Eigentümern.

Dominik Weiß
(*Dominik.Weiss@iwh-halle.de*)

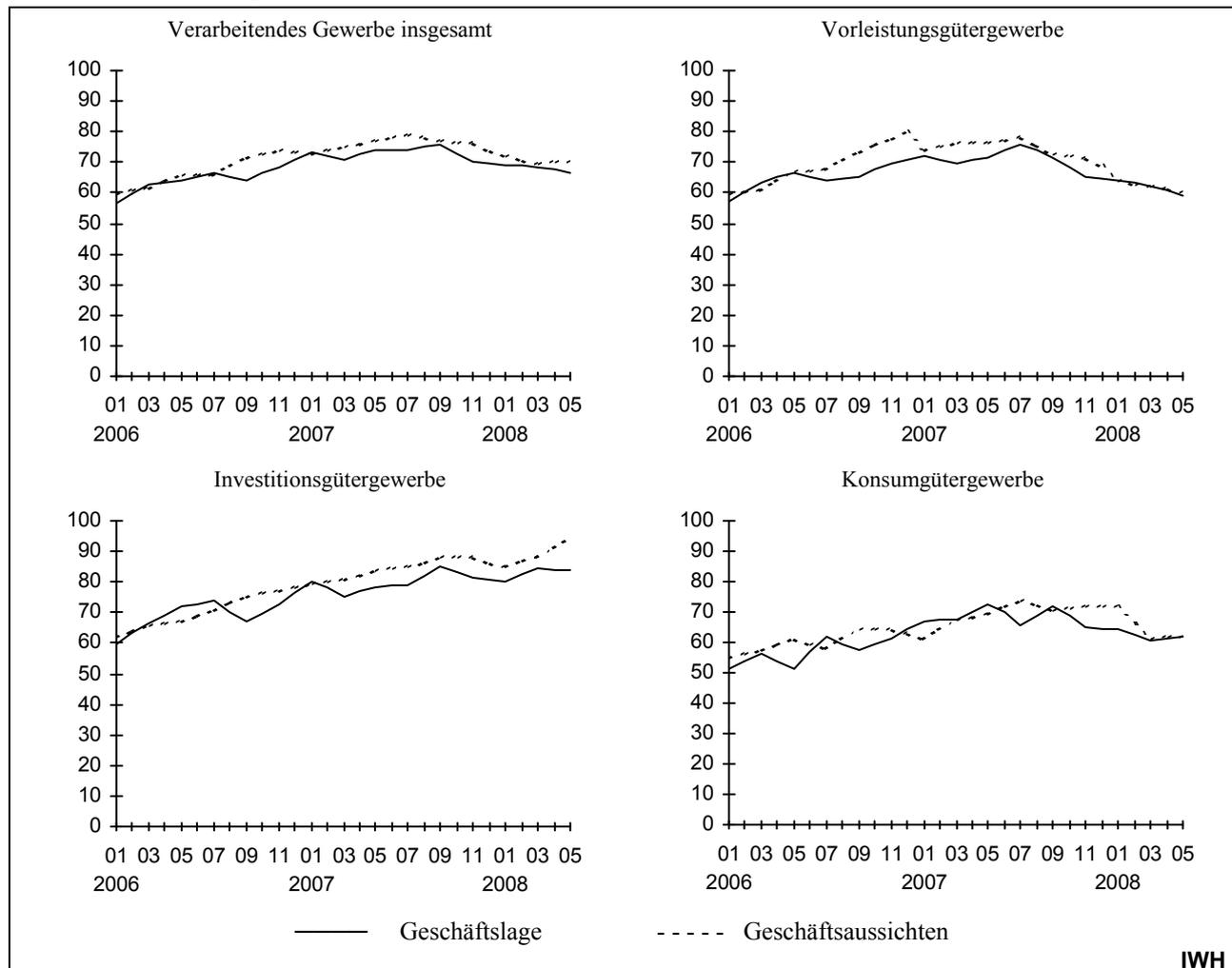
IWH-Industrienumfrage im Mai 2008: Investitionsgüterproduzenten erwarten heißen Geschäftssommer

Das Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands hat sich aufgehellt. Darauf verweisen die Ergebnisse der IWH-Industrienumfrage vom Mai unter rund 300 ostdeutschen Unternehmen. Der Saldo der *Geschäftslage* stieg seit der letzten Umfrage um drei Punkte und der Saldo der *Geschäftsaussichten* um vier. Die Unternehmen aus allen Sparten bewerten ihre aktuelle Lage positiver als im März. Unter den Konsumgüterproduzenten wuchs der Anteil von Unternehmen, die ihre Lage mit „gut“ bewerten, um zehn Prozentpunkte, und der Anteil der „eher schlechten“ und „schlechten“ Einschätzungen sank um fünf Prozentpunkte (vgl.

Tabelle). Die Aussichten bis zum Herbst schätzen die Unternehmen mehrheitlich ebenfalls günstiger ein als im März. Skeptischer als in der vorherigen Umfrage sind allerdings die Produzenten von Vorleistungsgütern. Auch große Unternehmen mit 250 und mehr Beschäftigten haben ihre Erwartungen gedämpft. Mit Ausnahme der Hersteller von Investitionsgütern bleiben aber sowohl die Urteile zur gegenwärtigen Lage als auch zu den Aussichten deutlich hinter den Vorjahreswerten zurück.

Bereinigt um saisonale Einflüsse zeigt sich seit Ende des ersten Quartals 2008 ein leichtes Auseinanderdriften von Lagebewertung und Erwartungen

Entwicklung der Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe
- Salden^a, saisonbereinigte Monatswerte -



^a Die Salden von Geschäftslage und -aussichten werden als Differenz aus den Prozentanteilen der jeweils positiven und negativen Urteile der befragten Unternehmen berechnet und nach dem Berliner Verfahren (BV4) saisonbereinigt. Für längere Zeitreihen siehe „Daten und Informationen/ Aktuelle Konjunkturdaten“ unter www.iwh-halle.de.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

in der ostdeutschen Industrie. Während sich die Beurteilung der Geschäftslage geringfügig verschlechtert, bleiben die Geschäftserwartungen auf einem hohen Niveau relativ stabil. Nahezu euphorische Umfragewerte geben die Hersteller von Investitionsgütern ab. Die Unternehmen der Sparte sind rundum optimistisch: 96% melden „gute“ und „eher gute“ Produktionsaussichten und keines meldet schlechte Erwartungen in Bezug auf die Erträge.

Im Kontrast dazu setzt sich der Abwärtstrend bei den Herstellern von Vorleistungsgütern fort. Zwar bewerten die Chemieunternehmen und die Hersteller von Metallernzeugnissen ihre Lage wieder besser als im März, im Vergleich zur Situation vor einem Jahr aber deutlich schlechter. Auch in ihren Geschäftserwartungen bleiben sie weit hinter dem Vorjahresstand zurück.

Die Urteile der Unternehmen des Konsumgütergewerbes bewegen sich auf dem Niveau vorangegangener Umfragen. Die geringfügig verbesserte Einschätzung der Lage ist vor allem auf die Unternehmen der Möbel- und Schmuckhersteller und das Ernährungsgewerbe zurückzuführen, die gegenüber März eine Aufhellung melden. Auch hinsichtlich der Geschäftsaussichten herrscht in den beiden Gruppen derzeit wieder etwas mehr Optimismus.

Cornelia Lang
(*Cornelia.Lang@iwh-halle.de*)

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfragen im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe - Vergleich der Ursprungswerte mit Vorjahreszeitraum und Vorperiode, Stand Mai 2008 -

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Mai 07	Mrz. 08	Mai 08	Mai 07	Mrz. 08	Mai 08	Mai 07	Mrz. 08	Mai 08	Mai 07	Mrz. 08	Mai 08	Mai 07	Mrz. 08	Mai 08
	in % der Unternehmen der jeweiligen Gruppe ^a														
Geschäftslage															
Industrie insgesamt	46	42	42	42	40	42	11	16	15	1	2	1	75	65	68
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	46	40	37	42	40	43	12	18	18	0	2	2	74	60	61
Investitionsgüter	52	54	52	35	34	38	11	11	10	2	1	0	75	77	80
Ge- und Verbrauchsgüter	37	31	41	51	49	44	11	18	14	1	2	1	77	60	69
dar.: Nahrungsgüter	31	28	28	60	47	50	6	22	20	3	3	2	82	50	57
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	31	38	37	49	33	35	18	25	24	2	4	4	60	42	46
50 bis 249 Beschäftigte	39	39	41	48	46	46	12	13	12	1	2	1	75	70	74
250 und mehr Beschäftigte	73	52	49	22	34	38	5	14	13	0	0	0	90	73	74
Geschäftsaussichten															
Industrie insgesamt	37	35	36	53	50	51	9	14	12	1	1	1	80	70	74
Hauptgruppen^b															
Vorleistungsgüter	35	33	34	55	50	47	8	15	17	2	2	2	80	66	64
Investitionsgüter	39	47	42	51	45	55	8	8	3	2	0	0	81	84	94
Ge- und Verbrauchsgüter	36	26	33	53	55	52	11	18	14	0	1	1	78	62	70
dar.: Nahrungsgüter	39	22	33	54	54	51	7	22	13	0	2	3	85	53	67
Größengruppen															
1 bis 49 Beschäftigte	22	28	27	61	46	43	16	24	28	1	2	2	67	47	42
50 bis 249 Beschäftigte	35	35	36	54	50	55	10	13	7	1	2	2	79	71	83
250 und mehr Beschäftigte	54	44	46	42	49	44	2	7	10	2	0	0	90	86	79

^a Summe der Wertungen je Umfrage gleich 100 - Ergebnisse gerundet, Angaben für Mai 2008 vorläufig. - ^b Die Klassifikation der Hauptgruppen wurde der Wirtschaftszweigsystematik 2003 angepasst.

Quelle: IWH-Industrienumfragen.

Veranstaltungen:

Vorankündigungen:

6th Workshop „Monetary and Financial Economics“

Am 3. und 4. Juli 2008 wird der vom IWH gemeinsam mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf und der Deutschen Bundesbank organisierte sechste Workshop „Monetary and Financial Economics“ in Halle (Saale) stattfinden. Er richtet sich vor allem an Nachwuchswissenschaftler, eigene Forschungsarbeiten ausgewiesenen Wissenschaftlern aus diesem Forschungsgebiet vorzustellen und mit ihnen zu diskutieren. Der Call for Paper und weitere Informationen sind unter <http://www.iwh-halle.de/d/start/News/workshop030708/call.htm> abrufbar.

7. Lange Nacht der Wissenschaften

Am Freitag, 4. Juli 2008, ist es wieder soweit: Die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, 15 Forschungseinrichtungen, darunter das IWH, sowie weitere Institutionen und Unternehmen lassen die Nacht zum Tag werden! Weitere Informationen unter www.wissenschaftsnacht-halle.de.

Für weitere Informationen zu den Veranstaltungen siehe www.iwh-halle.de (Termine).

Durchgeführte Veranstaltungen:

2nd Halle Workshop on Efficiency and Productivity Analysis – HAWEPA: „Dynamics, Risk, and Firm Heterogeneity“

Gemeinsam veranstalteten das Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) und das IWH vom 26. bis 27. Mai den „2nd Halle Workshop on Efficiency and Productivity Analysis – HAWEPA“. Auf dem in den Räumen des IAMO durchgeführten Workshop wurden neuere theoretische Ansätze zur unverzerrten Messung der totalen Faktorproduktivität und zur Effizienzanalyse diskutiert. Als Hauptvortragende konnten Professor Dr. Antonio Alvarez von der Universität Oviedo (Spanien), Professor Dr. Subal Kumbhakar von der State University of New York (USA) und Professor Dr. Supawat Rungsuriyawiboon von der Chiang Mai University (Thailand) gewonnen werden. Ihre Beiträge behandelten die Berücksichtigung inhomogener Inputaggregate bei der Schätzung von Produktionsfunktionen, die Wirkung von Liquiditätsbeschränkungen auf die Faktoreinsatzentscheidungen sowie dynamische Einflüsse auf Produktivität und Effizienz. Die vorgestellten empirischen Anwendungen befassten sich mit Fragestellungen aus dem Agrarsektor, der Energiewirtschaft und dem Transportwesen sowie verschiedenen Aktivitäten staatlicher und halbstaatlicher Unternehmen. Der Workshop hat sich seit seiner „Premiere“ vor zwei Jahren zu einer wichtigen nationalen und internationalen Plattform für Wissenschaftler entwickelt, die sich mit diesem Themenkreis beschäftigen. 39 Teilnehmer aus 15 Ländern belegen die rege Resonanz.

Nähere Informationen zur Veranstaltung finden Sie unter http://www.iamo.de/index.php?id=310&no_cache=1&L=0.